

**WIFI. IHR KURS STEIGT.**

# **UNTERNEHMER-TRAINING**

**TEXT. AUFLAGE 2003/2004**

**HEFT 4**

## **UNTERNEHMERISCHE RECHTSKUNDE**

**REDAKTION: FERDINAND WALLNER**



# Unternehmerische Rechtskunde

Redaktion: Ferdinand Wallner

KAPITEL 1

## Inhalt

<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>1    Unternehmensgründung .....</b>	<b>5</b>
1.1 Die Gewerbeordnung als Berufsordnung der Gewerbetreibenden .....	5
1.2 Persönliche Voraussetzungen, Nachsicht .....	8
1.3 Sachliche Voraussetzungen .....	9
1.4 Erlangung der Gewerbeberechtigung .....	10
1.5 Rechtliche Voraussetzungen des Betriebsstandortes .....	12
1.6 Rechtsformen und ihre Auswirkungen .....	19
1.7 Sozialversicherung der Unternehmer .....	26
1.8 Haftung bei Unternehmensübernahme .....	29
1.9 Umfang von Gewerbeberechtigungen, Nebenrechte .....	31
1.10 Integrierter Betrieb .....	32
1.11 Unbefugte Gewerbeausübung .....	33
1.12 Namensführung, weitere Betriebsstätten, Standortverlegungen .....	34
1.13 Betrieb und Umwelt, insbesondere Abfallwirtschaft .....	35
1.14 Ende von Gewerbeberechtigungen, Ruhen der Gewerbeausübung ..	37
<b>2    Unternehmer und Mitarbeiter .....</b>	<b>39</b>
2.1 Der rechtliche Rahmen von Arbeitsverhältnissen; Form und Inhalt von Arbeitsverträgen, Arten des Entgeltes .....	39
2.2 Arten von Arbeitsverhältnissen .....	41
2.3 Einstellung von Mitarbeitern, einschließlich Sozialversicherung .....	44
2.4 Beendigung von Arbeitsverhältnissen .....	48
2.5 Rechte und Pflichten Arbeitgeber – Arbeitnehmer .....	57
2.6 Technischer Arbeitnehmerschutz, Überwachung .....	66
2.7 Persönlicher Arbeitsschutz (Arbeitszeit und Arbeitsruhe; Verwendungsschutz) .....	69
<b>3    Der Unternehmer im Geschäftsverkehr .....</b>	<b>75</b>
3.1 Grundlagen für den gültigen Vertragsabschluss .....	75
3.2 Absichern und Geltendmachen von Forderungen .....	92
3.3 „Leistungsstörungen“: Gewährleistung, Garantie, Verzug, Schadenersatz, Produkthaftung .....	99
3.4 Folgen mangelnder Liquidität (Konkurs und Ausgleich) .....	110

KAPITEL 2

KAPITEL 3



# Einleitung

Unsere Rechtsordnung ist auf folgenden Grundsätzen aufgebaut, um den Einzelnen so gut wie möglich vor Willkür zu schützen:

Alle **Rechtsvorschriften** müssen **auf** die durch unsere Verfassung **vorgesehene Art zustande gekommen** sein (z. B. Bundesgesetz – Nationalrat; Landesgesetz – Landtag; Verordnung – zuständiger Minister, Landesregierung usw.)

Jede Rechtsvorschrift muss **ordnungsgemäß kundgemacht** sein (z. B. Bundesgesetz oder Verordnung eines Bundesministers im Bundesgesetzblatt; Landesgesetze, Verordnungen des Landeshauptmannes oder der Landesregierung im Landesgesetzblatt usw.). Ist der Beginn der Wirksamkeit nicht ausdrücklich in der Rechtsvorschrift festgelegt, wird sie am Tag nach ihrer Kundmachung wirksam (z. B. Kundmachung 31. März – Wirksamkeit 1. April).

**Niemand darf ohne gesetzliche Grundlage bestraft werden.** Entscheidungen der Verwaltungsbehörden („Bescheide“) und Gerichte („Urteile“ bzw. „Beschlüsse“) dürfen nur auf Grund von Rechtsvorschriften ergehen.

Bevor wir noch die ersten Überlegungen über eine Unternehmensgründung anstellen, finden Sie im folgenden Begriffe, die in den einzelnen Kapiteln immer wieder vorkommen, kurz erläutert:

- **Personen**

- **Personen sind Träger von Rechten und Pflichten (= also rechtsfähig).**  
**Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen „natürlichen“ Personen und „juristischen“ Personen!**

Der Unterschied ist einfach erklärt:

Personen	
natürliche Personen	juristische Personen
Menschen	Vereinigungen von Menschen; Vermögensmassen, denen der Gesetzgeber gleiche Rechte wie Menschen zugesteht; Beispiele: GmbH, Aktiengesell- schaften, Fonds, Stiftungen, Vereine, Kammern, Gemeinden, Bund, Bundesländer

- **Sachen**

- „**Sache**“ ist alles, was nicht „**Person**“ ist und zum Gebrauch des Menschen dient.

Daher zählen zu den Sachen

- **Gegenstände** (= körperliche Sachen, wie z. B. Möbel, Werkzeuge) und
- **Rechte** (= unkörperliche Sachen, die z. B. durch Wertpapiere verbrieft werden, die bestimmte Forderungsrechte beinhalten).

- **Betrieb**

- Unter „**Betrieb**“ versteht man grundsätzlich die Zusammenfassung sämtlicher Betriebsmittel (z. B. Einrichtungsgegenstände, Warenlager usw.), die notwendig sind, um ein Unternehmen betreiben zu können.

- **Unternehmen**

- Der Begriff „**Unternehmen**“ bezeichnet den rechtlichen Rahmen eines Betriebes. Der rechtliche Rahmen ist unter anderem bestimmt von der **Rechtsform** (Einzelunternehmen oder Gesellschaft) und sonstigen vertraglichen Vereinbarungen, die die Existenz des Betriebes sichern.

- **Grundbuch**

Öffentliches Verzeichnis aller Liegenschaften (s. Kap. 3.2), wird von den Bezirksgerichten geführt.

- **Firmenbuch**

Öffentliches Verzeichnis der Einzelunternehmer, die über den Kleinbetrieb hinausgehende Tätigkeiten ausüben, weiters von Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften (s. Kap. 1.6).

- **Vertrag**

Vereinbarung zwischen mindestens zwei Personen, aus welcher gegenseitige Rechte und Pflichten entstehen.

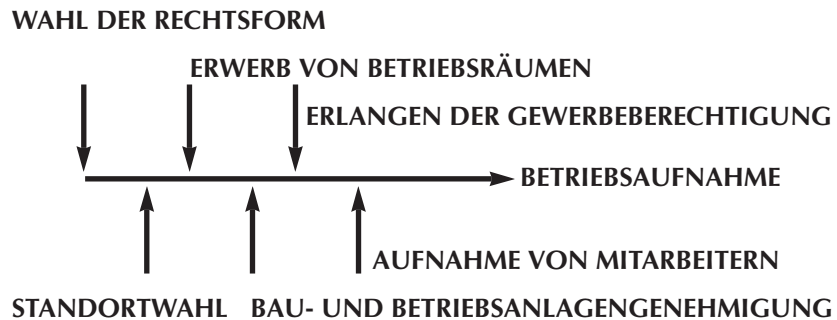
# 1 Unternehmensgründung

1

Die Gründung eines Unternehmens ist ein umfassender Vorgang. Dabei werden betriebswirtschaftliche und rechtliche Überlegungen eng miteinander verzahnt. Rechtlich gesehen ergibt sich folgender Ablauf:

- Wahl der Rechtsform
- Wahl des Standortes
- Erwerb von Betriebsräumen
- Einholung von Bau- und evtl. Betriebsanlagengenehmigung
- Erlangung der Gewerbeberechtigung
- Aufnahme von Mitarbeitern
- Aufnahme des Betriebes

## DER WEG ZUR BETRIEBSAUFNAHME



Zu Beginn stehen Überlegungen zur Gewerbeberechtigung. Viele Unternehmen werden als Einzelunternehmen gegründet. Die Frage, ob und welche Voraussetzungen für eine Gewerbeberechtigung nachzuweisen sind, stellt eine wichtige Vorfrage für die Wahl der Rechtsform dar.

### ACHTUNG

Eine erste Information über wesentliche Bedingungen für die Gründung Ihres Betriebes bekommen Sie bei

- Ihrer Wirtschaftskammer/Regionalstelle (Bezirksstelle)
- Ihrer Bezirksverwaltungsbehörde (Bezirkshauptmannschaft/Magistrat/in Wien: Magistratisches Bezirksamt)
- Ihrer Gemeinde (Gemeindeamt)

## 1.1 Die Gewerbeordnung als Berufsordnung der Gewerbetreibenden – Arten von Gewerbeberechtigungen

**Die Gewerbeordnung (= GewO) regelt unter anderem die Erlangung von Gewerbeberechtigungen!**

Die meisten selbständig ausgeübten Berufstätigkeiten bedürfen nach unserer Rechtsordnung bestimmter gesetzlicher Zulassungsvoraussetzungen.

Ein wesentlicher Teil derartiger Berufe unterliegt dem Anwendungsbereich der **Gewerbeordnung**. Sie legt fest, was als Gewerbe gilt und welche Tätigkeiten (z. B. Ärzte, Anwälte, Ziviltechniker) von der GewO ausgenommen sind.

Ein besonderes Merkmal unserer Gewerbeordnung ist der Befähigungsnachweis. Dieser ist bei rund 100 verschiedenen Gewerben als spezielle Zulassungsvoraussetzung festgelegt. Wesentlicher Bestandteil einer Reihe von Befähigungsnachweisen ist die **Unternehmerprüfung**.

**Seit der Gewerbeordnungsnovelle 2002 (diese gilt seit 1.8.2002) gibt es nur mehr Anmeldungsgewerbe. Früher gab es auch bewilligungspflichtige Gewerbe. Grundsätzlich beginnt daher die Ausübungsbefugnis mit der Anmeldung bei der Behörde.**

**Folgende Gewerbe dürfen nicht schon mit Gewerbeanmeldung, sondern erst nach Prüfung der Zuverlässigkeit durch die Gewerbebehörde und Rechtskraft des Bescheides über die Gewerbeanmeldung ausgeübt werden:** Baumeister, Brunnenmeister, Chemische Laboratorien, Elektrotechnik, Pyrotechnikunternehmen, Gas- und Sanitärtechnik, Herstellung von Arzneimitteln und Giften und Großhandel mit Arzneimitteln und Giften, Inkassoinstitute, Reisebüros, Sicherheitsgewerbe (Berufsdetektive, Bewachungsgewerbe), Sprengungsunternehmen, Vermögensberatung, Waffengewerbe, Zimmermeister.

Folie 2



Das Rauchfangkehrergewerbe unterliegt der Bedarfsprüfung und darf daher ebenfalls erst mit Rechtskraft des Bescheides ausgeübt werden.

### Voraussetzungen für die Erlangung von Gewerbeberechtigungen

GEWERBEART	VORAUSSETZUNGEN				
	allgemeine persönliche	besondere persönliche		sachliche	
		Befähigungsnachweis	Zuverlässigkeit	Betriebsanlagengenehmigung	sonstige
Anmeldungsgewerbe	z.B. Eigenberechtigung EWR-Staatsangehörigkeit (eigene Regelung für Angehörige von Drittstaaten) Keine Ausschlussgründe	Ja	Nein	Nein	
Handwerke		Meisterprüfung oder andere Nachweise		evt. Ausübungserfordernis	
Sonstige reglementierte Gewerbe		Ja	Nein	Nein	
		Prüfung oder andere Nachweise		evt. Ausübungserfordernis	
Freie Gewerbe		Nein	Nein	Nein	
				evt. Ausübungserfordernis	
Anmeldungsgewerbe mit Rechtskraftvorbehalt	z.B. Eigenberechtigung EWR-Staatsangehörigkeit (eigene Regelung für Angehörige von Drittstaaten) Keine Ausschlussgründe	Ja	Ja	Nein	Bedarf nein ausgenommen. Rauchfangkehrer
		Prüfung oder andere Nachweise		evt. Ausübungserfordernis	

**ACHTUNG**

Zum Zeitpunkt der Gewerbeanmeldung (der Erteilung der Bewilligung) müssen **alle** persönlichen und sachlichen Voraussetzungen vorliegen! Über diese Voraussetzungen erfahren Sie Näheres in den folgenden Kapiteln.



**Ob und welcher Befähigungsnachweis** zu erbringen ist, ergibt sich aus folgender Einteilung:

Art des Gewerbes	Befähigungsnachweis
- <i>Handwerk</i> z. B. Tischler, Bäcker	<i>Meisterprüfung</i> + Unternehmerprüfung oder Abschluss von facheinschlägigen Studien oder Schulen + Praxiszeiten oder Berufserfahrung
- <i>anderes reglementiertes Gewerbe:</i> Baumeister, Gastgewerbe, Waffengewerbe	unterschiedlich: Schul- oder Lehrabschluss + Praxis oder Befähigungsprüfung (Unternehmerprüfung + Fachprüfung) oder Berufserfahrung
- <i>freies Gewerbe</i> z. B. EDV-Dienstleister, Würstelstand, Handelsgewerbe	kein Befähigungsnachweis



**Materialien**

#### • Teilgewerbe

Durch Verordnung des Wirtschaftsministers können Teiltätigkeiten von Handwerken oder gebundenen Gewerben zu „Teilgewerben“ mit vereinfachtem Befähigungsnachweis erklärt werden. Als Teilgewerbe sind derzeit z. B. folgende Tätigkeiten festgelegt:

Änderungsschneiderei, Autoverglasung, Erdbau, Erzeugung von Speiseeis, Huf- und Klauenbeschlag, Instandsetzen von Schuhen, Wartung und Überprüfung von Handfeuerlöschern, Zusammenbau von Möbelbausätzen.

#### Kontrollfragen:

- Wo ist die Erlangung von Gewerbeberechtigungen geregelt?
- Kennen Sie selbständige Tätigkeiten, die in anderen Gesetzen geregelt sind?
- Worin liegt der Unterschied zwischen Handwerken und anderen reglementierten Gewerben?
- Ab wann dürfen Gewerbe mit Zuverlässigkeitsprüfung ausgeübt werden?
- Bei welchen Gewerben ist kein Befähigungsnachweis zu erbringen?
- Können Sie folgende Berufe zu den einzelnen Gewerbearten zuordnen: Schuhmacher/Lebensmittelhändler/Waffenhändler/Marktfahrer?

## 1.2 Persönliche Voraussetzungen, Nachsicht

Wie Sie im Kapitel 1.1 erfahren haben, sind für die Erlangung einer Gewerbeberechtigung auch PERSÖNLICHE VORAUSSETZUNGEN zu erbringen.

Die **persönlichen Voraussetzungen** sind folgendermaßen festgelegt:

PERSÖNLICHE VORAUSSETZUNGEN	
ALLGEMEINE	BESONDERE
<ul style="list-style-type: none"><li>• Eigenberechtigung (Volljährigkeit, s. 3.1!)</li><li>• österreichische bzw. EWR-Staatsbürgerschaft (Sonderregelung für Angehörige anderer Staaten)</li><li>• keine Ausschlussgründe (gerichtliche Vorstrafen, Konkursabweisung mangels Vermögens usw.)</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Befähigungsnachweis (Ausnahme: freie Gewerbe)</li><li>• Zuverlässigkeit (nur bei bestimmten reglementierten Gewerben)</li></ul>

- **Fehlt der Befähigungsnachweis, und kann auch die individuelle Befähigung nicht nachgewiesen werden, muss ein gewerberechtlicher Geschäftsführer (s. 4.1) bestellt werden!**

### ACHTUNG

- Bei Fehlen der allgemeinen Voraussetzungen kann mit wenigen Ausnahmen (z. B. Ehegatte nach dem Tod eines Gewerbeinhabers) keine Gewerbeberechtigung erlangt werden.

- **Bei Vorliegen von Ausschlussgründen kann keine Berechtigung erlangt werden!**

Ausschlussgründe sind:

- gerichtliche Vorstrafen mit mehr als 3 Monaten Freiheitsstrafe oder mehr als 180 Tagessätzen Geldstrafe; bei Kridadelikten auch bei geringeren Vorstrafen; ebenso Gastgewerbetreibende wegen Suchtmitteldelikten.
- Bestrafungen wegen bestimmter Finanzdelikte (z.B. Steuerhinterziehung);
- Abweisung eines Konkursantrages mangels kostendeckenden Vermögens;
- Gewerbeentziehung (z. B. wegen mangelnder Zuverlässigkeit).

Ausgleich und (nachgewiesener erfüllter) Zwangsausgleich sind keine Gewerbeausschlussgründe.

- **Nachsicht von den persönlichen Voraussetzungen:**

Für die **Nachsicht vom Gewerbeausschluss** müssen jeweils folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Bei gerichtlichen Vorstrafen bzw. Finanzdelikten darf nicht zu befürchten sein, dass die Gewerbeausübung Gelegenheit zu gleichen oder ähnlichen Straftaten bietet.
- Bei mangels kostendeckendem Vermögen abgewiesenem Konkurs müssen die Schulden bezahlt sein und die finanzielle Lage eine entsprechende Bonität ergeben.

**Fehlt der vorgeschriebene Befähigungsnachweis, muss die individuelle Befähigung, d.h. ein gleichartiger Ausbildungsstand nachgewiesen werden. Eine Nachsicht ist vom Befähigungsnachweis ist nicht mehr vorgesehen. Den Feststellungsbescheid erlässt die Bezirksverwaltungsbehörde.**



*Materialien*

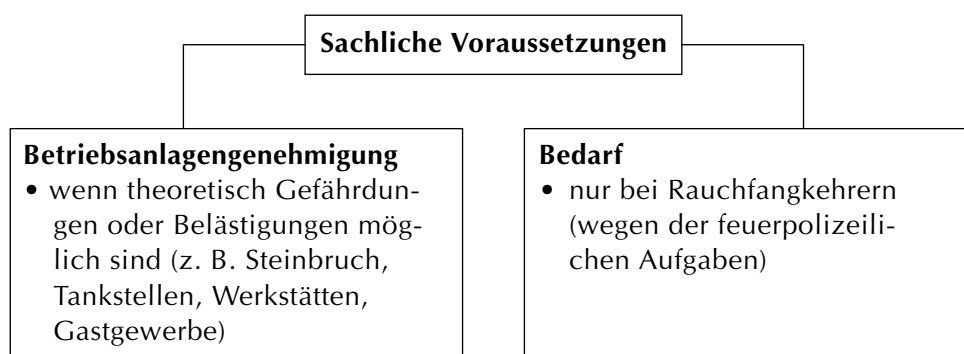
Nähere Auskünfte über Nachsichten erhalten Sie bei „Ihrer“ Wirtschaftskammer und der Gewerbebehörde.

#### **Kontrollfragen:**

- Welche allgemeinen und welche besonderen persönlichen Voraussetzungen sieht die Gewerbeordnung vor?
- Welche Wirkung haben Ausschlussgründe?
- Welche Staatsangehörigen sind wie Österreicher zu behandeln?

## **1.3 Sachliche Voraussetzungen**

- Welche sachlichen Voraussetzungen müssen gegeben sein?



#### **Kontrollfragen:**

- Ist bei einem Handelsgewerbe ein „Bedarf“ zu prüfen?
- Welche Genehmigung ist notwendig, wenn vom Betrieb theoretisch oder tatsächlich Gefährdungen ausgehen?

## 1.4 Erlangung der Gewerbeberechtigung

### • Zuständige Behörde für die Gewerbebeanmeldung

Seit der Gewerbeordnungsnovelle 2002 ist nahezu ausschließlich die Bezirksverwaltungsbehörde (Bezirkshauptmannschaft, Magistrat, in Wien: Magistratisches Bezirksamt) als Gewerbebehörde zuständig.

Die *örtliche Zuständigkeit* richtet sich nach dem Betriebsstandort!

Es empfiehlt sich, persönlich die Gewerbebeanmeldung vorzunehmen, auch per E-Mail ist eine Eingabe zulässig. Formulare stehen z.B. in Wien bereits per Internet zur Verfügung. Bei Neugründungen muss aber zuvor das „NeuföG-Formular“ (s. unten die Übersicht), für dessen Ausstellung eine persönliche Beratung notwendig ist, bei der zuständigen Wirtschaftskammer bzw. deren Regionalstelle besorgt werden. Diese Stellen übernehmen ebenfalls die Weiterleitung an die Behörde.

### - Welche Unterlagen benötigt man bei der Behörde?

## Dokumente und Unterlagen für Gewerbebeanmeldung bzw. Bewilligungsansuchen

### Bei Einzelunternehmern:\*)

- Geburtsurkunde
- Staatsbürgerschaftsnachweis \*\*)
- Zeugnis(se) über Befähigungsnachweis, wenn vorgeschrieben (z. B. Meisterprüfungszeugnis; Zeugnis über Befähigungsprüfung; evt. Schulabschluss- und Praxiszeugnisse) entsprechend der Befähigungsvorschrift **oder Belege über die individuelle Befähigung**
- Vorlage des „NeuföG“-Formulares (wird bei Neugründung nach Beratung über das Vorliegen der Voraussetzungen der Begünstigungen von der zuständigen Wirtschaftskammer ausgestellt; es entfallen dadurch u.a. alle Gebühren und Verwaltungsabgaben !!!)

### Bei Gesellschaften:

- Kapitalgesellschaften (GmbH oder AG), **eingetragene Erwerbsgesellschaften** (OEG, KEG): Auszug aus dem Firmenbuch (max. 6 Monate alt)
- Personengesellschaften des Handelsrechtes (OHG, KG): Nachweis des Abschlusses des Gesellschaftsvertrages (z. B. Erklärung der Gesellschafter oder Vorlage des Gesellschaftsvertrages)
- **Bekanntgabe des gewerberechtlichen Geschäftsführers:**
  - Personaldokumente, Befähigungsnachweis usw. wie beim Einzelunternehmer beschrieben
  - wenn Angestellte: Bekanntgabe der Dienstgeberkontonummer, SV-Nummer des Geschäftsführers, Nachweis der Anmeldung
- Vorlage des „NeuföG“-Formulares (s. linke Spalte)

\*) Wird vom Einzelunternehmer ein gewerberechtlicher Geschäftsführer bestellt, ist wie beim gewerberechtlichen Geschäftsführer von Gesellschaften vorzugehen!

\*\*) Den Strafregisterauszug holt die Behörde ein. Das Fehlen sonstiger Ausschlussgründe wird durch eidesstattliche Erklärung (Formular!) nachgewiesen.

## ACHTUNG

- Sind Sie unsicher, welchem Gewerbe die von Ihnen beabsichtigte Tätigkeit zuzuordnen ist und welchen Befähigungsnachweis Sie hierfür benötigen? Die für Sie zuständige Wirtschaftskammer verfügt über entsprechende Beratungseinrichtungen, die Sie auch als künftiges Mitglied nutzen können!



### Materialien

- **Gewerberechtlicher Geschäftsführer**
- **Wann muss eine Gewerbeausübung mit einem gewerberechtlichen Geschäftsführer erfolgen?**  
Die Beantwortung ergibt sich aus Folie 5!

Folie 4



### Welche Position muss der gewerberechtliche Geschäftsführer im Unternehmen haben?

- **beim Einzelunternehmer**
  - Arbeitnehmer, mindestens zur Hälfte der wöchentlichen Normalarbeitszeit im Betrieb beschäftigt
- **bei Gesellschaften (juristischen Personen)**
  - Mitglied des Vertretungsorganes (Geschäftsführung, Vorstand)
  - oder
  - Arbeitnehmer, wie oben

### Unterlagen für Gewerbeanmeldung

- **Einzelunternehmer**
  - Personaldokumente
  - evt. Belege für Befähigungsnachweis
- **Gesellschaften bzw. juristische Personen**
  - Belege zum Nachweis des Bestandes (z. B. Firmenbuchauszug)
  - Unterlagen betreffend gewerberechtlichen Geschäftsführer



Folie 3

Folie 5



### Wann muss ein gewerberechtlicher Geschäftsführer bestellt werden?

- **vom Einzelunternehmer**, wenn er
  - den erforderlichen Befähigungsnachweis nicht besitzt
  - oder
  - keinen Wohnsitz im Inland hat\*)
- **von Gesellschaften\*\*) und juristischen Personen**, wenn sie
  - eine Gewerbeberechtigung erlangen und ausüben wollen

\*) Gilt nicht bei einem Wohnsitz in Deutschland, weil aufgrund eines Zustell- und Vollstreckungsabkommens mit Österreich Strafbescheide zugestellt und vollzogen werden können.

\*\*) Es können nur im Firmenbuch eingetragene Gesellschaften Träger von Gewerbeberechtigungen sein (s. 1.6)

### - **Notwendige Voraussetzungen des gewerberechtlichen Geschäftsführers**

Der gewerberechtliche Geschäftsführer muss dieselben persönlichen Voraussetzungen erbringen, die sonst vom Gewerbeinhaber selbst verlangt werden. Außerdem muss er in der Lage sein, sich im Betrieb entsprechend betätigen zu können. Er muss seiner Bestellung ausdrücklich zustimmen.

#### **Beispiel:**

Wohnsitz in Feldkirch/Vbg., Betrieb in Eisenstadt entspricht nicht.

#### **Hinweis:**

Ein inländischer Wohnsitz ist bei EWR-Staatsangehörigen nicht erforderlich, wenn eine entsprechende Betätigung im Betrieb sichergestellt ist. Strafbescheide sind immer am inländischen Sitz des Gewerbetreibenden zuzustellen.

### - **Haftung des gewerberechtlichen Geschäftsführers**

Der gewerberechtliche Geschäftsführer haftet

- der Gewerbebehörde für die vorschriftsmäßige Gewerbeausübung,
- dem Gewerbeinhaber für die fachlich einwandfreie Gewerbeausübung.

#### **Kontrollfragen:**

- Was muss man veranlassen, wenn man feststellt, dass der Befähigungsnachweis doch nicht gegeben ist?
- Wodurch unterscheiden sich Unterlagen für die Gewerbebeanmeldung einer Einzelperson von denen für eine Gesellschaft?
- Welche Funktionen muss ein gewerberechtlicher Geschäftsführer haben?

## **1.5 Rechtliche Voraussetzungen des Betriebsstandortes (Betriebsanlagengenehmigung, Flächenwidmung, Bauordnung, Naturschutz)**

### • **Betriebsanlagengenehmigung**

#### - **Was ist eine Betriebsanlage?**

Eine Betriebsanlage ist immer eine örtlich gebundene Anlage, die regelmäßig für gewerbliche Zwecke verwendet wird. Daher sind z. B. Baustellen keine Betriebsanlagen.

- **Alle Betriebsanlagen, die theoretisch gefährden, belästigen oder beeinträchtigen können, sind genehmigungspflichtig!**

Genehmigungspflichtig sind

- Errichtung und Betrieb,
- Änderung und Erweiterung.

Durch die weite Fassung der Schutzinteressen können auch Verkaufslokale, Magazine und Büros genehmigungspflichtig werden!

#### Beispiele:

- Erzeugungsbetriebe: Maschinenlärm, Abgase, Rauch (z. B. Selcherei)
- Verkaufslokale, Magazine usw.: Lagerung brennbarer Sachen wie Holz, Papier, Heizöl
- Bürobetriebe: Lärm durch Klimaanlage, „Hausdruckerei“
- **Bei fehlender Genehmigung kann außer einer Bestrafung auch eine Stilllegung des Betriebes (von Betriebsteilen) verfügt werden!**

Die Strafhöhe beträgt bis zu € 3.600,-. Bei drohender Gefahr für Leben und Gesundheit kann auch Stilllegung verfügt werden.

#### Wie vermeiden Sie Fehler bei Projektierung Ihrer Betriebsanlage?

Bevor Sie Investitionen tätigen, sollten Sie:

- feststellen, ob die Errichtung eines Gebäudes überhaupt möglich ist;
- beim Gemeindeamt Einsicht in den Flächenwidmungsplan nehmen;
- sich bei der Bezirksverwaltungsbehörde erkundigen, ob die geplante Anlage genehmigungspflichtig ist. In Zweifelsfällen kann ein Feststellungsverfahren beantragt werden;
- das Gespräch mit den Nachbarn suchen;
- bei Übernahme eines bestehenden Betriebes: vom Vorgänger den Genehmigungsbescheid verlangen und prüfen, ob die Auflagen erfüllt sind. Ab Übernahme des Betriebes sind Sie der Behörde verantwortlich;
- bei Neubauten oder Umbauten am besten gleichzeitig bei Baubehörde und Bezirksverwaltungsbehörde einreichen;
- von den beauftragten Professionisten verlangen, allfällige Genehmigungspflichten mitzuberücksichtigen und Schutzmaßnahmen mit der Behörde abzuklären;
- Kauf- oder Mietverträge über ein Betriebsobjekt nur unter der Bedingung abschließen, dass eine Betriebsanlagengenehmigung erlangt werden kann.

#### Bei welchen Gefährdungen und Beeinträchtigungen benötige ich eine Betriebsanlagengenehmigung?

- Gefahr für Leben und Gesundheit, Beschädigung oder Gefährdung des Eigentums der Nachbarn
- unzumutbare Belästigung (Staub, Lärm, Schmutz)
- Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrs
- Verschmutzung von Gewässern (auch Erwärmung)



#### Wer hilft Ihnen bei Fragen und Problemen mit der Betriebsanlage?

Die Wirtschaftskammer Ihres Bundeslandes verfügt über entsprechende Beratungseinrichtungen, wobei auch Leistungen von externen Beratern (z. B. technischen Sachverständigen) kostengünstig zur Verfügung gestellt werden.

**Zuständige Behörde für Betriebsanlagengenehmigung ist meist die Bezirksverwaltungsbehörde!**

Nur ausnahmsweise ist anstelle der Bezirksverwaltungsbehörde der Landeshauptmann zuständig (z. B. bei Tankstellenbetrieben).

- **Welche Angaben und Unterlagen muss das Ansuchen enthalten?**

## Checklist

- **Name des Inhabers der geplanten Anlage**
- **Angabe des Standortes der Anlage**
- **Angabe der Art des Betriebes**
- **Betriebsbeschreibung** (4fach) = Beschreibung der Arbeitsvorgänge, Angabe, welche Räume wofür benützt werden usw.
- **Abfallwirtschaftskonzept** = Angabe über voraussichtlichen Anfall von Abfall, evtl. Recycling-Maßnahmen, Maßnahmen der Vermeidung, Entsorgungsart
- **Pläne und Skizzen** (4fach) = Darstellung der Betriebsräume im Grundriss, mit Angabe der Benützungsart der Räume und Aufstellungsorte der Maschinen, Geräte etc.
- **Technische Unterlagen** = Maschinen- und Geräteliste, Beschreibung der Funktion und Wirkungsweise, Angabe der Leistung in kW usw.
- **Namen und Anschrift der Grundeigentümer des Betriebsgrundstückes und der angrenzenden Grundstücke.** Diese können dem Grundbuch entnommen werden.

### Hinweis

Größere Betriebe, bei denen es zu Umweltbelastungen kommen kann, müssen Angaben über die möglichen Umweltbeeinträchtigungen machen samt Beschreibung der dagegen zu treffenden Maßnahmen.

### ACHTUNG

Durch die behördlichen Auflagen können zusätzliche Genehmigungen erforderlich werden, wie z.B. eine Baugenehmigung für das Höherführen eines Rauchfanges, Schaffung von Brandabschnitten, Abmauern von Tür- oder Fensteröffnungen.

### - Wodurch kann auch eine genehmigte Anlage verhindert werden?

Die Realisierung des Projektes kann trotz Betriebsanlagengenehmigung an baurechtlichen, naturschutzrechtlichen oder vertraglichen Hindernissen scheitern.



## Nachbarrechte im BA-Verfahren

Nachbarn sind alle Personen, die berechtigt sind, sich im Einwirkungsbereich der Anlage dauernd aufzuhalten.

Ihre Rechte sind:

- Erlangung der Parteistellung durch Einwendungen spätestens bei der Augenscheinsverhandlung („Lokalaugenschein“)
- Berufungsrecht als Partei (verhindert aber **nicht** die Rechtskraft des BA-Bescheides)

## Rechte des Arbeitsinspektors?

Dieser ist dem Genehmigungsverfahren beizuziehen. Auch er hat ein Berufungsrecht gegen den Genehmigungsbescheid, wenn der Schutz der Arbeitnehmer des Betriebes nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Daher sollte schon bei der Planung mit ihm Kontakt aufgenommen werden. Bei Berufung durch den Arbeitsinspektor darf die Anlage nicht betrieben werden.

**WICHTIG**

## Vereinfachtes Verfahren

Durch das vereinfachte Verfahren soll insbesondere bei kleinen oder mittleren Betrieben das Verfahren beschleunigt werden. Dies wird durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Bei der Augenscheinsverhandlung haben die Nachbarn zwar Anhörungsrechte, erlangen aber keine Parteistellung. Sie haben daher auch kein Berufungsrecht.
- Das Verfahren ist innerhalb von 3 Monaten abzuwickeln.

Auf welche Anlagen das vereinfachte Verfahren anzuwenden ist, ergibt sich aus Folie 8.

## Genehmigungsverfahren für Betriebsanlagen

- **Feststellung der Genehmigungsfähigkeit aufgrund**
  - Prüfung der Unterlagen und
  - Ergebnis der Augenscheinsverhandlung
- **Durchführung der Augenscheinsverhandlung zur**
  - Begutachtung der örtlichen Situation durch Amtssachverständige (z. B. technische Amtssachverständige, Amtsarzt)
  - Anhörung der Nachbarn
- **Erteilung der Genehmigung mit Auflagen zur Wahrung der Schutzinteressen**  
(z. B. Vorschreibung von Filtern, Brandabschnitten, Schallschutz oder Betriebszeitenbeschränkungen)

**Kann der erforderliche Schutz nicht erreicht werden, muss das Ansuchen abgewiesen werden!**



## Wann ist das vereinfachte Verfahren anzuwenden?

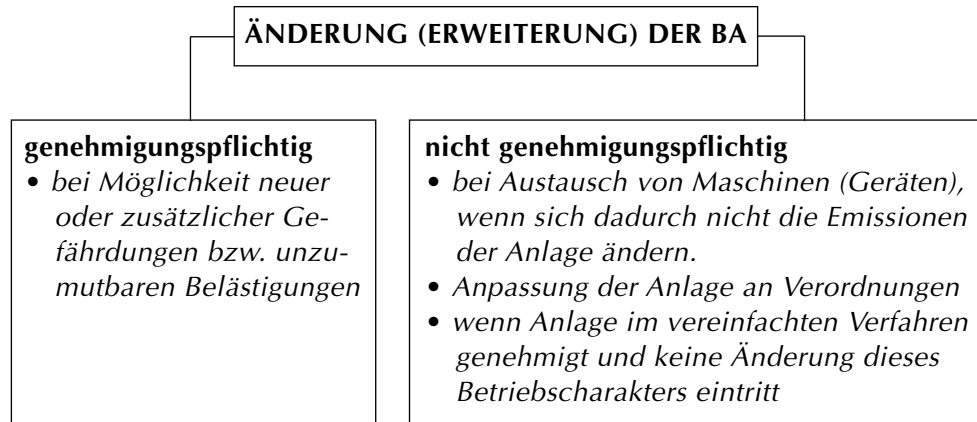
- **bei Verwendung haushaltsähnlicher Geräte**  
(z. B. Kühlschrank, Handbohrmaschine)
- **bei Betriebsfläche max. 1.000 m<sup>2</sup>, Anschlusswert der Maschinen und Geräte max. 100 kW**  
(ohne Beleuchtung und Raumheizung)
- **bei Bezeichnung der Anlagenart durch Verordnung des Wirtschaftsministers**
- **bei Genehmigungspflicht des Ersatzes von Maschinen und Geräten**
- **bei Betriebsstandort in Gewerbe- oder Industriegebiet**  
(gilt erst bei Vorliegen einer Verordnung des Wirtschaftsministers über die Nichtanwendung bei gefahreneigneten Anlagen)

**Der Feststellungsbescheid über das Zutreffen dieser Voraussetzungen und den darin enthaltenen behördlichen Aufträgen gilt als Genehmigungsbescheid!**

**Kann der erforderliche Schutz nicht erreicht werden, muss das Ansuchen abgewiesen werden!**

## Änderungen und Erweiterungen der Betriebsanlage/Maschinentausch

Wann Änderungen oder Erweiterungen der Betriebsanlage genehmigungspflichtig sind, ersehen Sie aus folgender Übersicht:



- Ein Maschinentausch muss der Behörde gemeldet werden!

### Beispiel:

Austausch in eine leisere Maschine

Folie 9



### Inhaberwechsel

Die Genehmigung, aber auch die Verpflichtung zur Einhaltung der Auflagen, geht auf den neuen Inhaber über. Eine Neugenehmigung ist bei einer Betriebsunterbrechung von mehr als 5 Jahren notwendig.

## Flächenwidmungs- und Bebauungspläne

- Erlassung durch die Gemeinde
- Festlegung der Nutzungsmöglichkeiten u. a. auch, welche Art von Betrieben errichtet werden darf  
z. B. Wohngebiet nur Büros, Nahversorgungsbetriebe und kleinere Werkstätten, die die Wohnqualität nicht beeinträchtigen
- Vor der Erlassung muss der Entwurf aufgelegt werden, damit sich die Gemeindeglieder dazu äußern können.
- Zustimmung der Landesregierung erforderlich

Durch Widmungsänderungen kann u. U. die Erweiterung oder Änderung von Betriebsanlagen unmöglich gemacht werden!

### • Flächenwidmung

**Die Flächenwidmung ist für die Nutzung von Grundstücken von Bedeutung.**

Aufgrund landesgesetzlicher Raumordnungsbestimmungen sind von den einzelnen Gemeinden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne festzulegen.

Die Auswirkungen auf die Möglichkeit von Betriebsansiedlungen ergeben sich aus der Übersicht in Folie 9.

Die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne liegen im Gemeindeamt auf.

## • Baurecht

### Die Bauordnungen der Länder regeln die Errichtung von Bauwerken!

Das Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Bauwerken ist durch landesgesetzliche Bauordnungen geregelt. Es gibt daher kein gesamtösterreichisches Baurecht.

Wann eine Genehmigung erforderlich ist, ersehen Sie aus der Übersicht in Folie 10.

### ACHTUNG

- Eine vorhandene Baugenehmigung ersetzt nicht die Betriebsanlagengenehmigung und umgekehrt.
- Die Gewerbebehörde kann zusätzliche oder andere Auflagen als die Baubehörde vorschreiben. Dadurch kann wieder eine Abänderung der Bau- und Benützungsbewilligung notwendig werden.

### Wann ist eine Baugenehmigung notwendig?

- bei Neuerrichtung von Gebäuden
- bei Zu- und Umbauten
- bei Änderung der bewilligten Benützungsart

zuständige Behörde ist der Bürgermeister

Als Nachbarn gelten nur die Eigentümer von angrenzenden Grundstücken! Mieter und Pächter haben kein Berufungsrecht!

### Inhaberwechsel

Die Genehmigung, aber auch die Verpflichtung zur Einhaltung der Auflagen und Bedingungen gehen auf den neuen Inhaber über.



- **Bauverfahren und Betriebsanlagenverfahren weisen wesentliche Unterschiede auf**

BAUVERFAHREN	BETRIEBSANLAGENVERFAHREN
<ul style="list-style-type: none"> <li>• unterschiedliche Landesgesetze</li> <li>• zweistufiges Verfahren</li> <li>• Behörde ist der Bürgermeister*)</li> <li>• Nachbarn sind nur die Eigentümer angrenzender Liegenschaften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• einheitliches Bundesgesetz</li> <li>• einstufiges Verfahren</li> <li>• Behörde ist in der Regel die Bezirksverwaltungsbehörde**)</li> <li>• Nachbarn sind alle, die sich berechtigt und länger im Einwirkungsbereich der Anlage aufhalten</li> </ul>

\*) In einigen Bundesländern haben die Gemeinden Baugenehmigungen für gewerbliche Bauten auf die Bezirkshauptmannschaften übertragen.

\*\*) Bei Tankstellen ist z. B. der Landeshauptmann Behörde.

## Weitere Vorschriften für Errichtung von Betrieben

Verbote bzw. Einschränkungen können u. a. enthalten:

### - Naturschutzgesetze

#### **Beispiel:**

Verbot von Hotels in einem hochalpinen Naturpark; zulässig sind nur Schutzhütten.

### - Wasserrechtsgesetze

#### **Beispiel:**

Verbot von Produktionsstätten oder Lagerung bestimmter Produkte in einem Quellschutzgebiet; Verbot der Einleitung bestimmter wassergefährdender Stoffe in einen Bach.

### - Denkmalschutzbestimmungen

#### **Beispiel:**

Für eine Diskothek in einem „urigen Kellergewölbe“ müssten wegen der Sicherheit der Gäste mehrere Notausgänge geschaffen werden. Das Denkmalschutzamt verweigert aber den Eingriff in das historische Gemäuer.

Materialien



### **Kontrollfragen:**

- Wann ist eine Betriebsanlage genehmigungspflichtig?
- Welche Gefährdungen bzw. Beeinträchtigungen rufen die Genehmigungspflicht bei Erzeugungsbetrieben/Verkaufslokalen/Bürobetrieben hervor?
- Ist nur die Neuerrichtung einer BA genehmigungspflichtig?
- Wie schütze ich mich vor Fehlinvestitionen/Fehlplanungen im Hinblick auf eine noch zu erteilende Betriebsanlagengenehmigung?
- Wie muss ich um eine BA-Genehmigung ansuchen?
- Wer ist außer dem Betriebsinhaber „Partei“ im BA-Verfahren?
- Wer kann seine Anlage im vereinfachten Verfahren genehmigen lassen? Welche Vorteile hat dies?
- Welche Bedeutung hat die Flächenwidmung für einen Betriebsstandort?
- Worin bestehen die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Bau- und dem BA-Verfahren?

## 1.6 Rechtsformen und ihre Auswirkungen (Einzelunternehmen oder Gesellschaft)

Allein, zu zweit, oder zu mehreren, Einzelunternehmen oder Gesellschaft – die Frage stellt sich so manchem Jungunternehmer.

**Die Rechtsform wirkt sich in folgenden Bereichen aus**

Haftung und Vertretung	Firmenbuch-eintragung	Gewerberecht	Sozialversicherung	Steuer
------------------------	-----------------------	--------------	--------------------	--------



**Materialien**

### ACHTUNG

- Steuerersparnisse können sich auch durch Dienstverhältnisse mit Familienmitgliedern ergeben. Wegen der besonders leichten Missbräuche erfolgt aber eine strenge Prüfung durch GKK und Finanzamt.
- Ob in Ihrem Fall die Beschäftigung von Familienmitgliedern oder die Gründung einer Gesellschaft vorteilhafter ist, erfahren Sie im Betriebsgründungsservice „Ihrer“ Wirtschaftskammer.

**Die Betriebsgröße (Kleinbetrieb oder Betrieb, der über den Kleinbetrieb hinausgeht) ist für einige Rechtsformen von besonderer Bedeutung für die Eintragung im Firmenbuch!**

Nähere Erklärungen hiezu finden Sie nach Darstellung der einzelnen Rechtsformen!

**Folie 11**



#### • Einzelunternehmen

- **Beim Einzelunternehmen gibt es nur einen Inhaber!**

Ein Einzelunternehmen liegt dann vor, wenn das Unternehmen von einem einzigen Inhaber betrieben wird. Ob dieser Inhaber Eigentümer oder nur Pächter ist, ist dabei belanglos.

#### • Gesellschaften

- **Gesellschaften müssen aus mindestens zwei Personen bestehen!**

Bei Kapitalgesellschaften (z. B. GmbH.) können aber sämtliche Gesellschaftsanteile im Besitz eines einzigen Gesellschafters sein.

### Wovon ist die Wahl der Rechtsform abhängig?

- Vorhandensein von Gesellschaftern
- Betriebsgröße
- gewerberechtliche Bedingungen
- Finanzierung durch Beteiligungen
- Ausmaß der Haftung
- steuerrechtliche Behandlung
- Sozialversicherung

## Welche Auswirkungen ergeben sich für den Einzelunternehmer?

Haftung	mit Betriebs- und Privatvermögen
Vertretung	Freiwillige Bestellung von Vertretern möglich, bei im Firmenbuch eingetragenen Einzelunternehmen auch Prokuristen
Gewerberecht	Inhaber muss allgemeine Voraussetzungen für die Erlangung einer Gewerbeberechtigung erbringen, der Befähigungsnachweis kann auch durch einen gewerberechtlichen Geschäftsführer (Arbeitnehmer) erbracht werden
Sozialversicherung	Pflichtversicherung nach GSVG
Steuer	Einkommensteuer vom Gewinn bis 50%
Firmenbuch	nur möglich, wenn Unternehmen kein Klein Gewerbe, bzw. wenn kfm. Einrichtungen erforderlich

Eine Übersicht über die häufigsten Gesellschaftsformen ergibt sich aus Folie 13.

Die Genossenschaften haben zwar eine große Bedeutung im Bereich Land- und Forstwirtschaft, im Wohnbau und als Einkaufsorganisationen. Das Wissen um die komplizierte Rechtsstruktur ist aber nicht Erfordernis zur Führung eines Unternehmens. Daher erfolgt keine weitere Besprechung dieser Rechtsformen.

- Übernehmen Sie nie ohne Beratung durch eine(n) Fachkundige(n) irgendwelche Musterverträge für Gesellschaften!
- Bei der Gestaltung eines Gesellschaftsvertrages sollten stets ein Rechtsberater und ein Steuerfachmann mitwirken!
- Die Auflösung einer Gesellschaft ist meist kompliziert und kostspielig. Überlegen Sie reiflich Vor- und Nachteile vor Abschluss eines Gesellschaftsvertrages.
- Schließen Sie aus Beweisgründen einen Gesellschaftsvertrag schriftlich ab, auch wenn es der Gesetzgeber nicht vorschreibt (z. B. bei den Personengesellschaften).



Folie 12

Materialien



## Grundsätzliche Unterschiede zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften

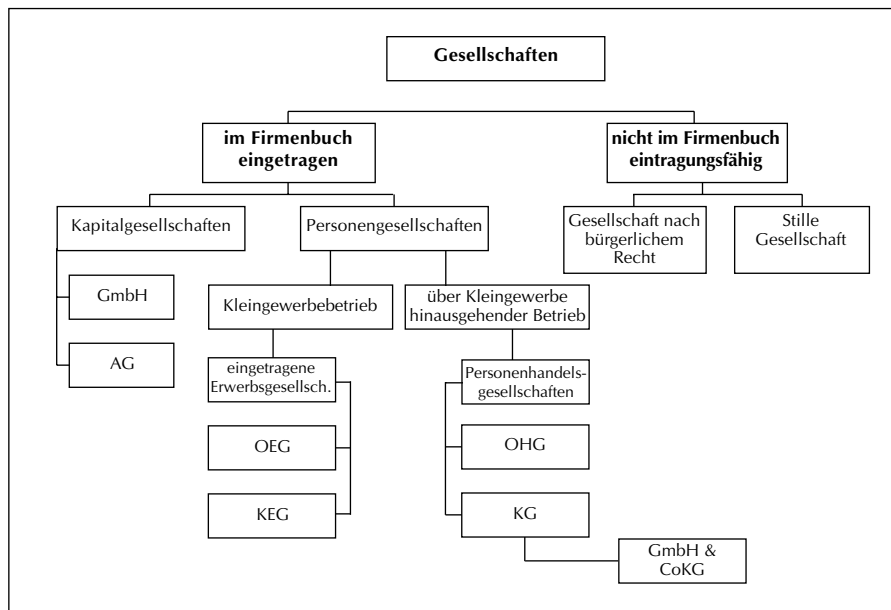
- Bei Personengesellschaften stehen die Gesellschafter und ihre Haftung im Vordergrund!



Folie 13

PERSONENGESELLSCHAFT als Rechtsform bedeutet, dass

- Mitarbeit und/oder
- persönliche Haftung die wesentlichen Grundlagen der Gesellschaft vom Willen der Gesellschafter und auch vom Gesetz her sind!



Bloße Geldgeber können sich mit einer auf die EINLAGE beschränkten Haftung entweder als Kommanditist oder stiller Gesellschafter an Personengesellschaften beteiligen.

**- Bei Kapitalgesellschaften ist ein bestimmtes Mindestkapital Grundlage der Gesellschaft!**

Bei Kapitalgesellschaften ist daher nicht ein Unternehmen bestimmter Größe Voraussetzung für die Eintragung in das Firmenbuch.

**• Offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft**

(Personengesellschaften des Handelsrechtes)

Bei einer Personengesellschaft des Handelsrechtes betreiben mindestens zwei Personen unter gemeinsamer Firma ein Unternehmen. Das Unternehmen muss über den Umfang eines Kleingewerbes hinausgehen.

**ACHTUNG**

- Bei der OHG haften alle Gesellschafter gemeinsam (solidarisch) mit ihrem Privatvermögen („Einer für alle – alle für einen“).
- Bei der KG haften die Komplementäre wie offene Handelsgesellschafter; die Kommanditisten nur mit ihrer Einlage
- Gläubiger halten sich daher meist an den Gesellschafter, der das größte Privatvermögen besitzt.
- Wird ein Gesellschafter von den Gläubigern herangezogen, kann er nur versuchen, sich an seinen Mitgesellschaftern anteilig schadlos zu halten!
- Die Gewerbeberechtigung muss auf die OHG oder KG lauten. Von einem Kommanditisten kann die gewerberechtliche „Geschäftsführung“ nicht erbracht werden!

**ACHTUNG**

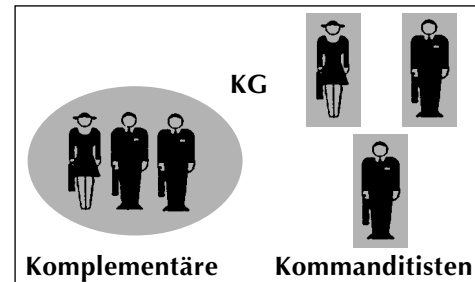
- Auch dann, wenn die Firma nach dem Wortlaut auf eine Gesellschaft schließen lässt, sollte man jedenfalls im Firmenbuch nachprüfen, welche Rechtsform tatsächlich vorliegt. Mit Zustimmung der (des) bisherigen Inhaber(s) darf nämlich eine sog. „abgeleitete“ Firma verwendet werden (z. B. Huber & Maier ist auf eine KG übergegangen, deren Komplementär eine Frau Müller ist).

**Welche Unterschiede gibt es in der Haftung bei KG und OHG?**



**OHG**

- alle haften mit Privatvermögen



- nur Komplementäre haften mit Privatvermögen
- Kommanditisten haften nur mit der Einlage



**Welche Auswirkungen ergeben sich bei einer OHG?**

Haftung	alle haften auch mit ihrem Privatvermögen (Solidarhaftung)
Gewerberecht	Inhaber der Gewerbeberechtigung ist die OHG. Gewerberechtlicher Geschäftsführer muss entweder - vertretungsbefugter Gesellschafter oder - Arbeitnehmer sein.
Sozialversicherung	Gesellschafter nach GSVG versichert
Steuer	Einkommensteuer
Firma	Eintragung im Firmenbuch Pflicht. Es muss erkennbar sein, dass es sich um eine Gesellschaft handelt.



**Welche Auswirkungen ergeben sich bei einer KG?**

Haftung	nur Komplementär haftet mit Privatvermögen, Kommanditisten haften mit Einlage
Vertretung	nur Komplementär berechtigt
Gewerberecht	Inhaber der Gewerbeberechtigung ist die KG. Gewerberechtlicher Geschäftsführer muss entweder - Komplementär oder - Arbeitnehmer sein.
Sozialversicherung	nur Komplementär nach GSVG versichert
Steuer	Einkommensteuer
Firma	Eintragung im Firmenbuch Pflicht. Nur Namen von Komplementären dürfen in der Firma aufscheinen.



**OEG und KEG  
(Abweichungen gegenüber OHG und KG)**

- entstehen erst mit Eintragung im Firmenbuch
- nur für Kleingewerbebetrieb zulässig
- Firma muss wie bei OHG und KG Namen eines persönlich haftenden Gesellschafters enthalten. Beisatz „OEG“ bzw. „KEG“ ist Verpflichtung.

- **Eingetragene Erwerbsgesellschaften (EEG) – Offene Erwerbsgesellschaft (OEG) – Kommanditerwerbsgesellschaft (KEG)**

Die Unterschiede zu OHG und KG ergeben sich aus Folie 17.

**ACHTUNG**

- Eine Gewerbebeanmeldung ist erst nach der Firmenbucheintragung möglich.
- Wird der Kleingewerbeumfang überschritten, wird die OEG (KEG) automatisch zur OHG (KG).

- **Gesellschaft mbH & Co KG**

Die Gesellschaft mbH & Co (KG) ist nichts anderes als eine Kommanditgesellschaft. Sie unterscheidet sich von der „normalen“ KG nur dadurch, dass anstelle einer Frau Huber oder eines Herrn Müller eben eine Gesellschaft mbH Komplementär ist (z.B. Huber GmbH oder Müller GmbH).

- Vertreten wird die Gesellschaft durch den (die) Geschäftsführer der „Komplementär-GmbH“. Diese haften wie die Geschäftsführer einer „normalen“ GmbH.

**ACHTUNG**

- Als Gläubiger einer Gesellschaft mbH & Co (KG) muss man bedenken, dass keiner der Gesellschafter mit seinem Privatvermögen haftet.
- Es müssen für zwei Gesellschaften (je für die GmbH und die KG) sowie laufend Buchführung und Bilanz erstellt werden! Daher sind Gründung und der „Betrieb“ teuer!
- **Nicht ins Firmenbuch eintragungsfähige Gesellschaften**
- die **Gesellschaft nach bürgerlichem Recht (GesBR)**: Sie kommt in ihrer Auswirkung der offenen Erwerbsgesellschaft nahe; und



- die **Stille Gesellschaft**:  
Hier wird vom Stillen Gesellschafter eine Geld-einlage zur Verfügung gestellt. Über einen all-fälligen Verlust der Ein-lage hinaus hat der Stille Gesellschafter keine Haftung.

Beide Gesellschaften können keine Gewerbe-berechtigung erlangen. Bei der GesBR müssen alle Gesellschafter alle Berechtigungen für alle Tätigkeiten besitzen. Bei der Stillen Gesellschaft muss der Unternehmer die Berechtigung haben.

## GmbH und AG im Vergleich

### GmbH

- Stammkapital mind. € 35.000,-; € 17.500,- müssen bei der Gründung bar einbezahlt werden
- Notariatsakt bei Gründung notwendig
- juristische Person
- vertreten durch Geschäftsführer
- Aufsichtsrat möglich

### AG

- Grundkapital mind. € 70.000,-
- Notariatsakt bei Gründung notwendig; zusätzlich Gründungs-prüfung durch Wirtschaftsprüfer
- juristische Person
- vertreten durch Vorstand
- Aufsichtsrat Pflicht

### • Kapitalgesellschaften

### - Kapitalgesellschaften sind Gesellschaft mbH und Aktiengesellschaft

Durch folgenden „Steckbrief“ lassen sich diese Gesellschaften kurz be-schreiben:

Die (der) Geschäftsführer (Vorstandsmitglieder) werden (wird) von der Gesellschafterversammlung bestellt. Sie haben die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb.

Mindestens einmal jährlich muss eine Gesellschafterversammlung abgehalten werden. Bei dieser müssen die Geschäftsführer einen Rechen-schaftsbericht abgeben. Stimmt die Gesellschafter-versammlung zu, ist die Entlastung (= Bestätigung der ordentlichen Geschäftsführung) für die Geschäftsführer auszusprechen.

Die Gesellschaft mbH wirkt sich auf den verschie- denen Rechtsgebieten folgendermaßen aus: siehe Folien 19 und 20!

- Die Auflösung dieser Gesellschaften unterliegt einem langwierigen Verfahren.
- Der Verkauf (die Weitergabe) von Geschäftsanteilen bzw. Aktien ist oft nur mit Zustimmung der Mit-gesellschafter möglich. Daher ist es normalerweise schwierig, aus der Gesellschaft auszusteigen.



Folie 18



Folie 19

## Welche Auswirkungen hat eine GmbH?

1

### Haftung

Gesellschafter nur mit ihrer Einlage, Geschäftsführer im Falle des Verschuldens auch mit Privatvermögen.

### Vertretung

Die Vertretung erfolgt durch den (die) Geschäftsführer gemeinsam, außer es ist anders im Firmenbuch eingetragen.

### Gewerberecht

Inhaber der Gewerbe-berechtigung ist die Gesellschaft. Gewerberechtlicher Geschäfts-führer muss entweder  
- handelsrechtlicher Geschäftsführer (Vorstandsmitglied) oder  
- Arbeitnehmer sein.

## Welche Auswirkungen hat eine GmbH?

II

Sozialversicherung	Geschäftsführende Gesellschafter bei geringer Beteiligung und Dienstnehmereigenschaft nach ASVG, sonst nach GSVG pflichtversichert
Steuer	Körperschaftsteuer (34%) bei Gewinnausschüttung 25% Kapitalertragssteuer bei offener Gewinnausschüttung an Gesellschafter
Firmenbuch	Gesellschaft entsteht erst mit Eintragung im Firmenbuch. Vorher dürfen nur Rechtsgeschäfte zur Gründung der Gesellschaft abgeschlossen werden



- Haftungsbeschränkungen kommen nur denjenigen Gesellschaftern zugute, die nicht gleichzeitig auch Geschäftsführer (Vorstandsmitglieder) sind.

### Beispiel:

Herr List möchte sein Privatvermögen und auch seine Person aus der Haftung für seinen Geschäftsbetrieb heraushalten. Er findet in Herrn Huber ein williges Opfer, das stolz die Geschäftsführerrolle übernimmt. Als es zur Pleite kommt, muss sich Huber unsachgemäße Geschäftsführung vorwerfen lassen und haftet den Gläubigern für den Schaden.

List, der als bloßer Gesellschafter ja nur mit seiner Einlage haftet, kann hingegen kein direktes Verschulden an der Pleite angelastet werden.

### • Das Firmenbuch (früher: Handelsregister)

- Das Firmenbuch ist ein zentrales EDV-Verzeichnis aller Vollkaufleute (auch Kapitalgesellschaften, Genossenschaften) und eingetragenen Erwerbsgesellschaften, die in Österreich ihren Geschäftssitz haben. (Zum Begriff des Vollkaufmanns s. u.)

- Die Eintragungen in das Firmenbuch erfolgen in Wien durch das Handelsgericht Wien, in den Bundesländern durch das örtlich zuständige Landesgericht.
- Eine Firmenbuchnummer wird bei der Eintragung zugewiesen; Kapitalgesellschaften müssen seit 1. 1. 1993 diese Nummer auf den Geschäftspapieren angeben (zusätzlich: Sitz und Firmenbuchgericht).
- Jedermann kann im Firmenbuch Einsicht nehmen und Auszüge (Ausdrucke) anfertigen lassen.

### Wann erfolgt die Eintragung im Firmenbuch?

#### EINTRAGUNG IM FIRMENBUCH

Wer?	Wann?
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einzelunternehmer OHG, KG</li> </ul>	wenn das Unternehmen über einen Kleinbetrieb hinausgeht bzw. kaufm. Einrichtungen bedarf.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• GmbH, AG, OEG, KEG, Genossenschaften</li> </ul>	bei Erfüllung der gesetzlichen Formvorschriften

Materialien



Die Betriebsgröße wird durch Gutachten der örtlich zuständigen Wirtschaftskammer festgestellt. Bei Überschreiten der Umsatzgrenze für die Bilanzierungspflicht nach der BAO (€ 400.000,- /Jahr) ist in der Regel der Kleinunternehmerumfang überschritten.

#### Hinweis:

Bei Neugründung wird nach Beratung über das Vorliegen der Voraussetzungen der Begünstigungen von der zuständigen Wirtschaftskammer eine NeuföG-Bestätigung ausgestellt; es entfallen bei Vorlage die Eingabe- und Eintragungsgebühren beim Firmenbuchgericht!

#### • Vollkaufmann – Minderkaufmann

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Rechtsform bzw. der Betriebsgröße (Umfang des Kleingewerbes) steht der Begriff des Kaufmannes im Sinne des Handelsrechtes. Das Handelsrecht ist ein Sonderrecht der Kaufleute.

### Was finden Sie im Firmenbuch?

Einzelunternehmer, OHG, KG, OEG, KEG	Firma, Name, Geburtsdatum des Inhabers bzw. der Gesellschafter, Höhe der Vermögenseinlagen der Kommanditisten, Sitz
Kapitalgesellschaften, Genossenschaften	Firma, Sitz, Geschäftszweig, Zweigniederlassung, Stamm-(Grund)kapital, Name und Geburtsdatum der Geschäftsführer, Aufsichtsräte und Gesellschafter samt Höhe der Einlagen

#### Weiters finden Sie:

Eröffnung und Ende von Insolvenzverfahren (Vorverfahren, Ausgleich, Konkurs), Liquidation (bei Gesellschaften und sonstigen juristischen Personen), Prokuristen

**ACHTUNG**

Als Unternehmer muss man wissen, ob man als Kaufmann gilt, weil u. a.

- Kaufleute einer erhöhten Sorgfaltspflicht unterliegen;
- Handelsbräuche, die sich in einer Branche herausgebildet haben, auch ohne besondere Vereinbarung gelten.

#### - Wer gilt als Kaufmann?

Jeder Unternehmer, der Waren an- und verkauft. Dabei ist es egal, ob diese Waren vor dem Verkauf be- oder verarbeitet werden. Es sind daher nicht nur Händler, sondern auch Erzeuger Kaufleute. Aber auch andere Unternehmer, wie Versicherer, Bankiers, Güter- und Personenbeförderer, Spediteure, (Handels)agenten bezeichnet das Handelsgesetzbuch als Kaufleute. Die Tätigkeiten, die diese Personen ausüben, werden als Grundhandelsgewerbe bezeichnet.

#### - Wer gilt als Vollkaufmann und wer als Minderkaufmann?

**Minderkaufmann:** Ausübung eines Grundhandelsgewerbes im Kleinunternehmerumfang;

**Vollkaufmann:** Ausübung eines Grundhandelsgewerbes mit Überschreitung des Kleinunternehmerumfanges.

Unabhängig von einer bestimmten Betriebsgröße bzw. Art der Tätigkeit gelten bestimmte Gesellschaften (z. B. GmbH, AG) als Vollkaufleute!



Somit gelten im Wesentlichen alle Unternehmer, die im Firmenbuch eingetragen sind – mit Ausnahme der OEG und KEG – als Vollkaufleute!

- **Die Firma eines Vollkaufmannes darf mit dem Unternehmen weitergegeben werden, daher ist eine Feststellung der tatsächlichen Inhaberverhältnisse nur durch Nachschau im Firmenbuch möglich.**
- **Nur Vollkaufleute können einen Prokuristen bestellen!**

Ein Prokurist hat eine durch das Handelsgesetzbuch vorgegebene Vertretungsbefugnis und muss im Firmenbuch eingetragen werden. Er fügt seiner Unterschrift die Bezeichnung „Prokurist“ oder „ppa“ (= per procura) bei.

#### **Anmerkung:**

Daneben kann jeder „Kaufmann“ einen „Handelsbevollmächtigten“ bestellen. Dieser kann aber nicht im Firmenbuch eingetragen werden. Zum Bevollmächtigtungsvertrag s. Seite 89.

#### **• Kontrollfragen:**

- Wie haften Einzelunternehmer/Gesellschafter einer OHG bzw. OEG/Komplementäre einer KG bzw. KEG?
- Was können Gründe sein, dass sich jemand nur als Kommanditist beteiligt?
- Welche Bedeutung hat der „Kleingewerbeumfang“?
- Stimmt es, dass bei einer GmbH überhaupt niemand haftet?
- Welche Personengesellschaften/welche Kapitalgesellschaften kennen Sie?
- Worin bestehen die wesentlichen Unterschiede zwischen Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften?
- Wer vertritt eine Personengesellschaft, wer eine GmbH?
- Welche Funktion muss ein gewerberechtlicher Geschäftsführer bei den jeweiligen Gesellschaften haben?
- Welche Voraussetzungen müssen bei den einzelnen Rechtsformen erfüllt werden, um eine Eintragung im Firmenbuch zu erlangen?

Materialien



## **1.7 Sozialversicherung der Unternehmer**

Im Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz (GSVG) ist die Pflichtversicherung der gewerblichen Unternehmer geregelt. Versicherungsträger ist die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA).

#### **• Wann entsteht eine Pflichtversicherung?**

Sie entsteht

- beim ANMELDUNGSGEWERBE mit rechts wirksamer Anmeldung,
- beim BEWILLIGUNGSPFLICHTIGEN GEWERBE mit Rechtskraft des Bewilligungsbescheides.

**Beispiel:**

Herr Schludrian meldet am 24. Mai das Handelsgewerbe an. Er vergisst aber auf die Vorlage des Strafregistrauszuges. Daher ist seine Gewerbeanmeldung erst gültig, wenn er dieses Versäumnis nachgeholt hat. Für allfällige Arztkosten in der Zwischenzeit muss er selbst aufkommen!

- **Muss man sich bei der Sozialversicherungsanstalt (SVA) anmelden?**

Die SVA wird von der Gewerbebehörde verständigt. Da die Verständigungen meist länger dauern, muss man im Fall von Leistungsansprüchen der SVA die Begründung der Pflichtversicherung selbst nachweisen.

**Beispiel:**

Der Malermeister Berger meldet am 5. Jänner das Gewerbe an und fällt am 20. Jänner von der Leiter und verletzt sich. Er wird daher bei der SVA eine entsprechende Bestätigung über die gültige Gewerbeanmeldung vorlegen müssen, um Leistungen beanspruchen zu können.

## Die Sozialversicherung der Unternehmer

**Pflichtversichert sind:**

- alle Einzelunternehmer
- persönlich haftende Gesellschafter von im Firmenbuch eingetragenen Personengesellschaften
- geschäftsführende Gesellschafter einer GmbH, wenn keine Versicherung als Arbeitnehmer möglich

**wenn Mitgliedschaft bei  
Wirtschaftskammer vorliegt**
**Welche Risiken sind versichert?**

- Krankenversicherung
- Pensionsversicherung
- Unfallversicherung

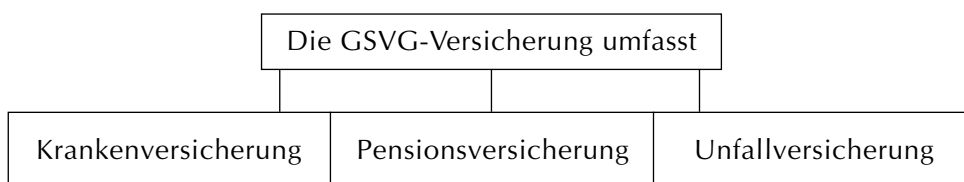
**Unternehmer haben keine  
Arbeitslosenversicherung!**


Folie 22

- **Bei Ruhen der Gewerbeberechtigung ruht auch die Versicherung!**

Meldet man bei seiner Fachgruppe in der Wirtschaftskammer das Ruhen der Gewerbeausübung, ruht auch die Beitragspflicht für die GSVG-Versicherung. Man erhält aber auch keine Leistungen in dieser Zeit (Möglichkeit der Weiterversicherung bei der Krankenversicherung)!

- **Welche Risiken sind versichert?**



Unternehmer haben keine Arbeitslosenversicherung!

- **Wie werden die Versicherungsbeiträge berechnet?**

- Die Berechnung erfolgt vorläufig nach den Einkünften laut Einkommensteuerbescheid des drittvorangegangenen Jahres (z. B. für 2003 Steuerbescheid des Jahres 2000), zuzüglich 9,3%. Bei Vorliegen des rechtskräftigen Steuerbescheides erfolgt die endgültige Ermittlung der Beiträge.
- Die Beiträge werden vierteljährlich vorgeschrieben.

- Mindest- und Höchstbeitragsgrundlagen begrenzen die Beiträge nach unten bzw. nach oben!
- Für Kleinstunternehmer (Umsatz bis € 22.000,-) gibt es Befreiungsmöglichkeiten bei Kranken- und Pensionsversicherung.

• **Wie wird bei Jungunternehmern der Beitrag festgesetzt?**

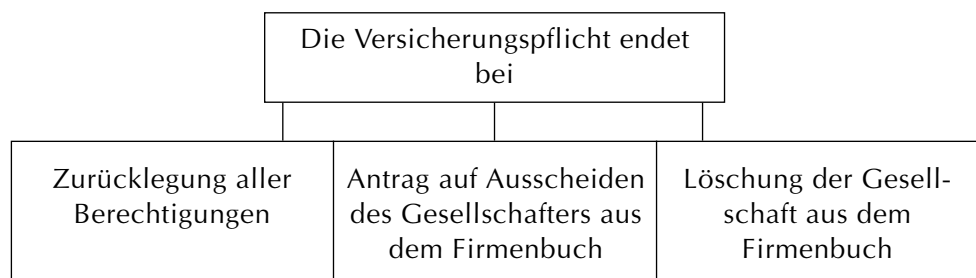
- Da noch kein Steuerbescheid vorliegen kann, erfolgt die Einstufung in den ersten drei Jahren nach einer Mindestbeitragsgrundlage.
- Die endgültige Beitragsgrundlage erfolgt dann aufgrund des Einkommensteuerbescheides desselben Jahres.
- Waren die Einkünfte aus Gewerbebetrieb höher als angegeben, kommt es oft zu „schmerzhaften“ Nachzahlungen!

• **Selbstbehalt bei der Krankenversicherung teilweise 20%!**

Der Selbstbehalt fällt mit Ausnahme von Spitalspflege in der allgemeinen Gebührenklasse und Medikamenten in der Höhe von mindestens 20% an.

• **Ende der Pflichtversicherung**

Materialien



**ACHTUNG**

- Ihre Wirtschaftskammer steht Ihnen in allen Fragen der Pflichtversicherung, der Beitragshöhe, der Leistungsansprüche zur Verfügung.
- Ihre Wirtschaftskammer vertritt Sie im Streitfall gegenüber den Sozialversicherungsträgern, u. U. sogar vor dem Arbeits- und Sozialgericht.

**Kontrollfragen:**

- Was ist Voraussetzung für die Pflichtversicherung nach GSVG?
- Gegen welches Risiko ist der Unternehmer nicht versichert?
- Wodurch kann es zu Nachzahlungen kommen?
- Wann „ruht“ die Versicherung, wann endet sie?

## 1.8 Haftung bei Unternehmensübernahme

- Ein Unternehmen stellt einen Haftungsfonds für die Gläubiger dar, daher geht auch die Haftung in bestimmten Grenzen auf den Übernehmer über!

### Beispiel:

Herr Zauner kauft eine Imbiss-Stube. Im Kaufvertrag ist eine „lastenfreie“ Übergabe vereinbart. Der Unternehmenswert entspricht dem Kaufpreis von € 60.000,-. Da der Verkäufer unauffindbar ist, wenden sich die Gläubiger an Zauner. Dieser muss den Lieferanten an Schulden bis € 60.000,- bezahlen, das Finanzamt verlangt € 17.442,- an rückständiger Umsatzsteuer. Die Gebietskrankenkasse macht Beitragsrückstände von € 13.590,- geltend. Zauner steht vor dem Ruin!

### ACHTUNG

- Der Übernehmer haftet für die Schulden, die er kannte oder kennen musste! Die „lastenfreie“ Übergabe wirkt daher nur zwischen Übergeber und Übernehmer.
- Die Haftung besteht unabhängig davon, ob das Unternehmen entgeltlich (z. B. Kauf) oder unentgeltlich (z. B. Schenkungen) erworben wurde.
- Haftungsunterschiede ergeben sich daraus, ob das Unternehmen im Firmenbuch eingetragen ist oder nicht.
- Nahe Angehörige (Ehepartner, Kinder, Geschwister usw.) trifft die Beweislast bezüglich der Frage, welche Schulden sie kannten bzw. kennen mussten, wenn sie Übernehmer sind.

Wofür und in welchem Ausmaß bei der Unternehmensübernahme gehaftet wird, ersehen Sie aus Folie 23.

Folie 23



### ACHTUNG

- Kaufen Sie nie die „Katze im Sack“! Jeder Unternehmer muss eine ordnungsgemäße Buchführung haben, aus der die Verbindlichkeiten zu entnehmen sind.
- Eine fachmännische Unternehmensbewertung zeigt Ihnen die Obergrenze Ihrer Haftung auf. Hier kann Ihnen das Wirtschaftsförderungsinstitut „Ihrer“ Wirtschaftskammer entsprechende Hilfe geben.

### Haftung bei Unternehmensübernahme

#### Im Firmenbuch eingetragen

##### für Lieferantenschulden

- bei Fortführung der Firma volle Höhe

- bei Nichtfortführung der Firma oder Eintragung von Haftungsausschluss im Firmenbuch: bis zum Unternehmenswert

##### für Steuerschulden

Umsatzsteuer, Lohnsteuer, ev. Kapitalertragssteuer für das Übernahmejahr und das vorangegangene Jahr (Grenze = Unternehmenswert)

##### für Rückstände bei Gebietskrankenkasse

Rückstände der letzten 12 Monate vor Betriebsübernahme

Ähnliche Regelungen bestehen auch bei Gemeindesteuern (z. B. Kommunalsteuer)

#### Nicht im Firmenbuch eingetragen

##### für Lieferantenschulden

bis zum Unternehmenswert

##### für Steuerschulden

Umsatzsteuer, Lohnsteuer, ev. Kapitalertragssteuer für das Übernahmejahr und das vorangegangene Jahr (Grenze = Unternehmenswert)

##### für Rückstände bei Gebietskrankenkasse

Rückstände der letzten 12 Monate vor Betriebsübernahme

Ähnliche Regelungen bestehen auch bei Gemeindesteuern (z. B. Kommunalsteuer)



- Stellen Sie eine Anfrage an die Gebietskrankenkasse! Sie haften dann nämlich nur mit dem Betrag, der als Rückstand genannt wurde.
- Vereinbaren Sie und lassen Sie sicherstellen, dass der Kaufpreis zur Bezahlung der Schulden verwendet wird.
- Beachten Sie die Notwendigkeit der Übernahme von Mitarbeitern (siehe Kapitel 2.5 „Fortsetzung von Arbeitsverhältnissen bei Betriebsübergang“).
- „Ihre“ Wirtschaftskammer bietet Ihnen eine umfassende Beratung betreffend Betriebsübernahmen. In der „Nachfolgerbörse“ finden Sie vielleicht sogar „Ihren“ Wunschbetrieb.

**Kontrollfragen:**

- Worin besteht der Unterschied, ob man ein Unternehmen von einer fremden Person oder von seinen Eltern (Ehepartner) übernimmt?
- Haftet man für Beitragsrückstände bei der Gebietskrankenkasse und für Steuerschulden des Vorgängers unbeschränkt?
- Was tun Sie, wenn Zweifel an der ordnungsgemäßen Buchführung beim zu übernehmenden Unternehmen bestehen?
- Wie können Sie das Risiko der Haftung vermindern/ausschließen?



## 1.9 Umfang von Gewerbeberechtigungen, Nebenrechte, verwandte Gewerbe

Die Gewerbeordnung sieht eine Reihe von Regelungen vor, die den Ausübungsrahmen der einzelnen Gewerbe zueinander abgrenzen. Dies erklärt sich aus dem System der Befähigungsnachweise bei immerhin noch ca. 100 Gewerben.

- **Grundsätzlich ergibt sich der Gewerbeumfang aus dem Wortlaut der Gewerbeberechtigung zuzüglich der Nebenrechte!**

Um der wirtschaftlichen Praxis gerecht zu werden, ist die Gewerbeausübung nicht nur auf den ureigensten Bereich des Gewerbes beschränkt. Es gibt nämlich auch eine Reihe von „Nebenrechten“, die den Gewerbeumfang erweitern. Über die Nebenrechte erhalten Sie nähere Auskünfte bei „Ihrer“ Wirtschaftskammer.

- **Was sind verbundene Gewerbe (Handwerke)?**

In der Gewerbeliste der Gewerbeordnung ist genau festgelegt, welche Handwerke bzw. sonstigen reglementierten Gewerbe miteinander verbunden sind.

- **Was sind die Vorteile der verbundenen Gewerbe?**

Bei derartigen Gewerben kann

- in das verbundene Gewerbe in jedem beliebigen Ausmaß „hinübergearbeitet“ werden,
- die Befähigung für das verwandte bzw. verbundene Gewerbe mit einer bloßen Zusatzprüfung erlangt werden.

### ACHTUNG

Die Vorteile sind nur gegeben, wenn man die **volle** Befähigung nachgewiesen hat und für das Vollgewerbe ausübungsberechtigt ist!

### ACHTUNG

- Ein Gewerbeinhaber ist eigentlich nicht mehr in der Lage, alle Feinheiten und Fallen der Gewerbeordnung betreffend „Nebenrechte“ auszuloten. Er kann sich aber durch entsprechende Auskünfte seiner Wirtschaftskammer bzw. seiner Fachgruppe vor dem Vorwurf unbefugter Tätigkeit schützen. Bei „heiklen Angelegenheiten“ sollten Sie eine schriftliche Stellungnahme einholen!

#### Kontrollfragen:

- Genügt der bloße Gewerbewortlaut, um festzustellen, was ein Gewerbetreibender darf?
- Wie könnte man die Vorteile der verbundenen Gewerbe beschreiben?
- Was ist Voraussetzung, um die Rechte aus der Verbundenheit von Gewerben nützen zu können?

## 1.10 Integrierter Betrieb

Der integrierte Betrieb bietet dem Unternehmer die Möglichkeit, auch ohne gewerberechtlichen Geschäftsführer den Leistungsumfang seines Unternehmens zu erweitern.

#### - Voraussetzungen für den integrierten Betrieb

- Der Gewerbetreibende muss **selbst Inhaber einer Berechtigung für ein reglementiertes oder ein freies Gewerbe** sein.
- Im integrierten Betrieb kann **kein Spediteurgewerbe** bzw. kein **an die Prüfung der Zuverlässigkeit gebundenes Gewerbe** (z. B. Baumeister) geführt werden.
- Ein **Arbeitnehmer mit Befähigungsnachweis** für das „integrierte“ Gewerbe muss **hauptberuflich beschäftigt** werden. Es genügt aber, wenn er „nur“ den fachlichen Teil einer allenfalls vorgeschriebenen Befähigungsprüfung erfolgreich abgelegt hat. Die Unternehmerprüfung ist nicht notwendig.
- Der integrierte Betrieb muss mit Nachweis des befähigten Arbeitnehmers bei der Bezirksverwaltungsbehörde angezeigt werden (sonst unbefugte Gewerbeausübung!).
- Die **Haupttätigkeit darf nicht „überwuchert“** werden. Es ist immer der Charakter als „integrierter Betrieb“ zu wahren. Bei Nichtbeachtung dieser Regel kann die Berechtigung für den integrierten Betrieb entzogen werden.

#### Kontrollfragen:

- Worin liegt der Unterschied zwischen Begründung einer Gewerbeberechtigung und Begründung eines integrierten Betriebes?
- Kann der Inhaber eines freien Gewerbes einen integrierten Betrieb begründen?
- Welche Voraussetzungen muss der im integrierten Betrieb beschäftigte Arbeitnehmer aufweisen?
- Wo sehen Sie die rechtlichen Grenzen eines integrierten Betriebes?

Materialien



## 1.11 Unbefugte Gewerbeausübung

### • Unbefugte Gewerbeausübung

Als unbefugte Gewerbeausübung gilt

- die Aufnahme der Tätigkeit vor Gewerbeanmeldung oder rechtskräftigem Bescheid bei Gewerben mit Rechtskraftvorbehalt;
- die Überschreitung des Gewerberechtsumfanges;
- Arbeiten mit einer fremden Berechtigung.

**Auch das Anbieten einer gewerblichen Tätigkeit bei Ausschreibungen oder mittels Werbung wird als Ausübung des Gewerbes angesehen!**

#### Beispiel:

Teilnahme an Ausschreibungen, Inserat in Zeitung

**Gratisleistungen zu „Werbezwecken“ müssen durch die Gewerbeberechtigung gedeckt sein.**



*Materialien*

#### Beispiel:

Lieferung einer Küche durch den Händler; auch das kostenlose Verlegen der Elektroleitung bedarf der Berechtigung für Elektroinstallation.

- **Die Gewerbeberechtigung ist ein höchstpersönliches Recht und darf nur vom Gewerbeinhaber selbst ausgeübt werden!**

Ausnahmen:

Fortbetriebsberechtigte (z. B. Ehepartner nach dem Tod des Gewerbeinhabers; Masseverwalter bei Konkurs)

- **Die Folgen unbefugter Gewerbeausübung sind Geldstrafen, Betriebs-sperre, Beschlagnahme von Betriebsmitteln!**

Die Höhe der Geldstrafe kann bis € 3.600,- betragen. Verstöße berechtigen aber auch die Mitbewerber zur Klage wegen unlauteren Wettbewerbes.

### ACHTUNG

Auskünfte und Stellungnahmen betreffend Zuordnungen von Tätigkeiten zu bestimmten Gewerben, Gewerbeumfang und Nebenrechte erteilen die zuständigen Fachorganisationen „Ihrer“ Wirtschaftskammer.

### Kontrollfragen:

- Darf man schon vor Anmeldung des Gewerbes mit der Ausübung beginnen?
- Gilt bloßes Anbieten auch schon als Gewerbeausübung?
- Kann man eine Gewerbeberechtigung „leihen“?
- Was riskieren Sie bei der Überschreitung des Gewerbeumfangs?

## 1.12 Namensführung, weitere Betriebsstätten, Standortverlegungen

### • Namensführung

Nach der Gewerbeordnung sind folgende Grundregeln bei der Namensführung zu beachten:

- **Äußere Geschäftsbezeichnung:** Zumindest beim Geschäftseingang müssen Vor- und Zuname und ein Hinweis auf die Gewerbetätigkeit aufscheinen (gilt auch für Magazine, Baustellen, Automaten);
- **Geschäftsurkunden** (Rechnungsformulare, Briefe, Lieferscheine usw.): Familien- und ein voller Vorname bzw. Firma bei Gesellschaften;
- **Inserate, sonstige Werbemedien:** Abkürzungen des Namens und sonstige Unternehmenskennzeichen; verboten sind irreführende Bezeichnungen oder bloße Angabe von Postfach bzw. Telefonnummer.
- **Namens- bzw. Firmenänderungen:** Anzeige an die Behörde binnen 4 Wochen.

### • Was ist bei Errichtung einer weiteren Betriebsstätte oder einer Standortverlegung zu veranlassen?

Folgende Maßnahmen sind zu treffen:

- evtl. Einholung einer Betriebsanlagengenehmigung bei genehmigungspflichtiger Anlage am neuen Standort;
- Anzeige der Errichtung der weiteren Betriebsstätte bzw. der Standortverlegung bei der Bezirksverwaltungsbehörde des neuen Standortes;
- Anzeige an Bezirksverwaltungsbehörde bei Auflassung der Betriebsanlage am alten Standort.

Materialien



Magazine, Baustellen, bestellte Arbeiten bei Kunden gelten nicht als weitere Betriebsstätten.

**Kontrollfragen:**

- Wenn Sie für Ihr Unternehmen Briefpapier, Rechnungen u. dgl. drucken lassen, was muss zumindest angeführt sein?
- Kennen Sie den Mindestinhalt von Geschäftstafeln?
- Was ist bei Inseraten nicht erlaubt?
- Wem ist die Verlegung des Standortes zu melden?
- Wann spricht man von einer „weiteren Betriebsstätte“, wem ist sie zu melden?

**1.13 Betrieb und Umwelt, insbesondere Abfallwirtschaft**

Folgende Bestimmungen sind ohne behördliche Vorschreibung zu beachten:

- das Abfallwirtschaftsgesetz (AWG – BGBl. 1990/325);
- die Durchführungsverordnung des Umweltministers betreffend die Festsetzung gefährlicher Abfälle (BGBl. 1991/49).

- **Abfallwirtschaftsgesetz**

- **Welche Pflichten treffen den Gewerbeinhaber?**

- Vorlage eines Abfallwirtschaftskonzeptes bei Neugenehmigung von Betriebsanlagen;
- Beachtung der Entsorgungsbestimmungen des AWG durch alle Unternehmer.

- **Das Abfallwirtschaftskonzept muss bestimmte Angaben enthalten!**

Die Umweltexperten der Wirtschaftskammern haben für die gängigsten Branchen bereits entsprechende Abfallwirtschaftskonzepte entwickelt, die Sie kostenlos anfordern können. Sie vermeiden dadurch besonders im Betriebsanlagengenehmigungsverfahren „Verbesserungsaufträge“ der Gewerbebehörde!

- **Wann sind Abfälle „betriebliche Abfälle“?**

- Abfälle, die wegen ihrer Beschaffenheit (giftig, wasserverschmutzend usw.) nicht bzw. nur nach Vorbehandlung mit dem Hausmüll entsorgt werden dürfen, sind **betriebliche Abfälle**.
- Abfälle, die mit dem Hausmüll entsorgt werden dürfen, sind keine betrieblichen Abfälle.

Wenden Sie sich in Zweifelsfragen an die Experten „Ihrer“ Wirtschaftskammer.

- **Gefährliche Abfälle**

- **Was gilt als gefährlicher Abfall?**

Gefährliche Abfälle sind

Stoffe gemäß ÖNORM S 2101,      bestimmte Stoffe gemäß ÖNORM S 2100  
immer aber Altöle                      (z. B. Hydrauliköle, Galvanikschlämme)

- **Was muss man machen, wenn im Betrieb „gefährliche“ Abfälle anfallen?**

Bei Anfall von gefährlichem Abfall haben Sie folgende Pflichten:

- Trennung der „gefährlichen“ von anderen Abfällen;
- kein heimliches Entsorgen mit dem Hausmüll;
- Meldung an den Landeshauptmann (zuständiges Referat der Landesregierung, in Wien: MA 22) – bei Altöl erst ab 200 Liter jährlich; dieser teilt eine Abfall- bzw. Altölbesitzernummer zu;
- Aufzeichnung der Art, Menge, Herkunft und über die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle getrennt nach Kalenderjahr, Aufbewahrung 7 Jahre;
- regelmäßige Entsorgung (Altöle mind. 1x pro Jahr);
- Deklaration der Abfälle mittels Begleitschein bei Übergabe an befugten Sammler oder Behandler.

**Materialien**



Ihre Wirtschaftskammer verfügt über Listen befugter Sammler und Behandler!

**Kontrollfragen:**

- Wann ist ein Abfallkonzept notwendig?
- Wer hilft bei der Erstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes?
- Was sind die Auswirkungen gefährlicher und nicht gefährlicher Abfälle?
- Welche Entsorgungsbestimmungen würden auf Ihren Betrieb zutreffen?
- Gibt es Aufbewahrungspflichten für die Aufzeichnungen (z. B. Übernahmebestätigungen des Entsorgers)?

## 1.14 Ende von Gewerbeberechtigungen, Ruhen der Gewerbeausübung

- Gewerbeberechtigungen können auch erlöschen.

Die Gründe dafür ersehen Sie aus der Folie 24.

Ist bei Tod eines Gewerbeinhabers ein Gewerbebetrieb vorhanden, so entsteht auf jeden Fall ein **Fortbetriebsrecht** der Verlassenschaft! Danach können Fortbetriebsrechte des überlebenden Ehepartners oder von Kindern (diese bis zum vollendeten 24. Lebensjahr) entstehen.

- Bei Nichtausübung der Berechtigung muss das „Ruhen“ an die Wirtschaftskammer gemeldet werden!

Es kann durchaus passieren, dass Sie schneller Ihre Berechtigung erlangt haben, als Sie diese benötigen, oder nach einem „Tief“ vorerst Ihren Betrieb wieder einstellen. Hier müssen Sie eine „Ruhendmeldung“ an „Ihre“ Wirtschaftskammer machen.

### - Welche Wirkung hat die „Ruhendmeldung“?

Folge der Ruhendmeldung ist

- Ausnahme von der Beitragspflicht aus der GSVG-Versicherung (dafür auch kein Leistungsanspruch)!
- Reduzierung der „Grundumlage“ bei Ihrer Fachgruppe auf einen Mindestbeitrag (in der Regel: Halbierung).

### Beispiel:

Herr Maier kann es nicht erwarten. Voll unternehmerischem Tatendrang meldet er das Werbeagenturgewerbe an. Leider platzen die Verhandlungen mit seinem „ersten“ großen Kunden. Er beschließt deshalb, weiter als Arbeitnehmer zu werken. Nach Erhalt des Gewerbescheins flattert eine Vorschrift über die Sozialversicherungsbeiträge nach GSVG ins Haus. Durch Ruhendmeldung wird Maier diese Zahlungsverpflichtung gleich wieder los.

### Kontrollfragen:

- Kennen Sie einige Entziehungsgründe?
- Endet die Berechtigung immer mit dem Tod des Gewerbeinhabers?
- Wodurch unterscheidet sich die „Ruhendmeldung“ von der „Zurücklegung“?
- Welche Wirkung hat die Beendigung der Gewerbeberechtigung?

### Das Ende der Gewerbeberechtigung

- Entziehung durch die Behörde
- Zurücklegung durch den Gewerbeinhaber
- Löschung der gewerbeberechtigten Gesellschaft im Firmenbuch
- Tod des Gewerbetreibenden (nur, wenn kein Betrieb vorhanden)

### Das „Ruhen“ der Gewerbeausübung

Wollen Sie Ihr Gewerbe längere Zeit nicht ausüben, so müssen Sie der Wirtschaftskammer das „Ruhen“ melden.

#### Wirkungen:

- Ausnahme von der Beitragspflicht bei der GSVG-Versicherung
- Reduzierung der Grundumlage



Materialien





## 2 Unternehmer und Mitarbeiter

**„Verpflichtet sich jemand, Arbeitsleistungen für einen anderen nach dessen Weisungen in bestimmten Zeitabschnitten persönlich gegen Bezahlung zu erbringen, dann entsteht ein Arbeitsvertrag.“**

Wie ein Arbeitsvertrag zustande kommt und welche Inhalte zu regeln sind, wird unter 2.3 näher erläutert.

### ACHTUNG

- Lassen Sie sich nicht von unterschiedlichen Begriffen verwirren! Gleiche Bedeutung haben die Begriffe: Arbeitgeber – Dienstgeber/Arbeitnehmer – Mitarbeiter – Dienstnehmer/Arbeitsverhältnis – Dienstverhältnis.
- Ihre Fachgruppe ist Ihr erster Ansprechpartner in Fragen des Kollektivvertrages.
- Ihre Wirtschaftskammer bietet Ihnen Beratung und Vertretung in Arbeitsgerichtsverfahren und Verfahren im Zusammenhang mit der ASVG-Versicherung.

### 2.1 Der rechtliche Rahmen von Arbeitsverhältnissen; Form und Inhalt von Arbeitsverträgen, Arten des Entgeltes

Folie 25



Für die Gestaltung des Arbeitsvertrages bleibt ein eher geringer Spielraum, da die meisten Bedingungen durch arbeitsrechtliche Bestimmungen geregelt sind.

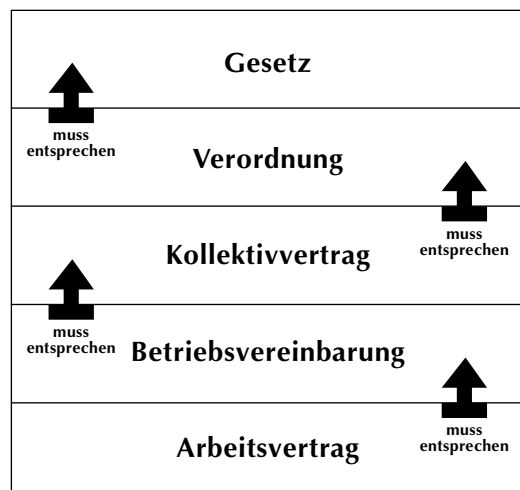
- **Der Arbeitnehmer darf nicht ungünstiger gestellt werden als in Gesetz, Verordnungen vorgesehen!**

Dieses „Günstigkeitsprinzip“ ist Grundsatz des Arbeitsrechtes! Dabei gilt, dass die rangmäßig niedrigere Norm bessere Bedingungen der höheren Norm nicht aufheben kann (siehe Folie 25).

#### • Was sind aushangpflichtige Gesetze?

Bestimmte Vorschriften (z. B. Arbeitsruhegesetz, ArbeitnehmerInnenschutzgesetz samt Durchführungsverordnungen usw.) müssen an einer für die Arbeitnehmer leicht zugänglichen Stelle im Betrieb „ausgehängt“ werden.  
Eine aktuelle Sammlung dieser Gesetze und Verordnungen erhalten Sie im Fachbuchhandel!

#### Was bedeutet das „Günstigkeitsprinzip“?



- **Kollektivverträge sind schriftliche Vereinbarungen zwischen kollektivvertragsfähigen Vereinigungen der Arbeitgeber (z. B. Wirtschaftskammer bzw. deren Fachorganisationen) und der Arbeitnehmer (z. B. Fachgewerkschaften)!**

Der Kollektivvertrag ist ebenfalls zur Einsichtnahme für die Arbeitnehmer im Betrieb aufzulegen.

#### - **Welche Regelungen enthalten Kollektivverträge?**

Enthalten sind neben dem Geltungsbereich (ganzes Bundesgebiet, bestimmtes Bundesland; alle oder nur bestimmte Branchen) z. B. folgende Regelungen:

- Mindestlöhne
- verschiedene Zulagen (Schmutzzulagen, Gefahrenzulagen usw.)
- Sonderzahlungen
- Arbeitszeitregelungen
- Kündigungsfristen bei Arbeitern

- **Betriebsvereinbarungen sind schriftliche Verträge zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat!**

Welche Betriebsvereinbarungen zulässig sind, ist im Arbeitsverfassungsgesetz oder im Kollektivvertrag geregelt (z. B. Beginn und Ende der Arbeitszeit, Einführung eines Gleitzeitmodells, Art und Weise der Auszahlung der Bezüge usw.).

#### • **Welche Form müssen Arbeitsverträge haben?**

Lehrverträge müssen schriftlich abgeschlossen werden. Die Lehrlingsstelle der Wirtschaftskammer übermittelt „formgerechte“ Lehrverträge auf Anforderung. Der Arbeitsvertrag kann mündlich abgeschlossen werden. In diesem Fall muss der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer einen Dienstzettel ausstellen, der wie ein Arbeitsvertrag einen bestimmten Inhalt haben muss.

- **Der Dienstzettel ist ein tauglicher Beweis über einen mündlich abgeschlossenen Arbeitsvertrag.**

Der Dienstzettel und Arbeitsvertrag unterliegen keiner Gebührenpflicht.

- **Dem Gesetz oder Kollektivvertrag widersprechende Regelungen des Arbeitsvertrages sind ungültig!**

Abänderungen sind nur zugunsten der Arbeitnehmer zulässig (siehe „Günstigkeitsprinzip“).

- **Mit dem Abschluss des Arbeitsvertrages gehen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmte Pflichten ein!**

Zu den wichtigsten Pflichten des Arbeitgebers gehört die Bezahlung des Lohnes und die Beachtung des Arbeitnehmerschutzes.

### **Gehalt (= Lohn) ist nicht dasselbe wie das Entgelt!**

**Gehalt (= Lohn):** Bezahlung der in der Normalarbeitszeit geleisteten Arbeit. Daher sind hier regelmäßig geleistete Überstunden, Provisionen, Sonderzahlungen usw. nicht erfasst.

**Entgelt:** Gehalt (Lohn) zuzüglich der oben angeführten zusätzlichen Zahlungen. Nicht zum Entgelt zählt die **Aufwandsentschädigung**. Diese ist der Ersatz von Ausgaben, die dem Arbeitnehmer anlässlich seiner Arbeitsleistungen entstehen (z. B. Kilometergeld, Diäten, Nächtigungsgelder usw.).



*Materialien*

### **Beispiele:**

- In einem Kollektivvertrag wird bestimmt, dass als Weihnachtsremuneration ein Monats**LOHN** zusteht.
- Das Angestelltengesetz legt fest, dass nach 3 Jahren Betriebszugehörigkeit als Abfertigung ein Betrag von 2 Monats**ENTGELTEN** zusteht.

Bei **Lehrlingen** wird anstelle „Gehalt“ (Lohn) der Begriff „**Lehrlingsentschädigung**“ verwendet! Die Lehrlingsentschädigung ist durch Kollektivvertrag geregelt.

### **Kontrollfragen:**

- Was versteht man im Arbeitsrecht unter „Günstigkeitsprinzip“?
- Wie nennt man die Vorschriften, die für die Arbeitnehmer leicht zugänglich aufgelegt werden müssen?
- Was sind Kollektivverträge, wer schließt sie ab?
- Was sind Betriebsvereinbarungen?
- Müssen Arbeitsverträge schriftlich abgeschlossen werden?
- Ist der Arbeitsvertrag ungültig, wenn er gesetzlichen Bestimmungen widerspricht?
- Wodurch unterscheiden sich die Begriffe: Gehalt (Lohn), Entgelt, Aufwandsentschädigung?
- Was ist die Lehrlingsentschädigung?

## **2.2 Arten von Arbeitsverhältnissen**

Bevor wir uns nun mit den erforderlichen Maßnahmen bei Einstellung von Mitarbeitern befassen, ist zu überlegen, welche Art eines Arbeitsverhältnisses begründet wird.

- **Wer gilt als Angestellter?**

Typische Angestelltentätigkeiten sind		
<b>kaufmännische Dienste</b> (z. B. Außendienst, Ein- u. Verkauf, Buchhaltung, Lohnverrechnung)	<b>höhere nichtkaufmännische Dienste</b> (z. B. Konstrukteure, Ingenieure)	<b>Kanzleiarbeiten</b> (z. B. Schreibarbeiten, Fakturieren, Kassa)

- **Wer ist Arbeiter?**

Als Arbeiter gelten alle Mitarbeiter, die

- in keinem Ausbildungs-(Lehr)verhältnis stehen und
- keine Angestelltentätigkeit verrichten.

**Beispiel:**

Herr Lagler ist zur Betreuung des Ersatzteillagers eingestellt. Sein Aufgabenbereich besteht im Einschlichten der Teile und in der Ausgabe aufgrund von Ausfolgescheinen, die ihm von den Monteuren vorgelegt werden. Da eine überwiegend manuelle Tätigkeit stattfindet, ist er Arbeiter.

Folie 26

## Wie unterscheiden sich Arbeitsverhältnisse nach Art der Tätigkeit?

- Angestellte
- Arbeiter
- Lehrlinge

**Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft ergibt sich meist schon aus dem Kollektivvertrag, wer als Angestellter oder als Arbeiter zu beschäftigen ist.**

**Beispiel:**

Zahlkellner(in) im Gastgewerbe oder Ladnerinnen, die im Verkauf (z. B. im Bäcker- oder Fleischerge-  
werbe) beschäftigt sind, gelten als Arbeiter! Eine Verkäuferin im Lebensmittelhandel gilt hingegen als Angestellte.

- **Wer ist Lehrling?**

Lehrlinge werden zu Arbeitsleistungen im Betrieb zur Erlernung eines Lehrberufes herangezogen. Wer Lehrlinge ausbilden darf, welche Lehrberufe es gibt und welche Bedingungen zu erfüllen sind, regelt das **Berufsausbildungsgesetz** samt Aus-  
führungsverordnungen, wie z. B. die **Ausbildungs-  
verordnung**.

Die **Ausbildungsverordnung** regelt

- die **Verhältniszahlen**, d. h. wieviele Lehrlinge ein Lehrberechtigter gleichzeitig ausbilden darf und wieviele Ausbilder dabei zu beschäftigen sind.

- das **Berufsbild**; dieses enthält in den **Berufsbildpositionen** alle Kenntnisse und Fertigkeiten, die dem Lehrling in den einzelnen Lehrjahren zu vermitteln sind.

**Man kann es sich nicht aussuchen, ob man Mitarbeiter als Angestellte oder als Arbeiter beschäftigt!**

Wird ein Mitarbeiter überwiegend zu Angestelltentätigkeiten herangezogen, muss er als Angestellter beschäftigt werden! Die freiwillige Übernahme eines Arbeiters in das Angestelltenverhältnis ist erlaubt („Vertragsangestellter“ siehe Günstigkeitsprinzip).

**Wozu benötigt man die Unterscheidung Arbeiter – Angestellte überhaupt?**

Auf die Unterschiede werden wir in den weiteren Kapiteln näher eingehen.

Kurz angedeutet liegen sie im Wesentlichen in

- den unterschiedlichen Kündigungsfristen und
- der Entgeltfortzahlungspflicht des Arbeitgebers im Krankenstand

• **Was muss man bei einem befristeten Arbeitsverhältnis bedenken?**

Das befristete Arbeitsverhältnis hat den **Vorteil**, dass es mit Ende der vereinbarten Dauer ohne Kündigung endet.

**Beispiele:**

- Eine Mitarbeiterin wird nur für die Dauer der Sommersaison benötigt.
- Ein Monteur kann nur für die bestimmte Dauer eines bestimmten Auslandsprojektes verwendet werden.

Der **Nachteil** liegt darin, dass das befristete Dienstverhältnis vor Ablauf der Dauer nur einvernehmlich aufgelöst werden kann (Ausnahme: Entlassung oder vorzeitiger Austritt).

2

**ACHTUNG**

- Ein Lehrvertrag gilt immer als befristetes Dienstverhältnis, weil er auf die Dauer der vorgeschriebenen Lehrzeit abgeschlossen werden muss.
- Wird das Arbeitsverhältnis nach Fristablauf fortgesetzt, geht es in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis über!
- Eine mehrfache Aneinanderreihung befristeter Arbeitsverhältnisse („Kettenverträge“) ist grundsätzlich unzulässig! Solche Kettenverträge werden von der Rechtsprechung als unbefristete Dienstverhältnisse behandelt.



**Materialien**

**Kontrollfragen:**

- Was sind die wesentlichen Unterschiede zwischen Angestellter/Arbeiter/Lehrling?
- Kann man wählen, ob man jemanden als Arbeiter oder als Angestellten beschäftigt?
- Welche Vor- und Nachteile hat das befristete Arbeitsverhältnis?
- Was geschieht, wenn das Arbeitsverhältnis nach Fristlauf fortgesetzt wird?
- Sind „Kettenverträge“ erlaubt?

## 2.3 Einstellung von Mitarbeitern, einschließlich Sozialversicherung

### • Einstellung von Mitarbeitern

**Die Vereinbarung einer Probezeit schützt ein wenig vor Fehleinschätzungen betreffend Verhalten und Leistung.**

- Ein Probevertragsverhältnis hat für beide Vertragspartner den Vorteil der **SOFORTIGEN LÖSUNG** des Arbeitsverhältnisses.
- Wird keine Probezeit vereinbart, sind bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses die gesetzlichen Kündigungsfristen und -termine zu beachten.
- Bei Arbeitern ergibt sich die Probezeit meist aus dem Kollektivvertrag (Auskunft bei Ihrer Fachgruppe, Innung). Liegt eine diesbezügliche Regelung vor, muss keine Probezeit vereinbart werden.
- Bei Angestellten muss immer eine Vereinbarung über die Probezeit getroffen werden. Sie kann lt. Angestelltengesetz für max. ein Monat vereinbart werden.
- Die Probezeit für Lehrlinge beträgt nach Berufsausbildungsgesetz 3 Monate. Sie ist in den von der Lehrlingsstelle übermittelten „formgerechten“ Musterverträgen bereits berücksichtigt.
- **Vereinbarungen über das gesetzliche Höchstmaß der Probezeit hinaus sind ungültig!**

Die Länge der Probezeit ist je nach Art des Arbeitsverhältnisses unterschiedlich, wie Folie 27 zeigt.

Folie 27



- **Bei Einstellung eines Arbeitnehmers müssen Sie binnen 7 Tagen eine schriftliche Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse erstatten!**

### Welche Probezeit gilt?

<b>Angestellter</b>	<b>max. 1 Monat nach Angestelltengesetz</b>
<b>Arbeiter</b>	<b>1 Woche bis 1 Monat je nach Kollektivvertrag oder max. 1 Monat nach ABGB</b>
<b>Lehrling</b>	<b>3 Monate nach Berufsausbildungsgesetz; keine besondere Vereinbarung</b>

- Beschäftigen Sie erstmals Arbeitnehmer, wird Ihnen aufgrund der Anmeldung eine Kontonummer zugeteilt. Diese Kontonummer benötigen Sie u. a. in der weiteren Folge für die Verrechnung der Beiträge, aber auch zur Anforderung von Krankenscheinen für Ihre Arbeitnehmer.
- Der Arbeitgeber muss binnen 7 Tagen die An- bzw. Abmeldung (mittels Formular!) bei der Gebietskrankenkasse vornehmen.

## ACHTUNG

- Der Arbeitgeber ist strafbar, wenn er diese Fristen zur An- und Abmeldung versäumt.
- Bei verspäteter An- oder Abmeldung oder zu niedrig gemeldetem Entgelt können Beitragszuschläge oder Ordnungsbeiträge vorgeschrieben werden!
- Der Leistungsanspruch des Arbeitnehmers gegenüber dem Sozialversicherungsträger ist aber in all diesen Fällen trotzdem gegeben.

## WICHTIG

Bei Problemen mit der Gebietskrankenkasse anlässlich der Anmeldung von Mitarbeitern wenden Sie sich an das Arbeitsrechtsreferat „Ihrer“ Wirtschaftskammer. Oft lassen sich Missverständnisse mit einem Telefonat aus der Welt schaffen.

### • Die Sozialversicherung der Arbeitnehmer

- **Das sollten Sie über die Sozialversicherung (ASVG-Versicherung) Ihrer Arbeitnehmer wissen!**

Die Pflichtversicherung der Arbeitnehmer ist im ASVG (= Allgemeines Sozialversicherungsgesetz) geregelt. Es gibt mehrere Sozialversicherungsträger, wie die Gebietskrankenkassen, die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt usw.

- **Die Pflichtversicherung beginnt mit dem Tag der Arbeitsaufnahme und erlischt mit Ende des Arbeitsverhältnisses!**

Ausgenommen sind nur die Fälle der rechtswidrigen Entlassung bzw. des gerechtfertigten Austrittes. Hier endet das Arbeitsverhältnis sofort. Die Pflichtversicherung geht aber – wie das Entgelt – bis zum nächstmöglichen Zeitpunkt einer ordnungsgemäßen Kündigung.

#### **Beispiel:**

Am 15. 6. wird ungerechtfertigt entlassen. Der nächstmögliche Kündigungszeitpunkt wäre der 30. 6., daher besteht die Pflichtversicherung bis zum 30. 6.

- **Die Beiträge werden zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgeteilt = Arbeitgeberanteil und Arbeitnehmeranteil!**

Der Arbeitgeber haftet für die Richtigkeit der Berechnung der Beiträge und deren fristgerechte Einzahlung an die Gebietskrankenkasse! Der Arbeitgeberanteil ist höher als der Arbeitnehmeranteil.

- **Die Beiträge sind nach oben durch die Höchstbeitragsgrundlage begrenzt!**

Ist die Höchstbeitragsgrundlage überschritten, ändert sich der Beitrag bis zur nächsten Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage auch bei Gehaltserhöhungen nicht mehr.

- **Welche Risiken sind versichert?**

Die Pflichtversicherung umfasst			
Krankenversicherung	Pensionsversicherung	Unfallversicherung	Arbeitslosenversicherung

• **Einstellung ausländischer Mitarbeiter**

- **Was Sie bei Einstellung ausländischer Mitarbeiter benötigen**

Hat ein Ausländer (Staatenloser) nicht einen sog. BEFREIUNGSSCHEIN oder eine ARBEITSERLAUBNIS, muss vor (!) dessen Aufnahme als Mitarbeiter eine Beschäftigungsbewilligung bei der zuständigen Regionalstelle des Arbeitsmarktservice eingeholt werden.

**Hinweis:**

Staatsangehörige aus EWR-Mitgliedsstaaten benötigen keine Beschäftigungsbewilligung bzw. keinen Befreiungsschein. Sie müssen nur ihre Staatsangehörigkeit nachweisen.

**ACHTUNG**

- Das Arbeitsverhältnis darf erst nach Vorliegen der Bewilligung begonnen werden. Die nicht bewilligte Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ist strafbar!
- Planmäßige illegale Beschäftigung ist ein Gewerbeentziehungsgrund!
- Die Verpflichtung zur Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse und Abführung der Lohnsteuer besteht auch bei illegaler Beschäftigung!

Materialien



• **Einstellung von Lehrlingen**

Bei der Einstellung von Lehrlingen ist zusätzlich folgendes zu beachten:

- Wurde bisher noch nie ein Lehrling ausgebildet, muss bei der Lehrlingsstelle der zuständigen Wirtschaftskammer ein **Feststellungsverfahren** beantragt werden. Die Lehrlingsstelle erlässt einen **Feststellungsbescheid**, ob der Betrieb von Einrichtung und Führung her zur Vermittlung der dem Lehrberufsbild entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten geeignet ist.
- Der Lehrberechtigte muss über die erforderliche Gewerbeberechtigung verfügen. Er oder ein fachlich geeigneter Ausbilder sollen über die Ausbil-



derprüfung verfügen (= **persönliche Voraussetzungen**; Ausnahmen können bei der Lehrlingsstelle erfragt werden).

- Der **Lehrvertrag muss für die Dauer der Lehrzeit** abgeschlossen werden (= **befristeter Vertrag!**); hat der Lehrling eine Matura, verringert sich eine dreijährige Lehrzeit auf zwei Jahre
- Einreichung des Lehrvertrages längstens innerhalb drei Wochen bei der Lehrlingsstelle, (Lehrvertrag muss bei Minderjährigen auch vom Erziehungsberechtigten unterschrieben sein!)
- Anmeldung zur **Berufsschule** binnen zwei Wochen.

#### Kontrollfragen:

- Welche Vorteile hat die Probezeit für die Vertragspartner?
- Welches gesetzliche Zeitausmaß ist bei der Probezeit gegeben?
- Welche Meldepflichten haben Sie als Arbeitgeber bei Neueingestellten Mitarbeitern?
- Wie werden die Beiträge zur Pflichtversicherung aufgeteilt?
- Welche Strafen drohen bei „Nichtanmelden“ des Arbeitnehmers?
- Welche Risiken umfasst die Pflichtversicherung der Arbeitnehmer?
- Wann liegt illegale Beschäftigung vor und welche Folgen können sich daraus ergeben?
- Welche Voraussetzungen muss der Lehrberechtigte besitzen?
- Welche Anmeldungen müssen bei Aufnahme eines Lehrlings vorgenommen werden?
- Wann benötigt man einen Feststellungsbescheid und wer erlässt ihn?

## 2.4 Beendigung von Arbeitsverhältnissen

### ARTEN DER BEENDIGUNG VON ARBEITSVERHÄLTNISSEN

mit Zustimmung des Vertragspartners	ohne Zustimmung des Vertragspartners	
• <b>einvernehmliche Lösung</b> (Beschränkungen für werdende Mütter, Wehrdienstpflichtige, Lehrlinge)	ohne Gründe	mit Gründen
	• <b>Fristablauf</b>  • <b>Kündigung</b>	• <b>Entlassung</b> (Arbeitgeber)  • <b>Austritt</b> (Arbeitnehmer)

#### Hinweis:

Durch den Tod des Arbeitnehmers endet das Arbeitsverhältnis. Bei Tod des Arbeitgebers besteht das Arbeitsverhältnis mit der Verlassenschaft bzw. in weiterer Folge mit allfälligen Erben weiter!

#### • Kündigung

- **Die Kündigung erfolgt ordnungsgemäß, wenn die gesetzlichen (bei Arbeitern die kollektivvertraglichen) Fristen und Termine eingehalten werden!**

Die Kündigung erfolgt ordnungsgemäß, wenn

- der Zeitraum zwischen dem Zugang der Kündigung an den Arbeitnehmer und dem Kündigungstermin mindestens der gesetzlichen Kündigungsfrist und
- der Kündigungstermin dem Gesetz bzw. der vertraglichen Vereinbarung entspricht.

Eine Zustimmung des „gekündigten“ Vertragspartners ist dann nicht erforderlich. Es genügt, dass er die fristgerechte Kündigung empfangen hat oder empfangen hätte können.

#### - Welche Fristen und Termine gibt es für die Kündigung?

Hier muss unterschieden werden zwischen

- Arbeitern und Angestellten,
- Arbeitgeberkündigung und Arbeitnehmerkündigung.

#### - Was gilt bei Arbeitern?

Hier ergeben sich die Fristen und Termine in der Regel aus dem Kollektivvertrag. Ist kein Kollektivvertrag anwendbar, sind Regelungen der Gewerbeordnung 1859 bzw. des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches heranzuziehen (14 Tage bzw. 1 Monat Kündigungsfrist).

## - Was gilt bei Angestellten?

### **Kündigung durch den Arbeitgeber:**

Kündigungsfrist: abhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit (innerhalb der ersten 2 Dienstjahre: 6 Wochen, bis zum 5. Jahr: 2 Monate, ab dem 6. Jahr: 3 Monate usw.); Kündigungstermin: jeweiliges Quartalsende. Zulässig ist aber die Vereinbarung eines Kündigungstermines zum 15. und Letzten eines jeden Kalendermonates.

### **Kündigung durch den Angestellten:**

Kündigungsfrist: 1 Monat

Die Vereinbarung längerer Kündigungsfristen ist zulässig. Dabei dürfen aber dem Arbeitgeber keine kürzeren Fristen als dem Angestellten eingeräumt werden. Kündigungstermin: zum Ende eines Monats (außer es wurde Kündigung zum 15. und Letzten eines Kalendermonats vereinbart).

## - Was gilt bei Lehrlingen?

- Da der Lehrvertrag auf Dauer der Lehrzeit abgeschlossen wird, ist eine **vorzeitige Auflösung durch den Lehrberechtigten** nur aus den im BAG genannten Gründen vorzeitig aufgelöst werden (s. Beitrag „Entlassung, vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses, vorzeitiger Austritt“)
- Schriftlichkeit ist (auch bei einvernehmlicher Lösung) vorgeschrieben, der Lehrberechtigte muss Lehrlingsstelle und Berufsschule informieren.
- Der Lehrvertrag wird mit Ende der Woche, in der die **Lehrabschlussprüfung** abgelegt wurde, spätestens aber mit Ablauf der Lehrzeit beendet.
- Die **Zulassung zur Lehrabschlussprüfung** erfolgt auf Antrag des Lehrlings durch die Lehrlingsstelle (Anmeldung frühestens vier Monate vor Ende der Lehrzeit), der Lehrling kann im erlernten Lehrberuf oder in verwandten Lehrberufen antreten.
- Die **Kosten für die Lehrabschlussprüfung** sind – beim erstmaligen Antreten – vom Lehrberechtigten zu tragen.
- Nach Ende der Lehrzeit besteht eine **Behaltefrist** von zwei Monaten (in einigen Kollektivverträgen, wie z. B. Metall, Handel bis 6 Monate), wenn die gesamte Lehrzeit beim Lehrberechtigten zurückgelegt wurde. In dieser Zeit bestimmt sich der Lohn (das Gehalt) nach dem ortsüblichen oder im KV festgelegten Sätzen für „gelernte“ Kräfte!

## - Kündigungsschutz für bestimmte Personen

Für Schwangere bzw. Mütter und Väter nach der Geburt eines Kindes, Präsenzdiener, Behinderte und Betriebsräte gelten besondere Kündigungsschutzbestimmungen. Sonderregelungen gelten auch für Betriebe, in denen ein Betriebsrat besteht.

- **Kündigungsentschädigung als Folge „zeitwidriger Kündigung“**

Bei „zeitwidriger“ Kündigung wird das Arbeitsverhältnis zwar zum verfehlten Termin aufgelöst, der Arbeitnehmer hat jedoch Anspruch auf Kündigungsentschädigung. Der Arbeitgeber hat keinen Anspruch auf Arbeitsleistungen nach dem verfehlten Termin.

- **Was umfasst die Kündigungsentschädigung?**

Die Kündigungsentschädigung umfasst die Bezahlung von Gehalt (Lohn) bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Arbeitsverhältnis durch ordnungsgemäße Arbeitgeberkündigung geendet hätte. Ist der Zeitraum länger als drei Monate, muss sich der Arbeitnehmer ab dem 3. Monat anrechnen lassen, was er in einem neuen Arbeitsverhältnis verdient.

- Ungerechtfertigte Entlassung und berechtigter vorzeitiger Austritt (s. unten) haben als Formen der „zeitwidrigen“ Kündigung ebenfalls den Anspruch auf Kündigungsentschädigung zur Folge!

- **Abfertigungszahlung**

- **Abfertigungszahlung für vor dem 1.1.2003 begründete Arbeitsverhältnisse**

Infolge der ab 1.1.2003 in Kraft tretenden Bestimmungen über die **Mitarbeitervorsorge (= Abfertigung NEU)** sind die folgenden Regelungen nur auf Arbeitsverhältnisse anzuwenden, die längstens am 31.12.2002 begründet wurden.

Einvernehmlich kann aber zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

- ein vertraglicher Übertritt in die Abfertigung NEU oder
- ein nur teilweiser Übertritt in die Abfertigung NEU vereinbart werden.

Bei teilweisem Übertritt in die Abfertigung NEU werden nur die zum 1.1.2003 bereits erworbenen Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber beibehalten. Danach erworbene Ansprüche richten sich nach den Regeln der Abfertigung NEU.

Ob die Beibehaltung der bisherigen Abfertigungsregelung oder der Übertritt Vorteile bringt, kann nur im Einzelfall beurteilt werden. Dem Unternehmer steht hier seine Wirtschaftskammer bzw. Fachgruppe (Innung) mit entsprechenden Berechnungsmodellen zur Verfügung.

- **Ein Abfertigungsanspruch steht bei Beibehaltung der Abfertigungsregelung nach drei Jahren grundsätzlich dann zu, wenn der Arbeitgeber kündigt.**

(gilt auch dann, wenn das betreffende Arbeitsverhältnis erst nach dem 1.1.2003 endet)

Kein Abfertigungsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber ist in folgenden Fällen gegeben:

- ungerechtfertigter Austritt
- gerechtfertigte Entlassung
- vertraglicher Übertritt in die Abfertigung NEU
- Kündigung durch den (die) ArbeitnehmerIn.

#### - Abfertigungsanspruch bei Arbeitnehmerkündigung

Ein Abfertigungsanspruch **trotz Arbeitnehmerkündigung** steht zu, wenn

- das Arbeitsverhältnis 10 Jahre gedauert hat und wegen Erreichen der Grenze für die normale Alterspension (Männer: 65., Frauen 60. Lebensjahr) gekündigt wird oder
- die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer in Anspruch genommen wird.

Weiters gibt es bestimmte Abfertigungsansprüche, z. B. bei Inanspruchnahme einer Berufsunfähigkeitspension oder des Mutter-(Vaterschafts-)Austrittes.

#### - Wie hoch ist die Abfertigung?

Die Abfertigung ist von der Dauer des Arbeitsverhältnisses abhängig wie folgt:

ABFERTIGUNG	
DAUER DES ARBEITSVERHÄLTNISSES	HÖHE DES ANSPRUCHES
3 Jahre	2 Monatsentgelte
5 Jahre	3 Monatsentgelte
10 Jahre	4 Monatsentgelte
15 Jahre	6 Monatsentgelte
20 Jahre	9 Monatsentgelte
25 Jahre	12 Monatsentgelte

#### - Die Beendigung der Lehrzeit begründet noch keinen Abfertigungsanspruch!

Die Lehrzeit ist bei der Abfertigungsberechnung erst dann zu berücksichtigen, wenn das Arbeitsverhältnis (einschließlich Lehrzeit) mindestens 7 Jahre bestanden hat.

- **Mitarbeitervorsorge – Abfertigung NEU ab 1.1.2003**

- **Die Regelungen gelten grundsätzlich für alle ab dem 1.1.2003 beginnenden Arbeitsverhältnisse, die mindestens einen Monat dauern. Sie sind auch für geringfügig Beschäftigte und Lehrlinge anzuwenden.**
- **Die Beitragszahlungen des Arbeitgebers in der Höhe von 1,53 % der Bemessungsgrundlagenlagen für die Sozialversicherung erfolgt monatlich an die Gebietskrankenkasse. Diese leitet die Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse weiter.**

Der erste Monat eines neu begonnenen Arbeitsverhältnisses ist beitragsfrei. Gleiches gilt für Arbeitsverhältnisse, die vor der Dauer eines Monats enden. Beitragsfrei sind auch Karenzzeiten.

- **Mitarbeitervorsorgekassen (MV-K)**

Die Auswahl der MV-K erfolgt

- durch den Arbeitgeber (mit Einspruchsrecht von mindestens einem Drittel der Mitarbeiter);
- bei Betrieben mit Betriebsrat durch (erzwingbare ) Betriebsvereinbarung.

Für die Beiträge an die MV-K gibt es eine 100% Kapitalgarantie. Daneben sind freiwillige Zinsgarantien der MV-K möglich.

- **Ein Anspruch auf Abfertigung gegenüber der MV-K besteht bei jeder Art der Beendigung des Arbeitsverhältnisses – ein Anspruch auf Auszahlung nur in bestimmten Fällen!**

Ein Anspruch auf Auszahlung besteht grundsätzlich u.a.

- nach 3 Einzahlungsjahren (auch bei verschiedenen Arbeitgebern),
- bei Kündigung durch den Arbeitgeber und
- bei Pensionsantritt.

Bei jedem Auszahlungsanspruch kann zwischen Einmalzahlung oder späterem Rentenbezug (= freiwillige Pensionsvorsorge!) gewählt werden.

Kein Anspruch auf Auszahlung besteht bei

- ungerechtfertigtem Austritt
- gerechtfertigter Entlassung
- Kündigung durch den (die) ArbeitnehmerIn,

Hier verbleiben die eingezahlten Beiträge in der MV-K, gehen aber dem Arbeitnehmer nicht verloren (Rucksack-Prinzip).

- **Wie hoch ist die Abfertigung durch die MV-K?**

Die Abfertigung errechnet sich jeweils nach den eingezahlten Beiträgen und den von der MV-K erwirtschafteten Erträgen zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt des Rentenbezugs. Bei Annahme einer 6% Verzinsung der Beiträge wäre ein Jahresgehalt nach 37,2 Beitragsjahren erreicht.

## • Entlassung, vorzeitiger Austritt

- Bei Entlassung und vorzeitigem Austritt erfolgt die Auflösung des Arbeitsvertrages sofort. Im Gegensatz zur Kündigung muss aber ein gesetzlicher Grund vorliegen.
- Welche Entlassungsgründe gibt es?

### ACHTUNG

- Die Aufzählung ist nicht vollständig. Es gibt noch weitere Entlassungs- und Austrittsgründe.
- Gerade bei der Entlassung ist meist die beweisbare „wiederholte Abmahnung“ (z. B. vor Zeugen oder schriftlich) Voraussetzung.
- Die Entlassung muss **unverzüglich** bei hinreichender Kenntnis des Entlassungsgrundes ausgesprochen werden. Es wird dem Arbeitgeber zugestanden, die Entlassung erst dann auszusprechen, wenn er sich Rechtsauskunft eingeholt hat, ob die Entlassung gerechtfertigt ist!

Die Feinheiten, ob in bestimmten Situationen überhaupt ein Entlassungsgrund vorliegt, wissen heute oft nur noch Fachleute des Arbeitsrechtes. Diese finden Sie in „Ihrer“ Wirtschaftskammer!

- Wann kann das Lehrverhältnis vorzeitig aufgelöst werden?

Die vorzeitigen Auflösungsgründe decken sich im wesentlichen mit den Entlassungsgründen; zusätzliche Gründe sind:

- Verletzung der Pflichten nach BAG und Lehrvertrages, insbesondere **Verletzung der Berufsschulpflicht trotz wiederholter schriftlicher Ermahnung**;
- unbefugtes Verlassen des Lehrplatzes durch längere Zeit,
- Unfähigkeit zum Erlernen des Lehrberufes
- erhebliche Pflichtverletzungen bei vereinbarter Ausbildung in einem Ausbildungsverbund

## Sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses

### Entlassung durch den Arbeitgeber

- Dienstunfähigkeit
- Trunksucht (bei Arbeitnehmer)
- Diebstahl, Veruntreuung, sonstige Vertrauensunwürdigkeit
- Ehrenbeleidigung, Körperverletzung usw.
- Verbüßung von längeren Freiheitsstrafen
- Konkurrenzierung des Arbeitgebers
- Verweigerung der Arbeit
- selbständiges kaufmännisches Unternehmen (bei Angestellten)
- Nichtverwendung von bereitgestellten Schutzvorrichtungen



Folie 28



Folie 29

2

## Sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses

### Vorzeitiger Austritt durch Arbeitnehmer

- Dienstunfähigkeit (z. B. wegen Berufskrankheit)
- ungebührliche Vorenthaltung des Gehalts (Lohn)
- Ehrenbeleidigung
- Körperverletzung usw.
- keine Bereitstellung von notwendigen Schutzmaßnahmen

**- Welche Austrittsgründe gibt es?**

- Nicht termingerechte Auszahlung des Gehaltes (Lohnes) ist dann ein Austrittsgrund, wenn der Arbeitgeber auf entsprechende Aufforderung mit Fristsetzung nicht reagiert.

Besprechen Sie als Arbeitgeber mit dem Betreuer Ihrer Bank, wie Sie Gehälter (Löhne) so überweisen können, dass Sie nicht in Verzug kommen!

**- Welche Ansprüche hat der Arbeitnehmer bei gerechtfertigter Entlassung und unberechtigtem vorzeitigem Austritt?**

Anspruch auf:	gerechtfertigte Entlassung	unberechtigter vorzeitiger Austritt
Abfertigung durch den Arbeitgeber bzw. Auszahlung durch die MV-K (nach 3 Dienstjahren)	keinen	keinen
Bezahlung nicht verbrauchter Urlaubstage	ja, aliquote Ersatzleistung (s. 2.5)	keinen
aliquote Sonderzahlungen	Angestellte: ja Arbeiter: meist keinen (s. Kollektivvertrag)	Angestellte: ja Arbeiter: meist keinen (s. Kollektivvertrag)

Bei unberechtigtem vorzeitigem Austritt kann der Arbeitgeber den Ersatz eines beweisbaren Schadens verlangen!

**- Welche Ansprüche hat der Arbeitnehmer bei ungerechtfertigter Entlassung und berechtigtem vorzeitigem Austritt?**

Anspruch auf:	ungerechtfertigte Entlassung	berechtigter vorzeitiger Austritt
Kündigungsentschädigung	ja	ja
Abfertigung durch den Arbeitgeber bzw. Auszahlung durch die MV-K (nach 3 Dienstjahren)	ja	ja
Bezahlung nicht verbrauchter Urlaubstage	ja, aliquote Ersatzleistung (s. 2.5)	ja, aliquote Ersatzleistung (s. 2.5)
aliquote Sonderzahlungen	ja	ja



- Pflichten des Arbeitgebers bei Beendigung von Dienstverhältnissen:

### Checkliste Auflösung des Dienstverhältnisses

- Abrechnung und Abgeltung der finanziellen Ansprüche des Arbeitnehmers
- Ausstellung eines Arbeitszeugnisses auf Verlangen des Arbeitnehmers  
Inhalt:
  - Dauer und Art der Beschäftigung
  - keine für das Fortkommen nachteilige Äußerung
  - Kosten inkl. Stempelgebühren trägt der Arbeitgeber
- Ausstellung eines Lehrzeugnisses auch ohne Verlangen des Arbeitnehmers; Kosten trägt der Arbeitgeber
- Abmeldung bei der Gebietskrankenkasse innerhalb von 7 Tagen
- Rückgabe sonstiger Arbeitspapiere
- Abrechnung allfälliger Kautionen



Folie 30

### Checkliste Abrechnung bei Auflösung eines vor dem 1.1.2003 begonnenen Dienstverhältnisses

- laufendes Gehalt (Lohn), Überstunden, ev. Provision, evtl. Aufwandsentschädigungen
- aliquote Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Abfertigung ab Ende 3. Arbeitsjahr\*) (grundsätzlich nur, wenn Arbeitgeber kündigt bzw. bei einvernehmlicher Auflösung)
- (aliquote) Bezahlung nicht verbrauchter Urlaubstage

Abfertigungsanspruch\*) bei Arbeitnehmerkündigung, wenn

- Dienstverhältnis 10 Jahre lang gedauert hat und
- die normale Alterspension oder
- die vorzeitige Alterspension in Anspruch genommen wird!

\*) bei Dienstverhältnissen mit Beginn ab dem 1.1.2003  
Anspruch gegenüber MV-K



Folie 31



Materialien

2

**Kontrollfragen:**

- Wann liegt eine einvernehmliche Lösung des Arbeitsverhältnisses vor?
- In welchen Fällen kann das Arbeitsverhältnis ohne Zustimmung des Vertragspartners aufgelöst werden?
- Was sind die Voraussetzungen für eine wirksame Kündigung?
- Wann wird die Auflösung des Arbeitsverhältnisses sofort wirksam?
- Was sind die Folgen einer ungerechtfertigten vorzeitigen Auflösung?
- Welche Maßnahmen bzw. Meldepflichten muss der Arbeitgeber bei Beendigung von Arbeitsverhältnissen beachten?
- Wann steht Abfertigung zu und wovon ist ihre Höhe abhängig?
- Was versteht man unter „Kündigungsentschädigung“?
- Wann kann ein Lehrverhältnis durch den Lehrberechtigten vorzeitig gelöst werden?
- Wann endet frühestens das Dienstverhältnis nach Ende der Lehrverhältnisses?
- Wonach bestimmt sich die Bezahlung innerhalb der Behaltefrist und später?

## 2.5 Rechte und Pflichten Arbeitgeber – Arbeitnehmer

### Pflichten aus dem Arbeitsvertrag

#### Arbeitgeber

- Entgeltzahlungspflicht  
Auch bei Nichtbeschäftigung  
wegen Arbeitsmangels =  
Beschäftigungsrisiko
- Fürsorgepflicht (z. B. Weiterbe-  
zahlung des Entgeltes bei Krankheit,  
Kündigungsbeschränkungen)
- Schutz des Lebens, der Gesundheit  
aber auch der Ehre und Sittlichkeit  
des Arbeitnehmers (Einhaltung der  
Schutzvorschriften)

#### Arbeitnehmer

- Arbeitspflicht  
(persönliche Leistung der Arbeit)  
mit entsprechender Sorgfalt
- Treuepflicht  
(kein Verrat von Betriebsge-  
heimnissen, keine Konkurrenzierung  
des Arbeitgebers)
- Verpflichtung zur Benützung der  
Schutzeinrichtung und Einhaltung  
der Schutzvorschriften;  
keine vorsätzliche oder grob  
fahrlässige Herbeiführung der  
Arbeitsunfähigkeit

- **Aus dem Lehrvertrag ergeben sich zusätzliche Pflichten für Lehrberech-  
tigten und Lehrling!**



Diese über die Pflichten für Arbeitgeber – Arbeitnehmer hinausgehenden Pflichten sind für den Lehrberechtigten u. a.:

- Ausbildungsverpflichtung im Sinne des Berufsbildes (s. Kapitel 2.2)
- Anhalten des Lehrlings zum Berufsschulbesuch (unter Fortzahlung des Entgeltes)
- Kontakt halten zu den Erziehungsberechtigten.

Daraus ergeben sich für den Lehrling „spiegelbildlich“ gleichartige Pflichten, insbesondere ihm übertragene dem Berufsbild entsprechende Arbeiten auszuführen, die Berufsschule zu besuchen usw.!

**Berufsfremde Arbeiten** dürfen aber vom Lehrling nicht verlangt werden (Beispiel: Autowaschen oder Putzen von Sanitärräumen durch einen kfm. Lehrling). Keine berufsfremde Arbeit ist das Sauberhalten des Arbeitsplatzes z. B. im Friseurgewerbe.

**Hilfsverrichtungen**, die bei der Berufsausübung üblicherweise anfallen (z. B. Autowaschen beim Kfz-Techniker) sind in geringem Zeitausmaß erlaubt. Besonders zu beachten sind in der Regel auch die Bestimmungen des Kinder- und Jugendschutzes (s. Kapitel 2.7)

- **Weiterzahlung des Entgeltes**

- **Bei bestimmten Arbeitsverhinderungen besteht die Verpflichtung zur Weiterzahlung des Entgeltes!**

Aus der folgenden Übersicht können Sie entnehmen, wann Sie Ihre Mitarbeiter bezahlen müssen, auch wenn diese keine Arbeitsleistung erbringen.

<b>Arbeitsverhinderungen mit Entgeltfortzahlung</b>	
<b>auf Arbeitnehmerseite</b>	<b>auf Arbeitgeberseite</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Krankenstand (Privatunfall) und Arbeitsunfall</li> <li>- wichtige persönliche Gründe (z. B. Heirat, Begräbnisse nächster Angehöriger)</li> <li>- Pflegefreistellung</li> <li>- Urlaub</li> <li>- Feiertage</li> <li>- Postensuchtage (nur bei Kündigung durch Arbeitgeber, außer Kollektivvertrag sieht eine Regelung auch beim Arbeitnehmer vor)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auftragsmangel</li> <li>- Betriebsstörungen</li> <li>- Dienstfreistellungen u. dgl.</li> </ul>

**Hinweise:**

- Das Beschäftigungsrisiko liegt grundsätzlich beim Arbeitgeber!
- Die in der Berufsschule durch den Lehrling verbrachte Zeit ergibt sich aus dem – der rein schulischen Ausbildung weit überlegenem – System der „dualen Ausbildung“ (Vermittlung theoretischer Grundlagen durch Berufsschule – **laufende** Vermittlung der **aktuellen** praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten durch Lehrbetrieb oder Ausbildungsverbund)! Der Berufsschulbesuch kann daher nicht dem Begriff der „Arbeitsverhinderung“ im obigen Sinn zugeordnet werden. Zur Anrechnung des Berufsschulbesuches auf die „Normalarbeitszeit s. Kapitel 2.7. Persönlicher Arbeitsschutz!
- Regelungen über Arbeitsverhinderung aus wichtigen persönlichen Gründen sind bei Angestellten im Angestelltengesetz bzw. Kollektivvertrag, bei Arbeitern teilweise im Kollektivvertrag enthalten.
- Bleibt der Arbeitnehmer ohne wichtigen Grund der Arbeit fern, hat er keinen Entgeltanspruch. Zusätzlich könnte dadurch auch ein Entlassungsgrund verwirklicht werden.

## • Wann besteht Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Freizeitunfall?

Die **Anspruchsvoraussetzungen** lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Der Arbeitnehmer darf die **Erkrankung** (den Freizeitunfall) **nicht vorsätzlich** oder **grob fahrlässig** herbeigeführt haben.
- Die **Arbeitsverhinderung** muss dem Arbeitgeber – im Rahmen des Zumutbaren – **unverzüglich** gemeldet werden.
- Auf Verlangen ist eine **Arztbestätigung** vorzulegen.
- Während der Dauer der versäumten Melde- und Nachweispflicht haben Sie gegenüber säumigen Mitarbeitern keine Entgeltverpflichtung!
- **Der Zeitraum, für den das Entgelt fortzuzahlen ist, richtet sich nach der Art und Dauer des Arbeitsverhältnisses!**

Ab den Arbeitsjahren mit Beginn nach Ende 2000 sind die Fortzahlungsansprüche für **Arbeiter** denjenigen der Angestellten angenähert worden, mit folgenden Abweichungen:

- Der Bezugszeitraum für die Arbeiter bleibt das Arbeitsjahr (Angestellte: 1/2 Jahr).
- Der bei Angestellten vorgesehene weitere halbe Anspruch bei Wiedererkrankung innerhalb des Bezugszeitraumes ist bei Arbeitern nicht vorgesehen.

## Anrechnung von Krankenständen auf die Lehrzeit:

Übersteigen die Krankenstände (insgesamt oder zusammenhängend) 4 Monate/Lehrjahr, ist eine Anrechnung nicht erlaubt. In solchen Fällen ist die Lehrlingsstelle zu verständigen, dem Lehrling ist eine Verlängerung bzw. ein Folgevertrag anzubieten.

## • Wann spricht man von einem Arbeitsunfall?

Ein Arbeitsunfall liegt dann vor, wenn der Arbeitnehmer (mit entsprechenden Folgen für Gesundheit oder Leben)

- während seines Arbeitseinsatzes oder
- auf direktem Weg von oder zur Arbeitsstelle verunglückt.

Freizeitunfälle werden wie Krankenstände gewertet und daher hinsichtlich der Heilungskosten von der ASVG-Versicherung finanziert.

## - Welche Verständigungspflichten bestehen bei Arbeitsunfällen?

Der Arbeitgeber hat folgende Stellen zu verständigen:

- Arbeitsinspektorat,
- Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) und
- gegebenenfalls Betriebsrat.

- **Welche Folgen hat ein Verschulden des Arbeitgebers am Arbeitsunfall?**

- Verwaltungsstrafe (bis € 3.633,70), evtl. eine strafgerichtliche Verurteilung, z. B. wegen fahrlässiger Körperverletzung;
- die AUVA kann Regressansprüche stellen (nur bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Missachten der Schutzvorschriften)!

• **Auch bei notwendiger Pflege naher Angehöriger besteht ein Fortzahlungsanspruch.**

Die bezahlte Pflegefreistellung ist an bestimmte Bedingungen geknüpft.

• **Urlaub**

- **Während desurlaubes behält der Arbeitnehmer den Anspruch auf das Entgelt!**

Hier gilt – wie beim Krankenentgelt – das sog. **Ausfallsprinzip**: Was hätte der Arbeitnehmer verdient, wäre er nicht auf Urlaub gegangen?

Bei schwankenden Bezügen ist der Durchschnitt der letzten 13 Wochen (z. B. die regelmäßig geleisteten Überstunden), bei Provisionen der letzten 12 Monate zu nehmen!

- **In welchem Ausmaß steht der Urlaubsanspruch zu?**

Das Urlaubsausmaß beträgt 30 Werktage (einschließlich Samstag). Es erhöht sich nach dem 25. Arbeitsjahr auf 36 Werktage.

- **Der Urlaubsanspruch entsteht im ersten Arbeitsjahr nur aliquot, sonst jeweils zu Beginn des neuen Arbeitsjahres voll!**

Das Arbeitsjahr bestimmt sich nach dem Datum des Eintritts.

- **Der Urlaubsantritt und die Dauer sind einvernehmlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festzulegen!**

Abwägung der privaten Interessen des Arbeitnehmers mit den betrieblichen Interessen!

Jugendlichen, insbesondere Lehrlingen, ist auf ihr Verlangen ein Urlaub von 12 Werktagen in der Zeit zwischen 15. 6. und 15. 9. zu gewähren.

- **Der Urlaubsanspruch darf bei aufrechter Dienstverhältnis nicht in Geld abgelöst werden (= Verbot der Urlaubsabläse!).**

- **Unter bestimmten Bedingungen unterbricht Krankheit den Urlaub, eine eigenmächtige Urlaubsverlängerung ist aber unzulässig!**

Die Bedingungen sind:

- die Krankheit hat länger als 3 Tage gedauert und wurde weder vorsätzlich noch grob fahrlässig herbeigeführt;
  - die Krankheit wurde nicht durch eine dem Erholungszweck widersprechende Erwerbstätigkeit bedingt;
  - eine unverzügliche Meldung ist an den Arbeitgeber erfolgt;
  - bei Arbeitsantritt Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses über Beginn und Dauer der Krankheit (bei Erkrankung im Ausland: Bestätigung vom Krankenhaus; der Bestätigung eines Arztes muss behördliche Bestätigung über dessen Berufsausübungsbefugnis beigegeben sein).
- Welche Ansprüche stehen für nicht verbrauchten Urlaub bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu ?**

Die Ersatzleistungen für nicht verbrauchten Urlaub sind aus Folie 33 ersichtlich.

### Ersatzleistung für nicht verbrauchten Urlaub bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses

#### Laufendes Arbeits(Urlaubs)jahr:

- Bei Kündigung, Entlassung und gerechtfertigtem vorzeitigem Austritt: aliquote Ersatzleistung mit Anrechnung verbrauchten Urlaubes
- Aliquoter Urlaub = 
$$\frac{\text{Jahresurlaubsanspruch} \times \text{Kalendertage bis Ende des Arbeitsverhältnisses}}{365}$$
  
(Das Ergebnis kaufmännisch runden !!)
- Bei ungerechtfertigtem vorzeitigem Austritt: keine Abgeltung
- Bei gerechtfertigter Entlassung / ungerechtfertigtem Austritt ist das Entgelt für zuviel konsumierte Urlaubstage zurückzuerstatten.

#### Vorangegangene Arbeits(Urlaubs)jahre:

- Volle Abgeltung nicht verbrauchter Urlaubstage (auch bei ungerechtfertigtem Austritt)

#### Verjährung des Urlaubsanspruches:

- Nach Ablauf von zwei Jahren ab Ende des Arbeits(Urlaubs)jahres, in dem der Anspruch entstanden ist

#### • Der Betriebsrat

- Der Betriebsrat ist Vertretungsorgan der Arbeitnehmer.
- Im Arbeitsverfassungsgesetz ist geregelt, wann ein Betriebsrat von der Belegschaft gewählt werden kann!
- Ein Betriebsrat kann nur dann gewählt werden, wenn im Betrieb mindestens 5 familienfremde Arbeitnehmer beschäftigt sind. (Ehepartner oder Kinder sind daher nicht zu berücksichtigen.)
- Die Zahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder hängt von der Zahl der Mitarbeiter ab (z. B. bei 5 - 9 Mitarbeitern: 1 Mitglied; bei 10 - 19 Mitarbeitern: 2 Mitglieder usw.).

#### • Allgemeiner Bestandschutz

- Welche Möglichkeiten hat der Betriebsrat bei Kündigung und Entlassung?

**ACHTUNG**

Der Betriebsrat ist rechtzeitig vor Ausspruch einer Kündigung zu verständigen. Eine Verletzung dieser Verständigungspflicht macht die Kündigung unwirksam!



Wird der Betriebsrat von einer Kündigung (Entlassung) verständigt, kann er innerhalb von 5 Arbeitstagen folgende Maßnahmen ergreifen:

- zustimmen (Anfechtung auch durch Arbeitnehmer nicht möglich)
- mit Begründung ablehnen (wird trotzdem durch Arbeitgeber aufgelöst: Anfechtung durch Betriebsrat!)
- sich nicht äußern (= Verschweigen; Anfechtung nur durch Arbeitnehmer möglich)

Unter „Anfechtung“ versteht man die Klage auf Fortbestand des Dienstverhältnisses.

Man nennt diese Mitwirkungsmöglichkeit des Betriebsrates auch **„Allgemeiner Bestandschutz“**.

- **Welche Bedeutung hat der „Allgemeine Bestandschutz“ für ältere Arbeitnehmer?**

Es gibt eine Anfechtungsmöglichkeit wegen Sozialwidrigkeit. Gerade die geringen Chancen auf eine neue Stelle lassen nämlich die Freisetzung älterer Mitarbeiter als sozial ungerechtfertigt erscheinen. Der Arbeitgeber kann den Fortbestand des Dienstverhältnisses vermeiden, wenn er beweisen kann, dass die Kündigung durch Umstände, die in der Person des Arbeitnehmers (sehr lange Krankenstände usw.) oder in den betrieblichen Verhältnissen liegen, begründet ist.

- **Besonderer Bestandschutz**

- **In einigen Fällen hat der Gesetzgeber einen besonderen Bestandschutz (Kündigungs- und Entlassungsschutz) festgelegt.**
- **Mit Meldung der Schwangerschaft tritt der Kündigungs- und Entlassungsschutz ein**

Eine **nach** Meldung der Schwangerschaft erfolgte Kündigung ist immer unwirksam.

Eine **vor** Meldung der Schwangerschaft erfolgte Kündigung ist dann unwirksam, wenn innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Ausspruch der Kündigung die Schwangerschaft mit ärztlichem Attest nachgewiesen wird.

- **Es gibt nur ausnahmsweise die Möglichkeit einer Kündigung wie z.B. bei Betriebsstillegung bzw. -einschränkung!**

Dabei ist grundsätzlich eine Zustimmung des Arbeits- und Sozialgerichtes erforderlich, außer die Kündigung erfolgt nach der Betriebsstillegung.

- **Wie lange ist der Kündigungsschutz gegeben?**

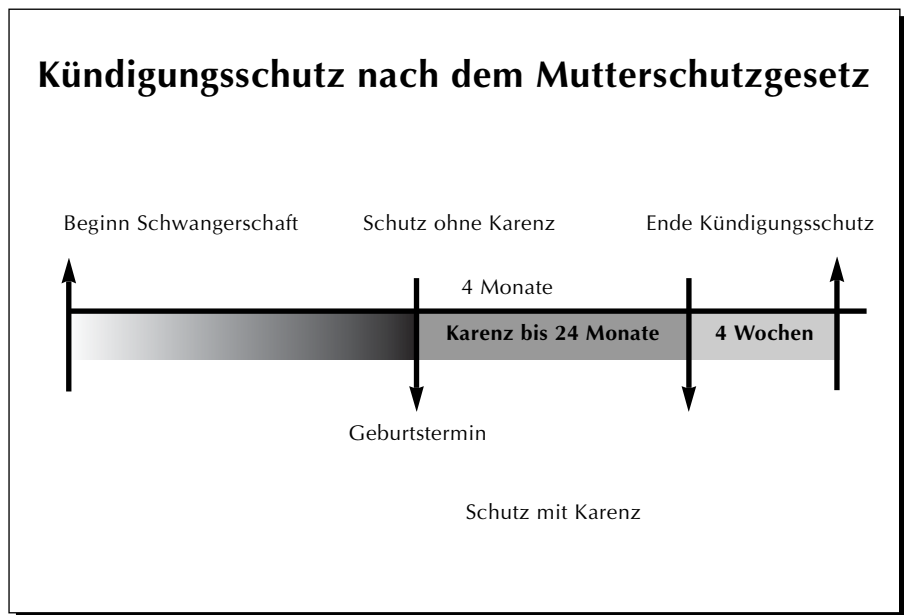
Der Kündigungsschutz dauert bis 4 Monate nach der Entbindung bzw. 4 Wochen nach Ende des Karenzurlaubes (bis 24 Monate möglich).



- Eine Entlassung ist nur nach vorheriger Zustimmung durch das ASG zulässig!

In den Fällen der Pflichtverletzung oder Tötlichkeiten gegenüber Arbeitgeber und Mitarbeitern ist der „außergewöhnliche Gemütszustand“ der Schwangeren zu berücksichtigen.

- Es gibt auch Kündigungsschutz für Väter, die sich der Pflege des Neugeborenen widmen!



Dieser beginnt frühestens mit der Geburt des Kindes und dauert bis 4 Wochen nach Ende des Karenzurlaubes. Voraussetzung ist u. a., dass der Vater mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt lebt und es überwiegend betreut. Die Eltern müssen längstens 4 Wochen nach der Geburt mitteilen, wer die Betreuung übernimmt. Die Betreuung muss mindestens je 3 Monate betragen.

Innerhalb von 2 Jahren darf die Betreuung zweimal gewechselt werden. Beim erstmaligen Wechsel können die Eltern für max. ein Monat gemeinsam die Betreuung übernehmen.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann jeder Elternteil 3 Monate der Karenzzeit bis zum 7. Lebensjahr des Kindes aufschieben. Der Kündigungsschutz geht aber in keinem der Fälle über 24 Monate hinaus.

- Eine einvernehmliche Lösung des Arbeitsverhältnisses mit Schwangeren ist nur unter Einhaltung bestimmter Formvorschriften möglich.

- **Durch das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz ist der Kündigungs- und Entlassungsschutz von Präsenz- und Zivildienern gewährleistet!**

Präsenzdienst ist sowohl der ordentliche als auch der außerordentliche Präsenzdienst (z. B. Waffenübungen).

Der Schutz beginnt nur dann, wenn der Arbeitnehmer nach Zustellung des Einberufungsbefehles unverzüglich Meldung an den Arbeitgeber macht. Der Schutz endet 1 Monat nach Ende des Präsenzdienstes. Die Frist beträgt die Hälfte des Präsenzdienstes, wenn dieser kürzer als 2 Monate ist (z. B. 14 Tage Waffenübung).

Der Schutz besteht auch dann, wenn keine Mitteilung erfolgte, aber der Arbeitgeber innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung des Einberufungsbefehls das Arbeitsverhältnis kündigt. Voraussetzung ist, dass der Arbeitnehmer binnen 3 Arbeitstagen die versäumte Mitteilung nachholt.

Wird die Kündigung vor der Einberufung ausgesprochen und fällt der Präsenzdienst in die Kündigungsfrist, wird die Kündigungsfrist mit Beginn des Präsenzdienstes gehemmt. Sie läuft erst nach Ende des Präsenzdienstes weiter.

- **Auch bei den Präsenzdienern gibt es ähnliche Beschränkungen der Entlassungsgründe wie bei werdenden Müttern!**

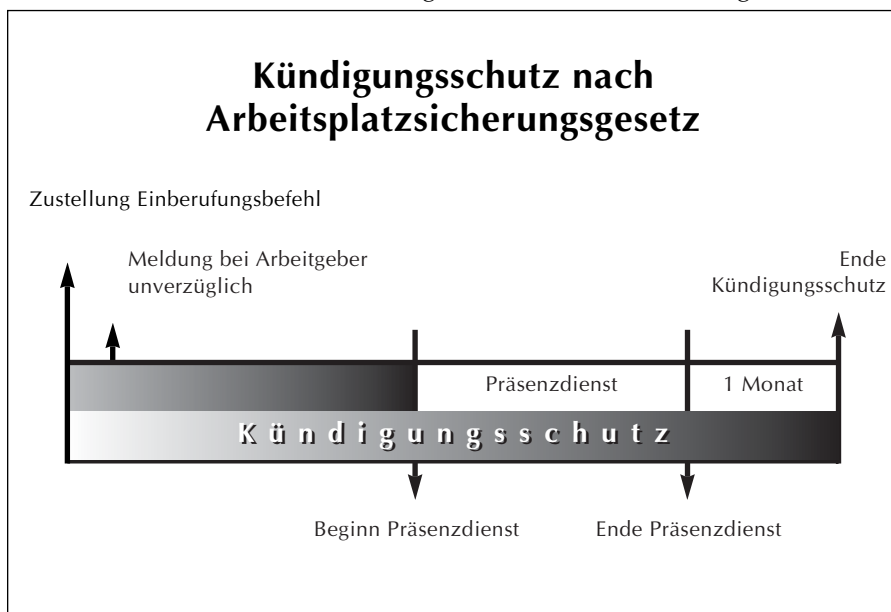
Auch eine einvernehmliche Auflösung unterliegt bestimmten Formvorschriften.

Folie 35



- **Während ihrer Funktionsperiode haben Betriebsratsmitglieder einen Kündigungs- und Entlassungsschutz!**

Eine Kündigung oder Entlassung bedarf daher immer der (vorherigen) Zustimmung des Arbeits- und Sozialgerichtes.



- **Begünstigte Behinderte können nur nach mindestens vierwöchiger Frist und vorheriger Zustimmung des Behindertenausschusses beim Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen gekündigt werden!**

Als begünstigte Behinderte gelten österreichische und EWR-Staatsbürger mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50%.

**Die bei der Auflösung von Lehrverhältnissen zu beachtenden Besonderheiten sind im Kapitel 2.4 angeführt!**

### **Besondere Beschränkungen bei Auflösung von Arbeitsverhältnissen**

(= „besonderer Bestandschutz“)

(ASG = Arbeits- und Sozialgericht, AK = Arbeiterkammer)

<b>Personenkreis</b>	<b>Kündigung</b>	<b>Entlassung</b>	<b>Einvernehmen</b>
werdende Mütter (MutterschutzG) geschützte Väter (Eltern-KarenzurlaubsG)	nur bei Betriebsstilllegung bzw. -einschränkung nach Zustimmung des ASG	nur aus besonderen Gründen nach Zustimmung des ASG	nur schriftlich; bei Minderjährigen: Bestätigung der Belehrung über Kündigungsschutz durch ASG oder AK
Präsenzdiener (Arbeitsplatz-SicherungsG)	wie bei den werdenden Müttern	nur aus besonderen Gründen nach Zustimmung des ASG	nur schriftlich; Bestätigung des ASG oder der AK w. o.
Betriebsrat, Jugendvertrauensratsmitglieder	nur aus besonderen Gründen nach Zustimmung des ASG	nur aus besonderen Gründen, idR. nach Zustimmung des ASG	
Behinderte	nur nach Zustimmung d. Behindertenausschusses beim Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen		



*Materialien*

2

### • Fortsetzung von Arbeitsverhältnissen bei Betriebsübergang

Durch das „AVRAG“ (=Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz) erfolgte eine Anpassung an das EU-Recht. Der Erwerber eines Betriebes muss die schon beim Vorgänger beschäftigten Mitarbeiter mit allen Rechten und Pflichten übernehmen.

Im Hinblick auf die komplizierte Regelung und die weitreichenden finanziellen Auswirkungen sollten Sie sich im Fall einer Betriebsübernahme von Experten „Ihrer“ Wirtschaftskammer beraten lassen.

#### **Kontrollfragen:**

- Welche wesentlichen Rechte und Pflichten von Arbeitgeber/Arbeitnehmer kennen Sie?
- Welche Arbeitsverhinderungen kennen Sie, bei denen das Entgelt weiter zu bezahlen ist?
- Welche Voraussetzungen müssen für eine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall vorliegen?
- Welche Auswirkung hat die versäumte Meldung des Arbeitnehmers im Krankheitsfall?
- Gibt es Unterschiede in der Entgeltfortzahlung zwischen Angestellten und Arbeitern?
- Welche Meldepflichten bestehen bei einem Arbeitsunfall?
- Ab wann entsteht ein Urlaubsanspruch und auf welche Zeit?
- Wann kann ein Betriebsrat eingerichtet werden?
- Was versteht man unter „allgemeinem Bestandschutz“?
- Worin besteht der Kündigungsschutz nach dem Mutterschutz?
- Welche Schutzregelungen gibt es für Präsenzdienler bezüglich Kündigung (Entlassung)?
- Wer muss bei der Kündigung von Behinderten zustimmen?

## **2.6 Technischer Arbeitnehmerschutz, Überwachung**

Der Arbeitnehmerschutz soll eine Gefährdung bzw. Beeinträchtigung von Leben und Gesundheit und der Sittlichkeit von Arbeitnehmern verhindern („Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“).

Der Arbeitnehmerschutz lässt sich gliedern in

- den technischen und
  - den persönlichen
- Arbeitnehmerschutz.

### • Was ist dem technischen Arbeitnehmerschutz zuzuordnen?

Zum technischen Arbeitnehmerschutz zählen alle Vorschriften, die die Ausstattung der Arbeitsräumlichkeiten sowie von Maschinen, Geräten und Anlagen regeln.

- **Der technische Arbeitnehmerschutz ist hauptsächlich im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und dessen Verordnungen geregelt!**

Weitere Bestimmungen des technischen ArbeitnehmerInnenschutzes sind enthalten

- in der Maschinen- und Gerätesicherheits-Verordnung;
- in sonstigen Verordnungen, wie z. B. Verordnung über die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten, Kälteanlagenverordnung u. a. m.

- **Die Bestimmungen über den technischen Arbeitnehmerschutz beeinflussen wesentlich die Ausgestaltung von Betriebsräumen, Anlagen usw.!**

Zu berücksichtigen sind nämlich z. B. ausreichende Belüftung und Belichtung.

## ACHTUNG

Vor Einrichtung eines neuen Betriebes oder auch vor Umbauten fragen Sie Ihre Wirtschaftskammer und das zuständige Arbeitsinspektorat!

- **Muss ein Gewerbetreibender eine eigene Genehmigung für seine Anlagen wegen des Arbeitnehmerschutzes beantragen?**

Der Arbeitnehmerschutz ist bereits im Betriebsanlageverfahren zu berücksichtigen. In diesem Verfahren hat der Arbeitsinspektor sogar Parteistellung.

- **Die Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes und seiner Verordnungen sind direkt zu befolgen, es bedarf keiner behördlichen Verschreibung!**

**Die Missachtung technischer Schutzbestimmungen durch den Arbeitgeber kann außer Strafen unabsehbare finanzielle Folgen für ihn haben (siehe „Arbeitsunfall“)!**

### • Evaluierung

Eine „Evaluierung“ (d.h. Ermittlung und Beurteilung) ist bezüglich der im Betrieb möglicherweise gegebenen Gefahren(quellen) und der Übereinstimmung mit den technischen Arbeitnehmerschutzbestimmungen vorzunehmen. Eine Dokumentation hat in der gesetzlich vorgeschriebenen Art zu erfolgen; dabei sind auch die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung von festgestellten Mängeln festzulegen.

Branchenbezogene Beratung erfolgt über die Fachgruppen der Wirtschaftskammern.

### • Präventivdienst

Die laufende (Selbst)Überprüfung des Betriebes zur Vermeidung von Arbeitsunfällen ist nach dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz durch die Beschäfti-

gung sog. Präventivfachkräfte (ausgebildete Sicherheitsfachkräfte und Arbeitsmediziner) sicherzustellen. Die Mindesteinsatzzeit dieser Personen ist von der Anzahl der in den jeweiligen Arbeitsstätten regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer abhängig. Kleine Betrieben können dieser Verpflichtung durch – u. U. kostenlose(!) – Inanspruchnahme eines Präventionszentrums der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) nachkommen.

- **Arbeitsinspektorat**

- **Zur Überwachung des Arbeitnehmerschutzes sind Arbeitsinspektoren als Organe der Arbeitsinspektion eingesetzt!**

Die Arbeitsinspektion ist die zur Durchführung und zur Überwachung des Arbeitnehmerschutzes zuständige Behörde.

Die Arbeitsinspektoren haben Arbeitgeber zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten und zu beraten.

Bei Feststellung von Übertretungen hat der Arbeitsinspektor Strafanzeigen zu erstatten.

Bei unmittelbarer Gefahr kann auch der Betrieb stillgelegt werden.

- **Welche Unterlagen sollten immer im Betrieb aufliegen?**

Bereitzuhalten sind im Betrieb die vorgeschriebenen Prüfbefunde bzw. Prüfbücher betreffend die technischen Einrichtungen und die Sicherheitseinrichtungen. Der Arbeitsinspektor kann entsprechende Besichtigungen des Betriebs vornehmen.

Materialien



Folie 36



## Was darf der Arbeitsinspektor?

### Berechtigung:

- Betriebsbesichtigung während Betriebszeiten
- Besuch ohne Voranmeldung
- soweit erforderlich:
  - Durchführung von Messungen
  - Entnahme von Proben
  - Ein- und Ausschalten von Anlagen
- Einvernahme von Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- Einsicht in die betrieblichen Unterlagen
- Anzeigen an die für das Strafverfahren zuständige Behörde

### keine Berechtigung:

- Aufenthalt im Betrieb außerhalb der Betriebszeiten
- Besichtigung ohne Vorstellung und Anmeldung beim Betriebsinhaber bzw. dessen Vertreter
- Durchführung der Amtshandlung so, dass vermeidbare Betriebsstörungen bzw. Behinderungen entstehen
- Einsicht in Unterlagen, die nur mittelbar Aufschluss über die Einhaltung der Schutzbestimmungen geben
- Verfügung (Verhängung von Strafen)

### **Kontrollfragen:**

- In welchen wesentlichen Rechtsvorschriften ist der technische Arbeitnehmerschutz enthalten?
- In welchem Verfahren ist der technische Arbeitnehmerschutz zu berücksichtigen?
- Kennen Sie einige dieser Bestimmungen?
- Wer überwacht den Arbeitnehmerschutz?
- Welche Aufgaben und Rechte hat der Arbeitsinspektor?
- Welche Maßnahmen kann der Arbeitsinspektor anordnen ?

## **2.7 Persönlicher Arbeitsschutz (Arbeitszeit und Arbeitsruhe; Verwendungsschutz)**

Die Bestimmungen über den persönlichen Arbeitnehmerschutz sollen eine physische und psychische Überlastung der Arbeitnehmer vermeiden.

Es ist z. B. eine Erfahrungstatsache, dass bei Übermüdung die Unfallgefahr und Unfallhäufigkeit rapid ansteigt.

Die Regelungen sind im Wesentlichen enthalten

- im Arbeitszeitgesetz;
- im Arbeitsruhegesetz;
- im Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz (besonders wichtig für die Lehrlingsausbildung);
- im Mutterschutzgesetz;
- im Kollektivvertrag.

### **- Warum Sie sich mit den Regelungen des persönlichen Arbeitnehmerschutzes befassen sollten:**

Die oben angeführten Regelungen stellen besonders wichtige gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung eines Arbeitseinsatzplanes dar!

Nur dann, wenn Sie einen Arbeitseinsatzplan festlegen, bekommen Sie einen Überblick über die Arbeitskosten, aber auch die Verfügbarkeit Ihrer Mitarbeiter. Dieser Überblick ist wichtig für pünktliche Ausführung von Aufträgen bzw. einen reibungslosen Betriebsablauf.

Die beiden zentralen Themen, mit denen wir uns in diesem Kapitel befassen, sind daher:

- die Arbeitszeitregelungen (Normalarbeitszeit, Überstunden, Ruhepausen und -zeiten);
- Beschäftigungsbeschränkungen und -verbote (werdende Mütter, Kinder und Jugendliche).

- **Arbeitszeit, Überstunden**

- **Das Arbeitszeitgesetz regelt das Ausmaß von Normalarbeitszeit und Überstunden!**

Es gilt grundsätzlich für alle Arbeitnehmer, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Eine Verletzung dieser Vorschriften kann für den Arbeitgeber erhebliche Verwaltungsstrafen nach sich ziehen!

Beachten Sie auch die Regelungen von Kollektivverträgen betreffend tägliche Normalarbeitszeit, Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, Schichtarbeit usw.!

- **Bei Lehrlingen ist die Berufsschulzeit auf die Normalarbeitszeit anzurechnen!**

Die Regelung betrifft den Unterricht in den Pflichtgegenständen. Freigegegenstände sind im Ausmaß von max. 2. Unterrichtsstunden/Woche anzurechnen.

- Bei Ausfall der Berufsschule insbesondere einzelnen Stunden muss der Lehrling sich nur dann im Betrieb einfinden, wenn dies nach der Wegzeit zumutbar ist.

- **Die wöchentliche Normalarbeitszeit beträgt 40 Stunden.**

Es gibt allerdings Kollektivverträge, welche eine kürzere Wochenarbeitszeit (z. B. 38,5 Stunden) vorsehen.

Die Wochenarbeitszeit darf 50 Stunden nicht überschreiten (Ausnahmen durch Gesetz und Kollektivvertrag).

Für die Wochenarbeitszeit gilt der Zeitraum jeweils von Montag bis einschließlich Sonntag.

- **Bei „Durchrechnung“ wird die wöchentliche Normalarbeitszeit innerhalb eines bestimmten Zeitraumes „umverteilt“.**

Ob und in welchem Ausmaß, hängt vom jeweiligen Branchenkollektivvertrag ab. Erst wenn die umverteilte „Normalarbeitszeit“ überschritten wird, liegen Überstunden vor.

- **Die tägliche Normalarbeitszeit beträgt bis zu 9 Stunden!**

- Als Tagesarbeitszeit gilt ein ununterbrochener Zeitraum von 24 Stunden ohne die Ruhepausen.

Die tägliche Normalarbeitszeit kann durch Kollektivvertrag auf max. 10 Stunden ausgedehnt werden.



## - Gleitende Arbeitszeit

Diese liegt vor, wenn der Arbeitnehmer innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens seine tägliche Normalarbeitszeit selbst bestimmen kann.

Kann eine Gleitzeitregelung mangels Betriebsrates nicht mittels Betriebsvereinbarung festgelegt werden, ist sie schriftlich mit den einzelnen Arbeitnehmern zu treffen.

## - Einarbeiten von Fenstertagen

- Ein Einarbeiten von „Fenstertagen“ ist wie folgt möglich: Die Einarbeitungszeit kann auf 7 Wochen verteilt werden, in die auch die einzuarbeitenden „Fenstertage“ fallen müssen; die Tagesarbeitszeit darf aber 10 Stunden nicht überschreiten.

Durch Betriebsvereinbarung kann der Zeitraum auf bis zu 13 Wochen verlängert werden (weitere Verlängerungen durch Kollektivvertrag möglich).

## - Überstunden liegen vor, wenn die tägliche oder wöchentliche Normalarbeitszeit überschritten wird.

Berücksichtigen Sie dabei aber die „Umverteilungsmöglichkeiten“. Beim Einarbeiten bedeutet somit ein 10-Studentag nicht 2 Überstunden!

- Überstunden dürfen ohne behördliche Bewilligung nur im gesetzlichen Ausmaß geleistet werden!

Zulässig sind 5 Überstunden/Woche und zusätzlich 60 Überstunden/Jahr.

In der Woche dürfen aber max. nur 10 Überstunden geleistet werden; die Tagesarbeitszeit darf 10 Stunden nicht überschreiten!

## - Bei Überschreiten des gesetzlichen Überstundenmaßes muss eine Bewilligung des Arbeitsinspektorates eingeholt werden!

Die Bewilligung wird nur bei sehr dringendem Bedarf erteilt!

## - Müssen Überstunden geleistet werden?

Überstunden müssen nur geleistet werden, wenn dies vereinbart wurde und keine berücksichtigungswürdigen privaten Gründe des Arbeitnehmers entgegenstehen.

## - Bei Überstundenleistung ist ein Zuschlag zum Normallohn zu leisten!

## Arbeitszeit und Ruhepausen/Ruhezeiten

	Erwachsene	Jugendliche
tägliche Normalarbeitszeit	bis 9 h	bis 9 h
Arbeitszeit/Tag max.	10 h	9,5 h
Überstunden/Woche normal	5 h	3 h
Überstunden/Woche max.	10 h	3 h
Ruhepausen	1/2 h nach 6 h	1/2 h nach 6 h
Ruhezeit zwischen Arbeitstagen	11 h	12 h
Wochenendruhe	36 h	2 zusammenh. Kalendertage*
Feiertagsruhe	24 h	24 h

\* Ausnahmen für einzelne Branchen

### • Arbeitsruhe

Diese wesentlichen Regelungen können Sie Folie 37 entnehmen.

### ACHTUNG

Ob und welche Ausnahmen betreffend Wochenend- und Feiertagsruhe für Ihre Branche bestehen und welche Ansprüche Ihrer Mitarbeiter dabei abzugelten sind, erfahren Sie in Ihrer Fachgruppe und Wirtschaftskammer.



Folie 37

- Es sind Überstundenaufzeichnungen zu führen, die auf Verlangen dem Arbeitsinspektor jederzeit vorgewiesen werden müssen.
- Die behandelten Arbeitszeitregelungen gehören zu den „aushangpflichtigen“ Gesetzen.

### • Beschäftigungsbeschränkungen und Verbote

- **Bei Beschäftigung von werdenden Müttern und Jugendlichen sind Beschränkungen und Verbote zu beachten!**

Diese Beschränkungen sind enthalten

- für werdende Mütter im Mutterschutzgesetz,
- für Jugendliche im Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz.

### • Beschäftigung von werdenden Müttern:

- **Bei Kenntnis der Schwangerschaft hat der Arbeitgeber eine schriftliche Meldung an das Arbeitsinspektorat zu machen! (Musterformulare bei der Wirtschaftskammer)**

**Eine Abschrift erhält die Arbeitnehmerin (und der Betriebsarzt).**

Der Arbeitgeber kann von der Arbeitnehmerin die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen.

Zweck der Meldung an das Arbeitsinspektorat ist die Vornahme von Kontrollen, ob die Schutzbestimmungen eingehalten werden! Das Unterlassen der Meldung wird bestraft!

- **Ab Verständigung über die Schwangerschaft sind Beschäftigungsbeschränkungen und Beschäftigungsverbote zu beachten!**

Zu den **Beschäftigungsbeschränkungen** gehören die Verbote von Arbeiten, die für Mutter und werdendes Kind schädlich sind, wie z. B. Heben von schweren Lasten (dauernd 5 kg, gelegentlich 10 kg), Arbeiten mit gesundheitsschädlichen Stoffen, Einwirkung von Hitze, Kälte, Nässe; Akkord- und Prämienarbeiten.

Zu den **Beschäftigungsverboten** gehören

- das Verbot von **Überstunden!**
  - Überschreiten einer **Tagesarbeitszeit von 9h bzw. Wochenarbeitszeit von 40h**
  - verschärftes **Nachtarbeitsverbot** (20 bis 6 Uhr),
  - keine Beschäftigung während der **Schutzfrist** (8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt).
- **Bei notwendiger Änderung der Beschäftigung im Betrieb besteht Anspruch auf Bezahlung des bisherigen Entgeltes!**
- **Während der Schutzfrist, aber auch während des Karenzurlaubes hat der Arbeitgeber keine Zahlungsverpflichtungen!**

Während der Schutzfrist wird von der Gebietskrankenkasse ein sog. Wochengeld bezahlt.

• **Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen:**

- **Wer gilt als Kind bzw. Jugendlicher?**

Nach dem Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz gelten als

- **Kinder:** Minderjährige, bis zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht, max. jedoch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres; —> **Beschäftigungsverbot!**
- **Jugendliche:** Minderjährige, die nicht mehr als Kinder gelten, bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs.

- **Für Jugendliche gilt ein grundsätzliches Überstundenverbot!**

Jugendliche über 16 Jahren dürfen für Vor- und Abschlussarbeiten gegen Bezahlung

- eine 1/2 Stunde/Tag
- max. 3 Stunden/Woche

beschäftigt werden. Die tägliche Gesamtarbeitszeit darf aber nie mehr als 9,5 Stunden betragen!

- **Es besteht auch ein Verbot von Nachtarbeit und von Sonn- und Feiertagsarbeit!**

Hier gibt es einige Ausnahmen, die meist im Kollektivvertrag geregelt sind!

**- Weiters sind noch bestimmte Beschäftigungsbeschränkungen und Beschäftigungsverbote zu beachten!**

Zu diesen „verbotenen Arbeiten“ gehören u. a.:

- Akkordarbeiten vor vollendetem 16. Lebensjahr (Lehrlinge bis Ende der Lehrzeit);
- Arbeiten mit gesundheitsgefährdenden Stoffen, Strahlen, Schwingungen, Lärm;
- Arbeiten unter besonderer physischer Belastung (Hitze, Kälte, schwere Lasten usw.);
- Arbeiten an verschiedenen gefährlichen Maschinen.

Materialien



**Kontrollfragen:**

- Wie ist die Normalarbeitszeit geregelt?
- Wie viele Überstunden dürfen ohne behördliche Genehmigung geleistet werden?
- Muss ein Arbeitnehmer Überstunden leisten?
- Welche Überstunden-„Verbote“ kennen Sie?
- Ist die „Mittagspause“ vom Arbeitgeber zu bezahlen?
- Wann ist die Ruhepause bei Jugendlichen fällig?
- Kennen Sie den Unterschied zwischen Jugendlichen und Erwachsenen?
- Wann dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden?
- Wie lange muss die Wochenendruhe bei Jugendlichen und Erwachsenen sein?
- Wie sind die Beschäftigungsbeschränkungen betreffend werdende Mütter bzw. Jugendliche geregelt?
- Welche Meldepflichten bestehen für den Arbeitgeber ab Mitteilung der Schwangerschaft?
- Welche Beschäftigungsbeschränkungen, welche Beschäftigungsverbote betreffend werdende Mütter kennen Sie?
- Wer gilt arbeitsrechtlich als „Jugendlicher“?
- Welche Beschäftigungsbeschränkungen bzw. -verbote sind bei Jugendlichen zu beachten?
- Ist die Berufsschulzeit auf die Normalarbeitszeit anzurechnen?

## 3 Der Unternehmer im Geschäftsverkehr

In diesem Kapitel befassen wir uns mit weiteren Rechtsproblemen, die dem Unternehmer täglich im Geschäftsverkehr begegnen können.

Eine der wichtigsten Rechtsgrundlagen für die Rechtsfragen des Alltags ist das **Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch** (kurz: ABGB). Es ist mit zahlreichen Änderungen seit dem 1. 1. 1812 in Geltung.

Es regelt folgende Bereiche: Vorschriften über die Rechtsstellung von Personen, Ehe, Familie; Vormundschaft, Erbrecht; weiters sind enthalten: Vorschriften über Innehabung, Besitz, Eigentum sowie Grundlagen und Arten der Rechtsgeschäfte (z. B. Verträge wie Kauf, Miete, Pacht), Regeln über den Schadenersatz.

Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Gesetze, welche für den Vertragsbereich bzw. die Haftung des Unternehmers von Bedeutung sind, wie das Konsumentenschutzgesetz (KSchG), das Handelsgesetzbuch (HGB), das Strafgesetzbuch (StGB), die Konkursordnung (KO), die Ausgleichsordnung (AO) usw.

### 3.1 Grundlagen für den gültigen Vertragsabschluss

Auch Sie schließen im täglichen Leben laufend Verträge ab, ohne dass Sie sich dessen richtig bewusst werden. Oder denken Sie beim Kauf von Brot und Getränken daran, dass Sie einen Kaufvertrag abschließen und einerseits Gläubiger, andererseits Schuldner sind?

**Was sind Verträge überhaupt?**

**Verträge sind Vereinbarungen zwischen zwei oder mehreren Personen.**

Durch Vereinbarungen entstehen gegenseitige Rechte und Pflichten.

Die Personen, die derartige Vereinbarungen treffen, nennt man **Vertragspartner (Vertragsparteien)**.

**Die Grundvoraussetzungen eines gültigen Vertragsabschlusses sind:**

- Rechts- und Handlungsfähigkeit (siehe unten) der Vertragspartner;
  - Übereinstimmung der Willenserklärungen (ohne Zwang und List);
  - Möglichkeit und Erlaubtheit des Vertragsinhaltes (beachte u. a. die Nichtigkeit bei Verstößen gegen den Konsumentenschutz!);
  - Einhaltung allfälliger Formvorschriften (z. B. müssen Bürgschaftserklärungen schriftlich sein).
- Sind die Grundvoraussetzungen erfüllt, sind in den meisten Fällen Verträge auch schon durch mündliche Vereinbarung gültig.

Passen Sie daher auf bei mündlichen Zusicherungen!

Beweisschwierigkeiten kann man meist nur durch einen schriftlichen Vertrag begegnen, auch wenn keine Schriftform zwingend vorgeschrieben ist!

- **Rechts- und Handlungsfähigkeit**

- **Rechtsfähigkeit** (Träger von Rechten und Pflichten) haben:
  - **Menschen** (natürliche Personen), von der Geburt bis zum Tod;
  - **juristische Personen** nach den für sie geltenden gesetzlichen Regelungen.

**Beispiele:**

Die GmbH ist vom Zeitpunkt der Eintragung bis zur Löschung im Firmenbuch rechtsfähig. Bei einem Verein beginnt die Rechtsfähigkeit mit der Gründungsversammlung und endet mit der Auflösung des Vereines.

- **Handlungsfähigkeit** ist die Fähigkeit, durch eigenes Handeln Rechte und Pflichten zu begründen (= **Geschäftsfähigkeit**) und für rechtswidriges Handeln verantwortlich gemacht werden zu können (= **Deliktsfähigkeit**).
- Die „Geschäftsfähigkeit“ ist somit eine wesentliche Voraussetzung, um eigenverantwortlich Verträge abschließen zu können.
- **Juristische Personen brauchen Menschen als Vertreter.**

Folie 38



**Können Kinder und Jugendliche Schulden machen?**

Kinder von 0 - 7 Jahren	Geringfügige Geschäfte, die üblicherweise von Minderjährigen in diesem Alter abgeschlossen werden (Zuckerl, Hefte, Eis). Sie müssen jedoch sofort bezahlen. (Wurstsemmel-§)
„Unmündige“ Minderjährige von 7 - 14 Jahren	Wie 0 - 7, nur kann diese Gruppe zusätzlich Schenkungen annehmen, wenn daran keine Bedingungen gebunden sind.
„Mündige“ Minderjährige von 14 - 18 Jahren	Diese Gruppe kann über ihr eigenes Einkommen, z. B. Lehrlingsentschädigung, Taschengeld, verfügen. Sie kann Arbeitsverträge, aber keine Ratengeschäfte oder Lehrverträge abschließen.

Juristische Personen benötigen stets Menschen für die Abgabe entsprechender Willenserklärungen. Art und Anzahl dieser „Geschäftsführer“ (Mitglieder der Vertretungsorgane) sind durch die jeweiligen Gesetze geregelt.

- **Haben Menschen immer die volle Geschäftsfähigkeit?**

**Menschen** erreichen die **volle Geschäftsfähigkeit** mit Vollendung des 18. Lebensjahres.

- **Kinder und Minderjährige sind nur eingeschränkt geschäftsfähig!**

Außer bei den in Folie 38 angeführten Fällen ist immer die Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters (z. B. Elternteil oder Vormund) notwendig, damit der Vertrag gültig ist.

**Beispiel:**

Der Kauf eines Mofas bewirkt laufende Kosten (z. B. Versicherung, Wartung usw.). Daher ist die Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters (Vater oder Mutter) notwendig.

**ACHTUNG**

Die Beurteilung, ob die Geschäftsfähigkeit im Einzelfall gegeben ist, ist oft recht schwierig.

Wollen Sie auf Nummer Sicher gehen, sollten Sie größere Geschäfte mit Jugendlichen unter 18 Jahren nur bei Vorliegen der Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters abschließen.

**Besitz – Eigentum**

- **Als Besitzer haben Sie eine Sache zu Ihrer Verfügung und auch den Willen, diese zu benutzen (z. B. Miete einer Wohnung, eines Auto usw.).**
- **Als Eigentümer haben Sie die uneingeschränkte Verfügungsmacht („Herrschaftsgewalt“) über eine Sache.**

Sie dürfen sie daher verschenken, verkaufen, verborgen, zerstören ... außer es liegen gesetzliche Beschränkungen vor (z. B. Denkmalschutz, Naturschutz usw.).

**• Eigentumserwerb**

Nur der Eigentümer kann das Eigentum an einer Sache übertragen! Es gibt aber Ausnahmen von diesem Grundsatz.

Diese Ausnahmen sind im Geschäftsleben von besonderer Bedeutung.

Erwerben Sie nämlich im guten Glauben eine Sache gegen Entgelt

- bei einer öffentlichen Versteigerung oder
- bei einem zu diesem Verkauf befugten Unternehmer („Gewerbsmann“) oder
- von einer Person, der die Sache vom Eigentümer anvertraut wurde (z. B. Treuhänder)

dann werden Sie ebenfalls Eigentümer.

Achtung bei „Gelegenheitskäufen“, insbesondere von Privatpersonen.

- **Grundlage des Eigentumserwerbs vom bisherigen Eigentümer ist immer ein gültiges Rechtsgeschäft (= Rechtstitel)!**

Ein derartiger „Rechtstitel“ ist z. B. der Kauf, Tausch oder die Schenkung einer Sache.

- **Bei beweglichen Sachen geht das Eigentum bei Vorliegen eines gültigen Rechtstitels mit der Übergabe der Sache über!**

## • Eigentumsvorbehalt

Ist es nicht erwünscht, dass mit der Übergabe der Ware der Eigentumserwerb erfolgt, muss ein „Eigentumsvorbehalt“ vereinbart werden!

Mit der Klausel „Eigentum vorbehalten bis zur vollständigen Bezahlung“ oder „Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum des Verkäufers“ wird verhindert, dass das Eigentum schon mit der Übergabe auf den Käufer übergeht.

### WICHTIG

#### Materialien



- Der Eigentumsvorbehalt muss schon bei Vertragsabschluss vereinbart worden sein. Ein bloßer nachträglicher Vermerk auf Faktura oder Lieferschein ist unwirksam!
- Wird von einem Unternehmer eine unter Eigentumsvorbehalt seines Lieferanten stehende Ware (verarbeitet oder unverarbeitet) verkauft, erlischt mit dem Weiterverkauf der Eigentumsvorbehalt!
- Durch den Erwerb einer Sache von einem befugten Unternehmer geht das Eigentumsrecht auf den Käufer über (siehe oben!).
- **Bei Liegenschaften geht das Eigentum – ein gültiger Rechtstitel vorausgesetzt – erst mit Eintragung ins Grundbuch über.**

Die Übergabe ist hier nicht ausreichend. Die Eintragung im Grundbuch erfolgt nur bei Nachweis des gültigen Rechtstitels und Zustimmung (= „Aufsandungserklärung“) des bisherigen Eigentümers.

## • Begriffe des Konsumentenschutzgesetzes:

Unternehmer	Verbraucher
alle Personen, <b>für die der Vertragsabschluss zum Betrieb ihres Unternehmens gehört.</b> (Gewerbetreibende, Anwälte, Ärzte, Landwirte, Vereine, Bund, Länder, Gemeinden, Energieversorgungsunternehmen, Verkehrsunternehmen, Spitäler, Banken, Versicherungen usw.)	(„Konsumenten“) alle Personen, <b>die für ihren Privatbedarf Verträge abschließen.</b>

Sie haben es richtig erkannt: Auch ein Unternehmer ist Verbraucher, wenn er für seinen Privatbedarf Verträge abschließt.



## WICHTIG

- Kauft ein Unternehmer z. B. wegen eines günstigeren Kaufpreises Waren für seinen Privatbedarf auf „Geschäftsrechnung“, so kann er sich nicht auf den Konsumentenschutz berufen. Gleiches gilt für Privatpersonen, die auf Rechnung eines befreundeten Unternehmers einkaufen!
- **„Jungunternehmer“** (= künftige Unternehmer) werden bei Abschluss von Verträgen zur Schaffung des Unternehmens und seiner Betriebsmittel als Verbraucher behandelt! Diese Begünstigung gilt bis zur Aufnahme ihrer selbständigen Tätigkeit (z. B. Geschäftseröffnung). Dies betrifft nur natürliche Personen, da Gesellschaften immer als Unternehmer gelten.

- **Das Konsumentenschutzgesetz sieht eine Reihe von Beschränkungen beim Vertragsabschluss vor.**

Das Konsumentenschutzgesetz gilt für alle Verträge, die ein Verbraucher mit einem Unternehmer abschließt.

## WICHTIG

Die Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes sind von den Unternehmern genau zu beachten! Unzulässige Vereinbarungen nach dem Gesetz sind nämlich ungültig und können unter Umständen den gesamten Vertrag nichtig machen. Dies kann mit erheblichen finanziellen Verlusten für den Unternehmer verbunden sein!

Auf die Schutzbestimmungen, wie Verbot der Einschränkung von Gewährleistungsansprüchen, Verpflichtung auf den Hinweis von Rücktrittsrechten usw., wird bei den einzelnen Punkten hingewiesen.

- **Angebot, Anbot, Offert, Annahme, Auftrag usw.**

Bedauerlicherweise weicht die „Juristensprache“, wie so oft, vom allgemeinen Sprachgebrauch ab.

- **Anbot** oder auch **Offert**: An eine bestimmte Person gerichtetes Anbieten zum Vertragsabschluss, welches bereits die wesentlichen Vertragsbedingungen enthält, sodass der Empfänger mit einfachem „Ja“ annehmen könnte. Bei (öffentlichen) Ausschreibungen wird statt dem Wort „Anbot“ der Begriff „Angebot“ verwendet.

**Beispiele:**

- AUFTRAG als Annahme eines Offertes:

„Franz Fröhlich  
Kaufhaus Mayer & Co

An Fa.  
B + D Elektroinstallationen GmbH

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf Ihr verbindliches Offert vom ... erteile ich Ihnen den Auftrag zur Durchführung der in diesem Offert beschriebenen Arbeiten ...“

- BESTELLUNG als Offert:

„Nina Müller  
Fußpflegesalon

An Fa.  
Fischer & Lachner OHG  
Großhandel mit Fußpflegeartikeln

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bestelle hiemit nach Ihrer Preisliste 1/1993 folgende Artikel:  
X Stück ‚Fußblabla‘ Art. Nr. ZZZ à € 2,50 ...“

**Ein Vertrag kommt somit durch Stellung eines Offertes an eine bestimmte Person und Annahme des Offertes zustande, wenn die Grundvoraussetzungen für einen gültigen Vertragsabschluss vorliegen.**

**Weicht die Annahmeerklärung vom Offert ab, so kommt vorerst kein Vertrag zustande!**

Die abweichende Erklärung ist nämlich ein sog. „Gegenoffert“ (= neues Offert), das selbst wieder einer Annahme bedarf.

**Beispiel:**

- Auftragsbestätigung als Gegenoffert:

„Fischer & Lachner OHG  
Großhandel mit Fußpflegeartikel

An Frau  
Nina Müller  
Fußpflegesalon

Sehr geehrte Frau Müller!

Wir freuen uns über Ihre Bestellung, die wir umgehend ausführen werden. Bei dieser Gelegenheit bedauern wir mitteilen zu müssen, dass der Artikel ‚Fußblabla‘ infolge entscheidender Verbesserungen seit 1. d. Monats nunmehr € 4,50 kostet und wir Ihnen daher den höheren Betrag in Rechnung stellen müssen ...“

Hier liegt eine Auftragsbestätigung vor, die eigentlich ein typisches Gegenoffert ist. Der Lieferant hofft offenbar, dass es durch unbeanstandete Annahme der Warenlieferung auch zur Annahme seines Offertes kommt!

**WICHTIG**

- Stillschweigen zu einem Offert (Gegenoffert) gilt an sich nie als Zustimmung. Bei Kaufleuten im Sinne des Handelsgesetzbuches besteht aber häufig die Verpflichtung, sich bei Abweichungen zu äußern, da ansonsten Zustimmung angenommen werden kann (z. B. bei ständiger Geschäftsbeziehung).
- Schlüssiges Verhalten kann immer dann als Zustimmung zu einem Gegenoffert angesehen werden, wenn der Kunde die Leistung oder Lieferung trotz Kenntnis der abweichenden Bedingungen annimmt.
- Die Versendung von Preislisten oder die Ausstellung von Waren in Auslagen oder Regalen stellen keine Offerte dar, weil sie nicht an eine bestimmte Person gerichtet sind. Sie sind Aufforderungen zur Stellung eines Offertes durch Interessenten.

Eine unrichtige Preisauszeichnung kann aber nach dem Preisauszeichnungsgesetz mit einer Verwaltungsstrafe belegt werden.

Bei planmäßigem Einsatz einer Preisirreführung liegt unlauterer Wettbewerb vor, der die Konkurrenten zur Klage auf Unterlassung berechtigt.

Die Bindungsdauer für den Offertsteller ist je nach der Art der Abgabe des Offertes unterschiedlich, wie folgende Aufstellung zeigt:

BINDUNG AN DAS OFFERT	
Art der Abgabe	Bindungsfrist
<ul style="list-style-type: none"> <li>• mündliches Offert (auch telefonisch)</li> <li>• schriftliches Offert (auch per Telefax)</li> </ul>	<p>sofortige Annahme notwendig; Bindung nur, wenn Überlegungsfrist eingeräumt wurde</p> <p>Postweg hin und zurück und angemessene Überlegungsfrist für den Empfänger (oft ca. 8 - 10 Tage)</p>

### WICHTIG

- Um die **Bindungswirkung zu vermeiden** (ganz oder teilweise), müsste ein Vermerk wie „Anbot freibleibend“ oder „unverbindliches Anbot“ oder „Preise freibleibend“ oder „Preise gültig nur bei Bestellung bis zum ...“ usw. in das Offert aufgenommen werden.
- **Je weitreichender die Entscheidung** für den Interessenten ist (z. B. kostspielige Investitionen) oder bestimmte Entscheidungsvorgänge notwendig sind (z. B. Geschäftsabschluss ist bei einer AG von der Zustimmung des nur einmal im Monat tagenden Aufsichtsrats abhängig), **desto länger kann die „angemessene“ Überlegungsfrist ausfallen.**
- **Kostenvoranschlag**
- **Kostenvoranschläge sind ebenso wenig wie Preislisten, Kataloge oder ausgestellte Waren als Offert anzusehen!**  
Kostenvoranschläge sind nur die Bekanntgabe (Aufstellung) von Kosten, die für die Durchführung von Arbeiten durch einen Unternehmer (z. B. für Reparaturarbeiten) anfallen.
- **Der Kostenvoranschlag wird vom Auftraggeber (= Offerent) dem Auftrag als Vertragsinhalt zugrunde gelegt. Die verschiedenen Arten von Kostenvoranschlägen wirken sich wie folgt aus:**

KOSTENVORANSCHLAG	
Art	Wirkung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>verbindlicher Kostenvoranschlag</b> („mit Garantie“)</li> <li>• <b>unverbindlicher Kostenvoranschlag</b> („ohne Garantie“)</li> <li>• <b>Summarischer Überschlagn</b> („Über-den-Daumen-Schätzung“)</li> </ul>	<p>Auftragnehmer muss die Kosten einhalten</p> <p><i>geringfügige Überschreitungen</i> ohne Zustimmung des Auftraggebers (bis zu 15%) möglich;  <i>größere Überschreitungen</i> nur mit Zustimmung des Auftraggebers, der aber auch vom Vertrag zurücktreten kann (bei Bezahlung brauchbarer Teilleistungen)</p> <p>Verrechnung der (meist höheren) tatsächlichen Kosten möglich</p>

### WICHTIG

- Bei **Verbrauchern** gelten Kostenvoranschläge immer als
- **verbindlich** (Ausnahme: Gegenteil wurde ausdrücklich vereinbart) und
  - **unentgeltlich** (Ausnahme: Es wurde beweisbar auf die Zahlungspflicht für die Aufwendungen zur Erstellung des Kostenvoranschlags hingewiesen).
- Bei **Unternehmern** gelten Kostenvoranschläge im Zweifel als **unverbindlich**. Ein Unternehmer kann nicht von vornherein von einer Unentgeltlichkeit des Kostenvoranschlags ausgehen.
  - Auch beim summarischen Überschlagn besteht **Warnpflicht des Auftragnehmers**, wenn der Zeitwert des Reparaturgegenstandes durch die Reparaturkosten überschritten würde.
  - Wodurch können sich auch bei verbindlichen Kostenvoranschlägen Differenzen zwischen Endabrechnung und Kostenvoranschlag ergeben?
- Differenzen können sich ergeben durch:
- bloße **Rechenfehler** (auf die sich der Kunde meist nicht berufen kann);
  - **Preisgleitklauseln**, auch „**Kostenschwankungsklauseln**“, (bestimmte Kosten dürfen infolge kollektivvertraglicher Lohnerhöhungen oder gestiegener Materialpreise erhöht werden);
  - Annahme von „Zirka“-Maßen oder „Zirka“-Arbeitsstunden und Berechnung nach tatsächlich erbrachter Leistung.
- **Einigung über Leistung und Gegenleistung**
  - Bei der Einigung über Leistung und Gegenleistung versuchen die Vertragspartner, ihre Ansprüche so gut wie möglich abzusichern!

Im Wesentlichen hat bereits der Gesetzgeber Regeln aufgestellt, die vor Benachteiligung schützen sollen.

Es gilt dabei aber der Grundsatz der **Vertragsfreiheit**, d. h., nur dann, wenn die Vertragspartner keine besonderen Abmachungen getroffen haben, gelten die gesetzlichen Regelungen.

### WICHTIG

- Bei einem Unternehmer setzt man voraus, dass er sich der rechtlichen Folgen von Vereinbarungen bewusst ist; dies gilt auch für das „Kleingedruckte“.
- Auch Verbraucher sind nicht in jedem Fall vor unüberlegten Schritten geschützt! Das Konsumentenschutzgesetz schützt nur vor Vertragsklauseln, die die Unerfahrenheit von Privatpersonen ausnützen.
- Mündliche Nebenabreden gelten, außer es wird ausdrücklich die Schriftform vereinbart. Verbrauchern gegenüber kann man die Gültigkeit mündlicher Zusagen nicht ausschließen (aber: Beweisproblem!).

### ACHTUNG

Beherzigen Sie folgende Checkliste, bevor Sie schwungvoll Ihre Unterschrift abgeben oder (gar vor Zeugen) einen Vertrag mündlich abschließen.

Folie 39



## Checkliste für Vertragsabschlüsse



- Was wurde vorgelegt?
  - Ein Kaufanbot (Bestellung), das ich als Käufer an den künftigen Vertragspartner richte?
  - Ein Anbot (Offert) meines künftigen Vertragspartners?
  - Ein Vertragsentwurf, der durch beiderseitige Unterschrift zum gültigen Vertrag wird?
- Habe ich die einzelnen Vertragspunkte genau gelesen und entsprechen diese meinen Vorstellungen?
- Wird auf irgendwelche allgemeinen Vertragsbestimmungen hingewiesen, die ich nicht kenne?
- Wird auf mich besonderer Zeitdruck ausgeübt, damit ich die Unterlagen nicht genau prüfen kann?
- Halte ich die mündliche Zusicherung „unter vier Augen“, dass besonders harte Vertragspunkte ohnehin nicht angewendet oder von mir gewünschte Zusätze auch so berücksichtigt werden, wirklich für ausreichend?
- Habe ich wirklich alles verstanden, was mir im Juristendeutsch vorgelegt wurde, oder wäre es doch besser, einen Fachmann meines Vertrauens zum „Ausdeutschen“ beizuziehen?

## • Allgemeine Geschäftsbedingungen

### - Die Abwicklung von Verträgen ist oft durch Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) – dem sog. „Kleingedruckten“ – festgelegt!

- Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind die von einem Unternehmer ständig verwendeten Vertragsbedingungen. Diese „vordruckten“ Vertragspunkte ersparen es, diese in jedem einzelnen Geschäftsfall neu vereinbaren zu müssen.
- Damit diese AGB wirksam werden, müssen sie dem Vertragspartner spätestens beim Vertragsabschluss bekanntgegeben werden.
- Ist der Vertragspartner ebenfalls Unternehmer, so genügt ein entsprechender Hinweis in Angeboten, Kostenvoranschlägen, Bestellscheinen u. dgl., damit die AGB wirksam werden (z. B. „zu umseitigen Lieferbedingungen“).
- Ist der Vertragspartner ein Verbraucher, sollte man sich von diesem durch Unterschrift bestätigen lassen, dass ihm die AGB tatsächlich zur Kenntnis gebracht wurden. Keinesfalls gelten aber solche Bedingungen, die gegen das Konsumentenschutzgesetz verstoßen.
- Online-Anbieter von Waren (Dienstleistungen) im Internet müssen AGB, die sie für ihre Online-Angebote zur Verfügung stellen, auch online zur Verfügung stellen.

## WICHTIG

- AGB, die zwischen Unternehmern vereinbart werden, enthalten häufig Beschränkungen der Gewährleistung, Regeln über Zahlungsverzug, Überschreitung von Lieferfristen, Schadenersatz u. dgl. Daher muss man AGB genau lesen.
- Von einem Unternehmer (seinem Vertreter) setzt man voraus, dass er sich der rechtlichen Folgen von Vereinbarungen bewusst ist. Dies gilt normalerweise auch beim „Kleingedruckten“. (Ausnahme: „überraschende“ oder „grob benachteiligende“ Bestimmungen.)

Anschließend finden Sie eine Aufzählung besonders häufiger Vereinbarungen.

### - Storno – Stornogebühr

Im Vertrag kann ein einseitiges Aufkündigen des Vertrages („Stornieren“) festgelegt werden. Dafür wird aber meist auch eine „Stornogebühr“ festgesetzt, die den Vertragspartner entschädigen soll.

Es gibt keine gesetzliche Regelung für eine Stornogebühr. Dem vertrags-treuen Partner bleibt es nämlich grundsätzlich überlassen, ob er einem einseitigen „Aussteigen“ zustimmt oder auf der Vertragserfüllung besteht!

Von den Gerichten werden daher Stornogebühren auch von 30% der Vertragssumme als unbedenklich angesehen.

#### - **Umtauschrecht**

Bei einwandfreier Ware gibt es kein gesetzliches Umtauschrecht. Es hängt daher vom Entgegenkommen des Verkäufers ab, ob er einem Umtausch zustimmt.

Das Umtauschrecht kann natürlich von vornherein vereinbart werden (z. B. „Umtausch nur in Originalverpackung und unter Vorlage der Rechnung“).

#### **ACHTUNG**

Der Verkäufer (= Unternehmer, Kaufmann) sollte sich vor Kundenwillkür schützen durch eine Befristung des Umtauschrechtes und eine Beschränkung auf die jeweils vorhandenen Warenvorräte.

#### - **Vertragsstrafe (Pönale, Konventionalstrafe)**

Zweck ist meist, den Vertragspartner zur termingerechten Erbringung seiner Leistung zu bewegen (z. B. bei Bauarbeiten). Der Auftraggeber kann aber auch weiterhin auf Erfüllung des Vertrages bestehen.

Die Vertragsstrafe kann auch als „pauschalierter Schadenersatz“ dienen:

- Bei Minderkaufleuten und Nichtkaufleuten gibt es ein richterliches Mäßigungsrecht, d. h., das Gericht kann die Konventionalstrafe herabsetzen.
- Bei Vollkaufleuten gibt es kein richterliches Mäßigungsrecht.  
Bei Voll- und Minderkaufleuten kann ein über die Vertragsstrafe hinausgehender Schadenersatz verlangt werden.

#### - **Hafrücklass**

Hier darf der Auftraggeber das dem Auftragnehmer zustehende Entgelt bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist zurückbehalten. Ist oft im Baugewerbe der Fall, muss aber vereinbart werden.

#### - **Bankgarantie (Garantievertrag)**

Anstelle eines Hafrücklasses wird manchmal eine Bankgarantie verlangt. Hier wird bei Vorlage des Garantieschreibens von der Bank die Garantiesumme ausgezahlt.

#### - **Garantieerklärungen**

Wie Sie im Kapitel „Leistungsstörungen“ sehen werden, sind Lieferungen



bzw. Leistungen vereinbarungsgemäß zu erbringen. Garantieerklärungen können die Verpflichtung zur kostenlosen Fehlerbehebung erweitern oder beschränken.

#### - **Liefer-/Leistungs-/Zahlungsfristen**

Ohne besondere Vereinbarung sind die gegenseitigen Verpflichtungen sofort zu erfüllen. Daher werden häufig abweichende Fristen vereinbart (z. B. gewöhnliches Termingeschäft: „Lieferung in 4 Wochen“).

Die Versäumung von Liefer-(Leistungs-)fristen, zum Teil unter Nachfristsetzung, berechtigt zur Klage auf Erfüllung und Schadenersatz. Unter bestimmten Bedingungen darf der vertragstreue Partner vom Vertrag zurücktreten.

#### • **Handelsbräuche**

**Handelsbräuche (Usancen) sind eine Form der Vertragsabwicklung, die sich in einer bestimmten Branche oder allgemein herausgebildet haben!**

- Nach dem HGB gelten diese Handelsbräuche zwischen Kaufleuten auch dann, wenn sie nicht ausdrücklich vereinbart wurden!
- Abweichungen von bestehenden Handelsbräuchen müssen ausdrücklich vereinbart werden!
- Da die meisten Unternehmer als Kaufleute im Sinne des HGB anzusehen sind, ist für sie die Kenntnis der bestehenden Handelsbräuche von besonderer Bedeutung.

#### **Beispiel:**

In der Modebranche muss davon ausgegangen werden, dass Saisonware bei rechtzeitiger Bestellung spätestens zu Saisonbeginn ausgeliefert sein muss.

- **Sowohl durch Handelsbräuche, aber auch AGB werden meist Regeln über Transportkosten und Risikoübergang getroffen!**

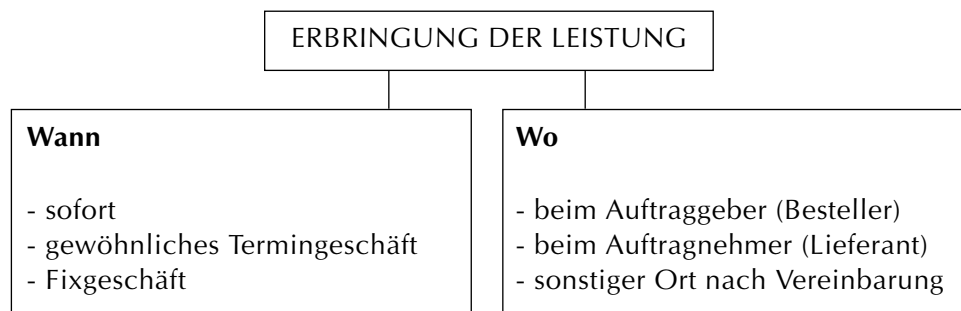
Der Risikoübergang erfolgt ohne Vereinbarung immer am Erfüllungsort!

#### **Beispiele:**

- |             |   |
|-------------|---|
| „Ab Werk“   | Vom angegebenen Ort (Produktionsstätte des Verkäufers) an trägt der Käufer sämtliche Kosten und Gefahren. |
| „Frei Haus“ | Der Verkäufer trägt sämtliche Kosten und Gefahren bis zur Geschäftsniederlassung des Käufers.             |

#### • **Die Erbringung der Leistung**

- **Sie ist die Grundlage für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung:**



### Häufige Vertragsarten und ihre Auswirkungen

Einige Vertragsarten werden im täglichen Leben immer wieder abgeschlossen. In diesem Abschnitt sollen Sie einen Überblick darüber erhalten.

#### • Kaufvertrag

Kommt die Einigung zwischen Verkäufer und Käufer über Ware (Art, Qualität, Menge) und Preis zustande, so gilt ein Kaufvertrag als abgeschlossen.

Der Käufer wird durch Übergabe der Ware Eigentümer, auch wenn er den Kaufpreis noch nicht bezahlt hat! (Ausnahme: Eigentumsvorbehalt)

#### • Werkvertrag

Ein Werkvertrag liegt vor, wenn

- ein Unternehmer (= Auftragnehmer) sich zur Herstellung eines Werkes (einer Leistung),

Folie 40



### Kaufvertrag: Rechte und Pflichten

	Anspruch	Pflichten
Käufer	<ul style="list-style-type: none"> <li>- auf Eigentumsübertragung</li> <li>- auf ordnungsgemäße Lieferung</li> <li>- auf Gewährleistung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bezahlung</li> <li>- Übernahme der ordnungsgemäß gelieferten Ware</li> </ul>
Verkäufer	<ul style="list-style-type: none"> <li>- auf fristgerechte Bezahlung</li> <li>- Zurückbehaltungsrecht</li> <li>- Recht auf Klage</li> <li>- auf Übernahme der Ware bei ordnungsgemäßer Lieferung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eigentumsübertragung</li> <li>- ordnungsgemäße Lieferung</li> <li>- Gewährleistung</li> </ul>

- gegen Bezahlung eines Entgeltes durch einen Besteller (= Auftraggeber) verpflichtet.

Wird das Material für die Herstellung vom Unternehmer beigestellt, liegt ein „Werklieferungsvertrag“ vor (hier gelten nach HGB die Regeln für Kaufverträge).

Als Grundlage für die Vereinbarung des Entgeltes dient häufig der vom Unternehmer erstellte Kostenvoranschlag.

### ACHTUNG

Den Unternehmer trifft grundsätzlich eine sog. Warnpflicht, wenn z. B. das vom Besteller beigebrachte Material oder Planunterlagen ungeeignet sind.  
Die Nichtbeachtung der Warnpflicht kann zu Gewährleistungs- oder auch Schadenersatzansprüchen führen!

## Werkvertrag: Rechte und Pflichten

	Anspruch	Pflichten
Unternehmer	<ul style="list-style-type: none"> <li>- auf Bezahlung des Werklohns</li> <li>- Zurückbehaltungsrecht bei Nichtzahlung (nach Übergabe nur noch Klage)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- ordnungs- und fristgerechte Ausführung</li> <li>- Gewährleistung</li> <li>- Übergabe bei fristgerechter Bezahlung</li> </ul>
Besteller	<ul style="list-style-type: none"> <li>- auf ordnungsgemäße und fristgerechte Ausführung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- fristgerechte Zahlung bei ordnungsgemäßer fristgerechter Ausführung</li> </ul>



Folie 41

### • Dienstvertrag

Beim Dienstvertrag verpflichtet sich der Dienstnehmer

- zur persönlichen Erbringung von Arbeitsleistungen
- nach Weisungen des Dienstgebers gegen Bezahlung.

Die Feinheiten des „Arbeitsrechtes“ haben Sie schon im Kapitel „Unternehmer und Mitarbeiter“ kennengelernt.



Materialien

### - Worin liegt der wesentliche Unterschied zum Werkvertrag?

Folie 42



Beim Werkvertrag wird die Leistung (Herstellung eines Werkes) von einem selbständigen Unternehmer erbracht. Dieser kann die Arbeiten auch durch andere Personen (Subunternehmer, Arbeitnehmer) durchführen lassen.

## Mietvertrag: Rechte und Pflichten

	Anspruch	Pflichten
Vermieter	<ul style="list-style-type: none"> <li>- auf fristgerechte Bezahlung des Mietzinses</li> <li>- gesetzliches Pfandrecht an den Sachen des Mieters</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überlassung eines brauchbaren Mietobjektes</li> <li>- Reduzierung des Zinses bei eingeschränkter Gebrauchsmöglichkeit</li> </ul>
Mieter	<ul style="list-style-type: none"> <li>- auf Überlassung eines brauchbaren Mietobjektes</li> <li>- Reduzierung des Zinses bei eingeschränkter Gebrauchsmöglichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- fristgerechte Zahlung des Mietzinses</li> <li>- schonender und vereinbarungsgemäßer Gebrauch des Mietobjektes</li> </ul>

### • Miet- und Leasingverträge

Ein Mietvertrag liegt vor, wenn Einigung besteht, dass eine unverbrauchbare Sache gegen Ent-

gelt – auf bestimmte oder unbestimmte Zeit – zur Verwendung überlassen wird.

Für Räumlichkeiten gelten die besonderen Regeln des Mietrechtsgesetzes.

Häufig wird „Miete“ mit „Leihe“ verwechselt. Leihe ist aber grundsätzlich unentgeltlich (z. B. ein Teppichshampooniergerät wird dem Käufer von Shampooermitteln gratis zur Verfügung gestellt). Beim „Leihwagen“ wird aber eine Gebühr verlangt, daher liegt eigentlich eine Miete vor.

**- Leasing ist ein Sammelbegriff für Verträge, die wesentliche Merkmale von Mietverträgen aufweisen!**

Es können folgende Formen vorkommen:

- reine Mietverträge, wie oben beschrieben;
- Kaufmiete (Finanzierungsleasing), d. h., bis zur Zahlung der letzten Leasinggebühr gelten die Bestimmungen des Mietvertrages, erst dann wird der Leasingnehmer Eigentümer;
- Miete mit Kaufoption, d. h., dem Mieter wird zugesichert, den Leasinggegenstand nach Ablauf des Vertrages gegen eine bestimmte Summe (= Restwert) erwerben zu können.

**ACHTUNG**

Meist wird auf den Leasingnehmer das Risiko für Verlust, Zerstörung, Reparatur der Sache überwält. Er muss diese Risiken meist mit Zusatzkosten für Versicherungen und Wartungsverträge abdecken.

**• Pachtvertrag**

Der entscheidende Unterschied zum Mietvertrag liegt darin, dass die zum Gebrauch überlassene Sache auch einen Nutzen (Ertrag) abwirft, den sich der Pächter behalten darf.

Einen Nutzen abwerfen können z. B.

- ein Unternehmen (neben dem Betriebsobjekt, der Einrichtung und dem Maschinenpark auch der Kundenstock, der „Name“ ...)
- ein Obstgarten.

Die vom Pächter zu zahlenden Beträge nennt man „Pachtschilling“.

Die Rechte und Pflichten der Vertragspartner entsprechen im Wesentlichen den Rechten und Pflichten von Mieter und Vermieter. Zum „schonenden Gebrauch“ des Pachtobjektes gehört im übrigen die Betriebspflicht.

**ACHTUNG**

Sind Sie Pachtinteressent, dann sollten Sie sich einen Vertragsentwurf geben lassen und mit einem Fachmann darüber beraten.

## • Bevollmächtigungsvertrag

Durch einen Bevollmächtigungsvertrag erhalten Sie das Recht

- im Namen und auf Rechnung des Vollmachtgebers
- Geschäfte durchzuführen.

Die Vollmacht kann schriftlich, mündlich oder stillschweigend erteilt werden.

### **Beispiel:**

Durch Einsetzen eines Arbeitnehmers in einem bestimmten Geschäftsbereich erteilen Sie stillschweigend die Vollmacht zur Vornahme der mit diesem Bereich verbundenen Tätigkeiten.

Zusagen, die Ihr Mitarbeiter in dieser Funktion macht, gelten daher. Bei Überschreitungen der Vollmacht müssen Sie die abgeschlossenen Geschäfte nicht akzeptieren.

### **Kontrollfragen:**

- Wodurch unterscheiden sich Besitz und Eigentum?
- Wie kann man verhindern, dass beim Kauf das Eigentum mit der Übergabe der Ware auf den Käufer übergeht?
- Wodurch erfolgt bei Liegenschaften der Eigentümerwechsel?
- Ab wann ist volle Geschäftsfähigkeit gegeben?
- Wer gilt als Konsument (Verbraucher)?
- Können Unternehmer auch „Verbraucher“ sein?
- Welche rechtlichen Folgen ergeben sich für „Kaufleute“?
- Wie kommt ein Vertrag zustande?
- Wodurch unterscheidet sich das Offert (Anbot) vom Kostenvoranschlag?
- Müssen Sie als Unternehmer einen Auftrag aufgrund Ihres Kostenvoranschlages annehmen?
- Müssen Kostenvoranschläge bezahlt werden?
- Wieweit besteht eine Bindung an die im Kostenvoranschlag genannten Preise/Leistungen?
- Welche Bedeutung haben „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ und worauf müssen Sie als Unternehmer dabei achten?
- Was bedeutet „Ab Werk“ bzw. „Frei Haus“?
- Fallen Ihnen die wesentlichen Rechte und Pflichten bei Kauf-, Werk-, Miet-(Leasing-), Dienstvertrag ein?

## 3.2 Absichern und Geltendmachen von Forderungen

- Absicherung von Forderungen

Beim Pfandrecht dient eine Sache der Sicherstellung einer Forderung.

ART DES PFANDES	BEGRÜNDUNG DES PFANDRECHTS
bewegliche Sache = Faustpfand (z. B. Schmuck, Warenlager)	Vereinbarung + Einräumung der Verfügung über die Sache (z. B. durch Übergabe)
unbewegliche Sache = Hypothek (Liegenschaft bzw. Liegenschafts- anteil)	grundbuchfähiger Vertrag + Eintragung im GRUNDBUCH

- Wie können Sie feststellen, ob eine Liegenschaft als Hypothek dient?

Durch Abfrage aus dem Grundbuch.

Folie 43



- Das Grundbuch wird beim Bezirksgericht geführt und enthält wichtige Informationen.

### Das Grundbuch

enthält für jedes Grundstück eine „Grundbuchseinlage“ bestehend aus:

Gutsbestandblatt A-Blatt	Kulturgattung (Baugrund, Wiese), Parzelle, Grundstück
Eigentumsblatt B-Blatt	Name des Eigentümers, allfällige Verfügungs- beschränkungen (z. B. Belastungs- und Veräußerungsverbot)
Lastenblatt C-Blatt	Belastungen des Grundstückes (z. B. Hypotheken, Wegerechte usw.)

Diese Einlage ist mit einer Einlagezahl versehen und einer Katastralgemeinde zugeordnet.

Eingetragen im Grundbuch sind diejenigen Liegenschaften, die sich im Wirkungsbereich (= Sprengel) des jeweiligen Bezirksgerichtes befinden.

Man kann auf die Richtigkeit des Grundbuches vertrauen, kann sich aber auch nicht darauf ausreden, eingetragene Tatsachen nicht zu kennen.

- Das Pfand kann nur aufgrund rechtskräftigen Urteiles (rechtskräftigen Zahlungsbefehles) zur Bezahlung der Forderung durch gerichtliche Versteigerung verwertet werden!

Der Schuldner hat bis zur Versteigerung, die mit „Edikt“ angekündigt wird, die Chance, durch Zahlung das Pfand „auszulösen“.

- Bürgschaft

- Die Bürgschaft ist die Verpflichtung, für bestimmte Schulden einer anderen Person zu haften!

Meist wird die Haftung als „Bürge und Zahler“ vereinbart. Der Gläubiger kann sofort nach Fälligkeit

den Bürgen für offene Forderungen heranziehen (ohne Mahnung des Schuldners).

Die Bürgschaftserklärung ist nur dann gültig, wenn sie schriftlich erfolgt.

Der Bürge hat das Recht, die von ihm geleisteten Zahlungen vom Schuldner zurückzufordern (= Regressrecht des Bürgen).

- **Zurückbehaltungsrecht**

- **Das Zurückbehaltungsrecht („Retentionsrecht“) ist das Recht des Gläubigers, eine Sache des Schuldners solange nicht herauszugeben, bis dieser bezahlt hat.**

Das Recht steht nur zu aufgrund unmittelbarer Forderungen wegen

- des Aufwandes auf eine Sache (z. B. Reparatur, Reinigung);
- des Schadens, den die Sache verursacht hat (z. B. LKW landet im Schlafzimmer).

Eine Verwertung der Sache steht dem Gläubiger nicht zu. Er kann das Zurückbehaltungsrecht nur als Druckmittel ausüben.

- Kaufleute sind wieder im Vorteil: Sie dürfen als Gläubiger auch wegen früherer offener Forderungen gegenüber anderen Kaufleuten das Zurückbehaltungsrecht ausüben!

- **Zession:**

- **Eine Zession liegt vor, wenn ein Gläubiger seine Forderung an jemanden anderen abtritt; dieser wird durch sein Einverständnis zum neuen Gläubiger.**

Der Schuldner muss nicht um Einverständnis zur Zession gefragt werden. Er muss nur verständigt werden.

Zur Verständigung des Schuldners genügt auch ein bloßer Vermerk auf der Rechnung, die ihm sein bisheriger Gläubiger übermittelte!

**Beispiele:**

Vermerk auf der Faktura, wie „Zahlung ausschließlich an XY, in Z-Stadt“ oder „Zahlung ausschließlich auf Konto xxxxxx, ABC-Bank in ...“.

**ACHTUNG**

Zahlen Sie irrtümlich an Ihren bisherigen Gläubiger und dieser leitet die Zahlung nicht an den neuen Gläubiger weiter, kann der „Neue“ von Ihnen nochmals Zahlung verlangen.

Ist der Schuldner der abgetretenen Forderung zahlungsunfähig, so lebt die Forderung zwischen dem „Abtreter“ der Forderung (= „Zedent“) und dem „Neugläubiger“ (= „Zessionar“) wieder auf.



## WICHTIG

Vor unangenehmen „Doppelzahlungen“ und dem Problem, das Geld vom ursprünglichen Gläubiger wieder zurückzubekommen, können Sie sich nur durch entsprechende Organisation Ihres betrieblichen Rechnungswesens schützen.

### • Wechsel:

- **Mit einem Wechsel verpflichtet der Aussteller sich selbst oder einen Dritten zur Zahlung einer bestimmten Summe zu einem bestimmten Zeitpunkt.**
- Auch der Wechsel als leicht übertragbare Urkunde kann zur Absicherung von Forderungen, aber auch als Sicherstellung für Ihre Kredite bei der Hausbank dienen!
- Sie können durch „Eskont“ eines Wechsels Ihres Kunden bei Ihrer Bank einen Kredit erlangen. Die Bank übernimmt allerdings nicht das Risiko für die Eintreibung des Wechsels!

## ACHTUNG

- Wenn Sie als Bezogener ein noch nicht ausgefülltes Wechselformular unterschreiben („Blankowechsel“), begeben Sie sich völlig in die Hand des Wechselinhabers. Dieser könnte einen beliebigen Betrag bzw. Fälligkeitstag einsetzen! Aufgrund der „Wechselstrenge“ müssten Sie bei einem Orderwechsel einem neuen Wechselinhaber den vertragswidrigen hohen Betrag zahlen!

### • Bankgarantie:

- **Bei der Bankgarantie erklärt eine Bank, schriftlich bei Vorlage des Garantieschreibens die darin genannte Summe ohne Prüfung der Hintergründe auszubezahlen!**

Die Erklärung zur „Garantie“ wird auf Wunsch eines Bankkunden ausgestellt, wenn er der Bank entsprechende Sicherheiten bietet. Die Bankgarantie wird deshalb häufig verwendet, weil sie billiger ist als die Kreditbereitstellung.

### • Geltendmachen von Forderungen

Im Folgenden erhalten Sie Hinweise, wie Sie sich in derartigen Fällen verhalten sollen.

- **Im Geschäftsleben ist eine dreimalige Mahnung zwar üblich, aber rechtlich nicht notwendig!**

Ist die Forderung fällig, könnte sofort bei Gericht geklagt werden. Bei nicht klaren Fälligkeitsterminen müsste allerdings vorher durch ein entsprechendes Schreiben eine Fälligkeitstellung erfolgen.



Im Interesse weiterer Geschäftsverbindungen werden Sie aber – wie Ihre Geschäftskollegen – das übliche „Mahnritual“ einhalten.

- **Wurden Sie selbst zu Unrecht geklagt, müssen Sie Ihren Standpunkt trotzdem bei Gericht vertreten!**

Für das Einbringen einer Klage genügt die Glaubhaftmachung des Anspruches. Legt daher der Kläger Lieferscheine, Rechnungen, Mahnschreiben usw. vor, so besteht für das Gericht keine Möglichkeit zur Abweisung der Klage. Es liegt am Beklagten, sich zur Wehr zu setzen (z. B. „Einspruch“ gegen Zahlungsbefehle oder „Klagsbeantwortung“)!

- **Eine Klage gegen Herrn oder Frau „Unbekannt“ ist nicht möglich. Auch eine bestimmte Anschrift des Schuldners ist anzugeben!**

#### **Beispiel:**

Verfügen Sie nur über eine Reparaturscheindurchschrift, auf der kein Name des betreffenden Kunden aufscheint, sind Ihre Chancen auf gerichtliche Durchsetzung Ihrer Forderungen (Abnahme des Reparaturgegenstandes und Bezahlung der Reparaturkosten) gleich Null.

- **Wo sind Klagen gegen hartnäckige Schuldner einzubringen?**
  - Bei Forderungen bis € 10.000,- ist das Bezirksgericht, wo der Schuldner seinen Wohn-(Geschäfts-)sitz hat, zuständig. Ab einem Betrag („Streitwert“) von € 4.000,- muss ein Anwalt mit der Angelegenheit beauftragt werden („Anwaltszwang“).
  - Bei Forderungen über € 10.000,- ist das entsprechende Landesgericht zuständig (Anwaltszwang!).
  - Ist der Schuldner Kaufmann, muss die Klage bei der für Handelsgerichtsangelegenheiten zuständigen Abteilung des jeweiligen Gerichtes beantragt werden (in Wien: Bezirksgericht für Handelssachen bis € 10.000,-, Handelsgericht über € 10.000,-).

#### **ACHTUNG**

- Terminversäumnisse bei Gericht können kostspielig werden (z. B. Verurteilung (= z. B. Versäumnisurteil), mindestens aber Bezahlung der Kosten).
- Geldforderungen bis zu € 10.000,- müssen in Form einer Mahnklage bei Gericht beantragt werden. Das Gericht erlässt bei entsprechendem Nachweis – ohne Anhörung des Schuldners – einen bedingten Zahlungsbefehl. Erhebt der Schuldner keinen Einspruch dagegen, muss er zahlen!
- **Erst dann, wenn ein rechtskräftiges Urteil oder ein rechtskräftiger Zahlungsbefehl vorliegt, können weitere Schritte gegen hartnäckige Schuldner in Form gerichtlicher Exekution vorgenommen werden!**

Klage, Exekution und die entsprechenden Eingaben bei Gericht sind Sache von Spezialisten. Überlassen Sie daher auch dort, wo noch kein Anwaltszwang besteht, derartige Angelegenheiten einem Anwalt. Ihre Wirtschaftskammer bzw. deren Spezialisten dürfen Sie nur in arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen, nicht aber in anderen Angelegenheiten vertreten („Vertretungsmonopol der Anwälte“)!

- **Die Verjährung bewirkt den Verlust des Rechtes bzw. der Möglichkeit, durch Klage durchzusetzen.**
- Forderungen des täglichen Lebens (z. B. Bezahlung von Lieferungen und Leistungen, Mietzinse, Pachtschillinge, Honorare von Ärzten, Anwälten usw., Zinsen) verjähren nach 3 Jahren ab Fälligkeit.
- Bei anderen Forderungen bestehen abweichende Verjährungsfristen, wie z. B. 30 Jahre bei Darlehensforderungen! Die Zinsforderungen verjähren allerdings schon nach 3 Jahren!
- Die Geltendmachung von Schadenersatz ist innerhalb von 30 Jahren möglich, allerdings muss längstens 3 Jahre nach Feststellung des Schadens und des Verursachers geklagt werden!
- **Wurde kein abweichender Fälligkeitstermin vereinbart, beginnt die Verjährungsfrist mit dem Zeitpunkt der Lieferung bzw. Leistungsabnahme zu laufen!**
- **Mahnungen unterbrechen die Verjährungsfrist nicht! Nur ausdrückliche und beweisbare Schuldanerkenntnisse oder die rechtzeitig eingebrachte Klage verhindern eine Verjährung.**
- **Das Eigentumsrecht verjährt grundsätzlich nicht, daher dürfen z. B. von Kunden nicht abgeholte Gegenstände nicht eigenmächtig verwertet oder beseitigt werden!**

Materialien



Bevor Sie zur unfreiwilligen Sammelstelle von Gegenständen abholungs-unwilliger Kunden werden: Verzicht auf das Eigentumsrecht bei Überschreitung der Abholfrist vereinbaren, wie etwa: „Der Auftraggeber verzichtet ausdrücklich auf die Geltendmachung des Eigentumsrechtes für den Fall, dass der Reparaturgegenstand nicht innerhalb von ... Monaten ab dem vereinbarten Abholungstermin abgeholt wird. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall berechtigt, den Reparaturgegenstand nach seinem Gutdünken zu vernichten oder zu verwerten ...“

### ACHTUNG

- Nach dem Konsumentenschutzgesetz dürfen Ansprüche von Verbrauchern nicht in unangemessener Frist verfallen.
- Je „wertvoller“ die Gegenstände der Kunden, desto länger die Verfallsfrist!

**Kontrollfragen:**

- Wodurch unterscheidet sich die Begründung des Pfandrechtes an beweglichen Sachen von der an unbeweglichen Sachen?
- Welche der folgenden Informationen ordnen Sie den Grundbuchsblättern A, B bzw. C zu: Eigentümer/Wegerecht/Baugrund/Belastungs- und Veräußerungsverbot/Hypothek/Haus mit Garten?
- Welche Formvorschrift besteht bei Bürgschaft?
- Darf das Zurückbehaltungsrecht auch wegen älterer Forderungen ausgeübt werden?
- Was passiert, wenn Sie eine zederte Forderung irrtümlich an den „Altgläubiger“ bezahlen?
- Welcher Gefahr setzen Sie sich beim „Blankowechsel“ aus?
- Was sind die Voraussetzungen, um eine Forderung einzuklagen?
- Warum verhindert auch eine dreimalige Mahnung nicht die Verjährung?
- Wie können Sie sich vor einem Berg nicht abgeholter Gegenstände bewahren?



### 3.3 „Leistungsstörungen“: Gewährleistung, Garantie, Verzug, Schadenersatz, Produkthaftung

Kennen Sie das auch?

- ungerechtfertigte Reklamationen von Kunden;
- unzutreffende Ansprüche von Lieferanten;
- berechnete Ansprüche, die „patzig“ abgeschmettert werden.

Wir werden daher unter Leistungsstörungen folgende Fragen behandeln:

- Verhalten bei mangelhaften Lieferungen bzw. Leistungen, insbesondere Gewährleistung und Garantie;
- Ansprüche bei Annahmeverzug, Liefer- und Leistungsverzug, insbesondere auch Rücktritt vom Vertrag;
- Haftungsfragen, insbesondere Schadenersatz und Produkthaftung.

Beachten Sie den engen Zusammenhang mit betriebswirtschaftlichen Fragen, wie z. B. der Wareneingangskontrolle, der Evidenzhaltung von Lieferanten.

- **Richtiges Verhalten bei der Warenübernahme (Leistungsabnahme) ist die Grundlage Ihrer Ansprüche gegenüber Lieferanten!**

#### WICHTIG

- Ein Kaufmann ist verpflichtet, sobald es der Geschäftsbetrieb zulässt, Warenlieferungen zu überprüfen und allfällige offene Mängel sofort zu rügen (= dem Lieferanten mitzuteilen). Erhebt er die Mängelrüge nicht unverzüglich, so verliert er seine Ansprüche gegenüber dem Lieferanten!
- Diese Überprüfungspflicht besteht auch dann, wenn man den Lieferschein mit dem Zusatz „unter Vorbehalt übernommen“ unterschrieben hat.
- Der Umfang der Überprüfung ist von Branche zu Branche unterschiedlich. Zumindest müsste jedoch die Übereinstimmung zwischen Bestellung und Lieferung überprüft werden.
- Geheime Mängel müssen nur dann sofort bei ihrer Entdeckung gerügt werden, wenn beide Vertragspartner Kaufleute sind („zweiseitige Handelsgeschäfte“).
- Achten Sie auf abweichende „Spielregeln“ in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

#### Beispiel:

„Reklamationen betreffend Art und Umfang der Lieferung werden von uns nur dann anerkannt, wenn sie innerhalb von drei Tagen ab erfolgter Lieferung schriftlich mittels Einschreibbrief (Aufgabedatum), Telex oder Telefax bei unserer Hauptniederlassung in ... unter genauer Angabe der Gründe geltend gemacht werden ...“

In einem derartigen Fall wäre die mündliche Mitteilung der Reklamation an den zufällig vorbeikommenden Vertreter des Lieferanten rechtlich völlig **wirkungslos**, wenn sich dieser nicht persönlich für Sie einsetzen kann!

- **Der Kunde ist König, aber damit muss er nicht immer im Recht sein!**  
**Verkaufen Sie „Kulanzlösungen“ so wirksam als nur möglich!**

**Folie 44**



Überlegen Sie, ob im konkreten Fall der Kunde ein Rücktrittsrecht oder Gewährleistungsrechte bzw. Garantieansprüche oder Haftungsansprüche haben könnte.

## Rücktrittsrecht

WER	WANN
Käufer (Auftraggeber)	bei Unbehebbarkeit wesentlicher Mängel; bei Werkverträgen auch bei behebbaren wesentlichen Mängeln  Nichteinhaltung von Liefer- (Fertigstellungs-)termin, wenn trotz angemessener Nachfrist mit Rücktrittsandrohung nicht geliefert (geleistet) wird bzw. Fixtermin überschritten wird
Verbraucher (Privatperson)	- „Haustürgeschäfte“ - Verstöße gegen Regelungen der Gewerbeordnung betr. Privat- kundenbesuch - „Fernabsatzgeschäfte“ (betrifft die meisten über Internet, Tele- shopping, Kataloge usw., d.h. über Telekommunikationsmittel abgewickelten Verträge)

Bei berechtigten Ansprüchen darf der Kunde nicht mit Gutschriften „abgespeist“ werden.

### • Rücktrittsrecht

- **Ist ein Vertrag gültig zustande gekommen, so ist ein einseitiges „Aussteigen“ (= Rücktritt) grundsätzlich nicht möglich!**

Der Rücktritt vom Vertrag bedeutet die Auflösung des Vertrages (Aufhebung der beiderseitigen Verpflichtungen) unter Zurückstellung schon erbrachter Leistungen.

- **Ein Rücktrittsrecht besteht nur dann, wenn es ausdrücklich vereinbart oder durch Gesetz eingeräumt wird!**

Der nebenstehenden Übersicht können Sie die wesentlichen Fälle, für die der Gesetzgeber ein Rücktrittsrecht vorgesehen hat, entnehmen.

## WICHTIG

- Bei ungerechtfertigtem, einseitigem Vertragsrücktritt treten Verzugsfolgen ein.
- Bei gerechtfertigtem Rücktritt besteht Anspruch auf Rückerstattung von bereits erbrachten Leistungen (z. B. des Kaufpreises).
- Wird aus Entgegenkommen (Kulanz) einem Storno zugestimmt, dann wären auch Gutschriften (Gutscheine) zulässig. Diese dürfen bei Verbrauchern nicht in unangemessener Frist verfallen!

### Beispiel:

Das Modehaus „Chic“ nimmt aus Kulanzgründen eine Bluse (Preis: € 95,-) zurück. Die Gutschrift enthält den Vermerk „Einzulösen innerhalb von 6 Monaten bei sonstigem Verfall“. Diese Frist ist unangemessen kurz.

- **Verzug**

- **Zahlungsverzug tritt ein, wenn eine Geldforderung zum Fälligkeitstermin nicht rechtzeitig beglichen wird.**

Wurde der Zahlungstermin nicht ausdrücklich festgelegt, so ist die Bezahlung sofort bei Übergabe der einwandfreien Ware bzw. Leistung fällig!

- **Der Zeitpunkt der rechtzeitigen Zahlung richtet sich danach, welche Zahlungsart gewählt wird.**

ZAHLUNGSART	WIRKSAMER ZEITPUNKT
Barzahlung	Übergabe an Gläubiger bzw. seinen Vertreter;
Überweisung	Einzahlung des Betrages (z. B. bei Post oder Bank).

- Das Risiko für das Einlangen der Zahlung liegt grundsätzlich beim Einzahler.
- Gehälter und Löhne müssen rechtzeitig angewiesen werden, sodass sie zum Zeitpunkt der Gehaltszahlungstermine auf dem Konto des Arbeitnehmers verfügbar sind!
- **Welche Möglichkeiten habe ich, wenn der Kunde nicht bezahlt?**

Ist der Kunde verpflichtet, die Ware bei Übernahme zu bezahlen, kann die Ware zurückbehalten werden (vgl. auch das Zurückbehaltungsrecht gegenüber Kaufleuten wegen älterer Forderungen).

Wurde die Ware bereits ausgeliefert, dann bestehen nur noch folgende Ansprüche:

- Vorschreibung von Verzugszinsen; diese betragen mangels Vereinbarung 4% gegenüber Verbrauchern, 5% gegenüber Unternehmern, die Kaufleute sind. Höhere Zinsen können als Schadenersatz gültig sein, wenn nachgewiesen werden kann, dass wegen der schlechten Zahlungsmoral der Kunden Bankkredite aufgenommen werden müssen.
- Klage bei Gericht (siehe 3.2!).

### ACHTUNG

- Es können ohne vertragliche Vereinbarung nur die Kosten eines normalen Mahnschreibens verrechnet werden, nicht aber die wesentlich höheren Kosten eines Inkassobüros. Daher enthalten AGB häufig eine Verpflichtung zur Bezahlung von Inkasso- und Anwaltskosten!

## - Welche Ansprüche habe ich bei Annahme- bzw. Lieferverzug?

- *Annahmeverzug* liegt vor, wenn der Kunde eine ordnungsgemäße und fristgerechte Lieferung (Leistung) nicht annimmt. Ansprüche sind: Aufforderung zur Annahme, Ersatz des verursachten Schadens (z. B. Transportkosten); Hinterlegung der Ware, z. B. bei einem Spediteur oder bei Gericht.
- *Lieferverzug* liegt vor, wenn nicht termingerecht am vereinbarten Ort die ordnungsgemäße Lieferung erfolgt. Ansprüche sind: Bestehen auf Lieferung und Schadenersatz wegen Verspätung oder – nach angemessener Nachfrist und Rücktrittsandrohung – Vertragsrücktritt und Schadenersatz!

## ACHTUNG

Wurde kein Fixtermin vereinbart, muss eine angemessene Nachfrist mit gleichzeitiger Rücktrittsandrohung gesetzt werden.

Die bezüglich Lieferungen dargestellten Ansprüche bestehen genauso hinsichtlich Leistungen!

## • Gewährleistung, Garantie

### - Gewährleistung und Garantie – wo liegt der Unterschied?

Im täglichen Leben werden die Begriffe Gewährleistung – Garantie häufig verwechselt. Rechtlich gesehen gibt es aber wesentliche Unterschiede zwischen diesen Begriffen.

Vorauszusetzen ist die berechtigte Erwartung des Käufers (des Auftraggebers), dass die Ware (Leistung) die üblichen oder versprochenen Eigenschaften aufweist. Ist dies nicht der Fall, so liegt ein Mangel (= Fehler) vor.

Folie 45



## Gewährleistungsansprüche

bis 31.12.2001

ab 1.1.2002

ART DES MANGELS	ANSPRUCH	ART DES MANGELS	ANSPRUCH
<b>unbehebbar und wesentlich</b> (Sache ist nicht benutzbar, Fehler kann nicht behoben werden)	Rücktritt vom Vertrag Wandlung	<b>Wegfall der Unterscheidungen nach Art des Mangels</b>  <b>Ausnahme:</b> „geringfügiger Mangel“ (entspricht unwesentlichem, auch unbehebbaarem Mangel);	<b>Anspruch in 2 Stufen:</b>  <b>1. Verbesserung</b> Reparatur oder Austausch  <b>2. Preisminderung oder Vertragsrücktritt (Wandlung)</b> nur dann, wenn Verbesserung - unmöglich *) ist oder - der Verkäufer Verbesserung verweigert bzw. damit in Verzug ist oder - für den Erwerber mit erheblichen Unannehmlichkeiten verbunden ist (z.B. unzumutbare Lärmbelästigung) oder - dem Erwerber aus wichtigen, in der Person des Verkäufers gelegenen Gründen unzumutbar ist (z.B. mangelnde Gewerbebefugnis).  *) bei geringfügigem Mangel kein Rücktritt vom Vertrag sondern nur Preisminderung möglich !!
<b>unbehebbar und unwesentlich</b> (Sache ist benutzbar, der „Schönheitsfehler“ ist nicht behebbbar)	angemessener Preisnachlass		
<b>behebbar und wesentlich</b> (Sache ist unbenutzbar, der Fehler kann behoben werden)	angemessener Preisnachlass oder kostenlose Reparatur („Verbesserung“) Achtung: bei Werkverträgen (Werklieferungs-Verträgen) auch Rücktritt vom Vertrag!		
<b>behebbar und unwesentlich</b> (Sache ist benutzbar, der „Schönheitsfehler“ ist behebbbar)	angemessener Preisnachlass oder kostenlose Reparatur („Verbesserung“)		

- Gewährleistung ist die gesetzliche Verpflichtung des Verkäufers (des Auftragnehmers), für Fehler einzustehen, die die Ware (die Leistung) zum Zeitpunkt der Übergabe (der Leistungsabnahme) hatte.



Mit 1.1.2002 wurde das österreichische Gewährleistungsrecht an die EG-Richtlinie angepasst.

Für ab dem 1.1.2002 geschlossene Verträge gelten für die Gewährleistung die im Folgenden beschriebenen Regeln. Die für bis zum 31.12.2001 geschlossenen Verträge geltenden Bestimmungen können Sie der Folie 45 entnehmen.

- Bei Vorliegen von Mängeln hat der Käufer (Leistungsbezieher) Anspruch auf Verbesserung (Reparatur) bzw. Austausch in eine gleichartige fehlerfreie Sache. Nur dann, wenn eine Verbesserung (ein Austausch) nicht zielführend oder dem Käufer unzumutbar ist, besteht Anspruch auf Wandlung (Rücktritt vom Vertrag). Bei geringfügigen unbeheblichen Mängeln besteht nur Anspruch auf Preisminderung.
- Die Ansprüche müssen während der Gewährleistungsfrist geltend gemacht werden (u. U. durch Klage bei Gericht).
- Die Gewährleistungsfrist beträgt bei **beweglichen Sachen/Zubehör** 2 Jahre. In den ersten 6 Monaten muss der Verkäufer beweisen, dass der Mangel bei der Übergabe nicht vorhanden war; danach muss der Käufer das Vorliegen des Mangels bei der Übergabe beweisen. Bei **unbeweglichen** Sachen (Gebäude und ihre Bestandteile) ist die Frist 3 Jahre.
- Mängel, die bei Vertragsabschluss offenkundig sind (z. B. auffälliger Lackfehler), sowie typische Verschleißerscheinungen unterliegen nicht der Gewährleistung.
- Zwischen Privaten und Privaten und zwischen Unternehmern und Unternehmern kann die Gewährleistung ausgeschlossen oder eingeschränkt werden („wie besichtigt, unter Ausschluss jeder Gewährleistung“).

**Ausnahme:** fabriksneue Gegenstände oder absichtlich verschwiegene Fehler.

- Unzulässig sind Einschränkungen durch Unternehmer gegenüber Verbrauchern.
- **Für viele Unternehmer eine unangenehme Folge: Bewegliche Sachen werden durch Einbau in Gebäuden zu unbeweglichen Sachen, daher hat der Auftraggeber 3 Jahre Gewährleistung!**

**Beispiel:**

Einbau von Türen oder Fenstern in einem Haus.

**WICHTIG**

Versuchen Sie dieser Rechtsfolge zu begegnen durch

- Verkürzung der Gewährleistungsfrist, meist entsprechend der ÖNORM B 2110 auf zwei Jahre (unwirksam bei Verbrauchern!).
- Vereinbarung einer Garantiezusage mit dem Lieferanten des Materials, die für die Dauer der Gewährleistungsfrist gelten sollte.



### **Rückgriffsrecht in der Absatzkette**

- Ein Unternehmer, der einem Verbraucher Gewähr geleistet hat, kann, auch wenn die eigene Gewährleistung bereits verfristet ist, noch seinen Vorlieferanten in der Absatzkette in Anspruch nehmen.
- Der Regressanspruch muss binnen 2 Monaten ab Erfüllung der eigenen Gewährleistung geltend gemacht werden; dies gilt innerhalb der gesamten Absatzkette gegenüber dem jeweiligen Vormann.
- Für jedes Glied in der Kette gilt eine absolute Verjährungsfrist der Regresspflicht von 5 Jahren ab Erbringung der eigenen Leistung.

### **Beispiel:**

Ein Baustoffhändler, welcher einem Verbraucher Fenster geliefert hat, muss nach 23 Monaten Fenster mit Produktionsfehlern austauschen. Obwohl er die schadhaften Fenster vor dem Verkauf schon 3 Monate auf Lager hatte, kann er innerhalb von 2 Monaten den Großhändler als seinen Vorlieferanten in Anspruch nehmen.

### **ACHTUNG**

- Bei Kulanzlösungen gibt es kein Regressrecht!
- **Gewährleistung auch bei gebrauchten Gegenständen?**

Bei gebrauchten Sachen gibt es keine Gewährleistung für Mängel, die durch Alter oder Abnutzung bedingt sind.

Durch „Hochjubeln“ von gebrauchten Sachen (z. B. „1a-Zustand“, „generalüberholt“ usw.) vergrößert sich der Umfang der Gewährleistung entsprechend den Erwartungen, die man dadurch erzeugt hat.

### **ACHTUNG**

- Eine Verkürzung der Gewährleistungsfrist bei beweglichen gebrauchten Sachen von 2 Jahren auf 1 Jahr gegenüber Verbrauchern ist zulässig, muss aber individuell mit dem Verbraucher vereinbart werden (AGBs allein gelten nicht!). Bei Kraftfahrzeugen ist eine derartige Einschränkung erst dann erlaubt, wenn die Erstzulassung länger als 1 Jahr zurückliegt.
- Sollen Gewährleistungsansprüche eines Verbrauchers durch eine Vertragswerkstätte erfüllt werden, so muss diese bereits beim Vertragsabschluss bekanntgegeben werden.
- Die Gewährleistung ist grundsätzlich am Ort der Übergabe der Ware zu erbringen. Erfolgte die Übergabe beim Kunden, so können keine Weg- und Transportkosten verrechnet werden! Verbrauchern ist unabhängig vom Ort der Übergabe bei sperrigen, eingebauten oder gewichtigen Sachen immer dort zu gewährleisten, wo sich die Sache „gewöhnlich“ befindet!
- Kann dem Lieferanten (Auftragnehmer) ein Verschulden an dem Mangel

nachgewiesen werden, so kann anstelle der Gewährleistung ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht werden. Es kann aber nicht – wie bei sonstigen Schadenersatzforderungen – sofort Geldersatz gefordert werden. Auch hier hat nämlich – wie bei der Gewährleistung – die Verbesserung (Reparatur oder Austausch) Vorrang.

- Innerhalb der ersten 10 Jahre muss der Lieferant (Auftragnehmer) nachweisen, dass ihn kein Verschulden an dem Mangel trifft. Danach – bis zur endgültigen Verjährung nach Ablauf von 30 Jahren – muss der Käufer (Auftragnehmer) das Verschulden des Lieferanten (Auftragnehmers) beweisen.
- **Garantie ist immer eine freiwillige Übernahme der Haftung für Mängel, die innerhalb einer bestimmten Frist auftreten.**

Die Zusage erfolgt meist durch den Erzeuger in Form einer „Garantieurkunde“, wie etwa:

Der Erzeuger (Verkäufer, Leistungserbringer)

- verspricht, nicht näher zu überprüfen, ob der Fehler schon zum Zeitpunkt der Übergabe vorlag oder (und)
- räumt eine längere Frist als die Gewährleistungsfrist (s. oben) ein (z. B. 36 statt 24 Monate).

## ACHTUNG

- Bei Garantieerklärungen gegenüber Verbrauchern muss der Unternehmer auch auf die gesetzliche Gewährleistungsfrist hinweisen und darauf, dass die Gewährleistung durch die Garantie nicht eingeschränkt wird.
- Garantiezusagen enthalten oft umfangreiche Bedingungen, deren Nichteinhaltung zum Erlöschen der Garantie führt, z. B. Reparatur nur in einer Vertragswerkstätte; Einhaltung von bestimmten Serviceintervallen.
- Garantien können auch Beschränkungen enthalten (z. B. anteilige Arbeitszeit für Reparaturen müssen vom Käufer bezahlt werden).
- Erfolgt im Kaufvertrag (z. B. durch AGB) eine Beschränkung der Gewährleistung auf die Garantie, so gilt dies zwischen Unternehmern. Bei Verbrauchern sind derartige Beschränkungen während der Gewährleistungsfrist unwirksam.
- Gibt der Verkäufer einer Ware eine Garantie weiter, so muss er als Vertragspartner des Käufers für die Erfüllung der Garantieansprüche einstehen.

### • Haftungsfragen – Qualitätssicherung

Die Bedeutung der Qualitätssicherung liegt in der Vermeidung von Ansprüchen aufgrund der Regelungen über Schadenersatz oder Produkthaftung, aber auch der Gewährleistung.

- **Schadenersatz**

- **Schaden ist jener Nachteil, den jemand an seiner Person oder seinem Vermögen erleidet!**

Schadenersatz steht aber nur zu bei

- Vorliegen eines nachweisbaren Schadens und
- rechtswidrigem, schuldhaftem Verhalten des Schädigers.

- **Jeder Unternehmer haftet für seine Erfüllungsgehilfen!**

Im Gegensatz zu einem Arbeitnehmer kann sich der Unternehmer zur Erfüllung seiner Vertragspflichten sog. Erfüllungsgehilfen (z. B. Arbeitnehmer oder andere Unternehmer) bedienen. Der Unternehmer haftet für das Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen wie bei eigenem Verschulden (z. B. bei Beschädigung eines Reparaturgegenstandes durch den Arbeitnehmer).

- **Der Unternehmer hat aber dafür auch Ansprüche gegen den Erfüllungsgehilfen!**

Wurde der Unternehmer zum Ersatz des von seinem Erfüllungsgehilfen verursachten Schadens herangezogen, so hat er Rückforderungsansprüche (Regressansprüche) gegen den Erfüllungsgehilfen, wie folgt:

Folie 46



- Vom **Subunternehmer** kann grundsätzlich der volle Ersatz des von ihm verursachten Schadens verlangt werden.
- Vom **Arbeitnehmer** kann aufgrund des Dienstnehmerhaftpflichtgesetzes nur eingeschränkt Schadenersatz verlangt werden! Voller Ersatz kann vom Arbeitnehmer nur bei Vorsatz (absichtlicher Schadensverursachung) verlangt werden. Bei Fahrlässigkeit kann das Arbeits- und Sozialgericht die Ersatzforderung herabsetzen. Liegt entschuldbare Fehlleistung vor, entfällt überhaupt der Ersatzanspruch.

## Umfang der Schadenersatzpflicht

ART DES VERSCHULDENS	ERSATZ VON
<b>böse Absicht</b> (Vorsatz = Schaden wird mit Wissen und Willen verursacht)	Schaden und entgangenem Gewinn (Verdienst); bei Sachbeschädigung auch Wert der besonderen Vorliebe
<b>grobe Fahrlässigkeit</b> (auffallende Sorglosigkeit bzw. Schadenseintritt wird in Kauf genommen, jedoch keine Schädigungsabsicht)	Schaden und entgangenem Gewinn
<b>leichte Fahrlässigkeit</b> (bloßes Versehen)	Schaden

### Beispiel:

Ein noch ungeübter Lehrling wird zu Dekorationsarbeiten herangezogen. Ein Dekorationsstück, welches er mangelhaft befestigt hat, fällt herab und verletzt einen Kunden. Hier liegt eine entschuldbare Fehlleistung vor.

- **Welchen Umfang hat die Schadenersatzpflicht?**

Den Umfang der Schadenersatzpflicht können Sie nebenstehender Übersicht entnehmen.

## WICHTIG

- Schadenersatz ist grundsätzlich in Geld zu leisten! Daher ist ohne Angabe der Schadenssumme kein Schadenersatzanspruch durchsetzbar!
- Ein Schadenersatzanspruch kann auch dadurch entstehen, weil der Verkäufer einer Ware Warnpflichten (z. B. Nichteignung von Kunststofffolien für die Verwendung bei starker Sonneneinstrahlung) nicht erfüllt. Hier kann der Kunde auch nach Ende der Gewährleistungsfrist Schadenersatzansprüche geltend machen! Hier sind aber der Vorrang von Verbesserung (Reparatur oder Austausch) gegenüber der Geldleistung, sowie die Umkehr der Beweislast nach 10 Jahren – entsprechend den Ausführungen bei der „Gewährleistung“ – zu beachten.
- Eine absolute Verjährung tritt erst nach 30 Jahren ein, der Anspruch muss aber binnen 3 Jahren ab Entdeckung des Schadens und Feststellung des Schädigers geltend gemacht werden!
- Zwischen Unternehmern kann – mit Ausnahme von Vorsatz oder krass grober Fahrlässigkeit – ein Ausschluss der Schadenhaftung vereinbart werden! In diesem Fall muss der Schädiger beweisen, dass diese Voraussetzung nicht vorlag.
- Gegenüber Verbrauchern ist nur ein Haftungsausschluss für leichte Fahrlässigkeit – ausgenommen Personenschäden – zulässig.

### • Produkthaftung

- **Der Ersatz für Schäden an Sachen oder Personen, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht werden, ist im Produkthaftungsgesetz geregelt!**

Die Produkthaftung besteht neben dem „normalen“ Schadenersatz und der Gewährleistung.

#### Beispiel:

Bei einem vor 4 Monaten gekauften Rasenmäher löst sich infolge eines schadhafte Befestigungsbolzens das Messer. Es durchschlägt das Gerätegehäuse, zerstört einen Gartenzwerg und verletzt den Gärtner am Bein.

Ohne Produkthaftung wäre aufgrund der Gewährleistung vom Verkäufer nur der Schaden am Rasenmäher zu ersetzen. So kann ein Haftungsanspruch gegen den inländischen Erzeuger oder Importeur (siehe unten) geltend gemacht werden.

Da der Händler nicht verpflichtet ist, jedes Gerät auf Herz und Nieren zu prüfen, kann ihm auch kein Verschulden angelastet werden, daher gibt es keinen Schadenersatzanspruch ihm gegenüber.

### - Wer haftet wofür aufgrund der Produkthaftung?

WER	WOFÜR
Hersteller oder Importeur, der „fehlerhaftes“ Produkt in den Verkehr bringt	Folgen bei Tötung, Verletzung oder Erkrankung von Menschen; Beschädigung anderer Sachen (außer Schäden ereignen sich bei einem anderen Unternehmer)

- Hersteller ist jeder Erzeuger innerhalb des EWR. Importeur ist jeder, der Produkte von außerhalb des EWR importiert.
- Als Hersteller gilt nicht nur der Erzeuger des Produktes (End- oder Teilprodukt), sondern auch jeder, der auf dem Produkt seinen Namen, seine Marke oder sonstiges Erkennungszeichen anbringt!

„In den Verkehr bringen“ bedeutet nicht nur verkaufen. Auch durch Vermietung (Leasing) oder als Werbegeschenk überlassene Gegenstände gelten als „in den Verkehr“ gebracht. Es genügt die Versendung an den künftigen Benützer.

### - Was gilt als „fehlerhaftes“ Produkt?

Als fehlerhaft gilt ein Produkt, welches nicht die Sicherheit bietet, die aufgrund

- der Darbietung („Anpreisung“) oder
- des Gebrauchs mit dem „billigerweise“ zu rechnen ist (daher nicht: Wäschetrockner zum Trocknen von Haustieren!) oder
- des Zeitpunktes, zu dem der Ersatzpflichtige das Produkt in Verkehr gebracht hat, erwartet werden kann.

Grundsätzlich ist ein bereits in Verkehr befindliches Produkt nicht schon deshalb fehlerhaft, weil später ein verbessertes Produkt in den Verkehr gebracht wird.

### - Wie wird die Haftung geltend gemacht?

- Der Geschädigte braucht nur zu beweisen, dass der Schaden durch das Produkt verursacht wurde.
- Für Sachschäden, die nicht mehr als € 500,- betragen, hat der Geschädigte keinen Ersatzanspruch (Selbstbehalt).
- Der Hersteller (Importeur) kann sich nur „freibeweisen“, wenn er
  - z. B. das Produkt nicht oder vor mehr als 10 Jahren in Verkehr gebracht hat oder
  - der Fehler auf einer Rechtsvorschrift oder einer behördlichen Anordnung beruhte.

## ACHTUNG

- Die **Produkthaftung erlischt erst nach 10 Jahren** ab dem Zeitpunkt, an dem das Produkt vom Ersatzpflichtigen erstmalig in Verkehr gebracht wurde.
- Eine Deckungsvorsorge (z. B. Versicherung, Rücklagen) ist für den Importeur (Hersteller) entsprechend der „Übung im redlichen Geschäftsverkehr“ Verpflichtung! Die Deckung ist meist schon durch die gängigen Betriebshaftversicherungen gegeben.
- **Keine Haftung für Sachschäden, die ein Unternehmer erlitten hat, der die Sache überwiegend in seinem Unternehmen verwendet.**
- **Gegenüber Verbrauchern ist ein Haftungsausschluss unwirksam!**

## WICHTIG

Organisieren Sie Ihre Einkaufsunterlagen so, dass Sie Erzeuger bzw. Vorlieferanten der von Ihnen verkauften Produkte nennen können.

- **Zusammenfassung:**  
**Gewährleistung – Schadenersatz – Produkthaftung**

Folie 47



Produkthaftung – Gewährleistung – Schadenersatz		
Gewährleistung	Schadenersatz	Produkthaftung
<p>Verschuldensunabhängig</p> <p>Ersatzanspruch in 2 Stufen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbesserung (Reparatur, Austausch) hat Vorrang</li> <li>• Preisminderung oder Vertragsrücktritt nur in bestimmten Fällen vorgesehen</li> </ul> <p>Geltendmachung bei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• beweglichen Sachen 2 Jahre;*)</li> <li>• unbeweglichen Sachen 3 Jahre</li> </ul> <p>kein Selbstbehalt</p> <p>*) bei gebrauchten Sachen Einschränkung auf 1 Jahr gegenüber Verbrauchern zulässig!</p>	<p>Hängt vom Grad des Verschuldens ab</p> <p>Ersetzt wird bei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorsatz tatsächlicher Schaden, entgangener Gewinn und besondere Vorliebe</li> <li>• grober Fahrlässigkeit tatsächlicher Schaden und entgangener Gewinn</li> <li>• leichter Fahrlässigkeit tatsächlicher Schaden</li> </ul> <p>Geltendmachung binnen 3 Jahren</p> <p>kein Selbstbehalt</p>	<p>Hersteller bzw. Importeur haften für die Fehlerhaftigkeit des Produktes.</p> <p>Ersetzt wird der Schaden an</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• anderen Sachen (außer Produkt wird überwiegend in einem Unternehmen eingesetzt)</li> <li>• an Personen.</li> </ul> <p>bei Nachweis, dass der Schaden durch das Produkt verursacht wurde.</p> <p>Geltendmachung binnen 3 Jahren; Haftung bis 10 Jahre ab Inverkehrbringen</p> <p>für Sachschäden Selbstbehalt € 500,-</p>



Materialien

### **Kontrollfragen:**

- Müssen Sie als Unternehmer Ware bei Übernahme überprüfen oder genügt der Hinweis „unter Vorbehalt übernommen“?
- Welche Fälle des Rücktrittsrechtes kennen Sie?
- Was ist der Unterschied zwischen Gewährleistung und Garantie?
- Wann besteht bei der Gewährleistung ein Anspruch auf Verbesserung – Preisminderung – Vertragsrücktritt ?
- Gibt es auch bei gebrauchten Waren eine Gewährleistung?
- Worauf würden Sie bei einer Garantie achten?
- Wer hat das Risiko für das rechtzeitige Einlangen von Einzahlungen?
- Welche Möglichkeiten hat der Gläubiger bei Zahlungsverzug?
- Welche Rechtsfolgen hat der Lieferverzug?
- Warum haftet der Unternehmer für „seinen Erfüllungsgehilfen“?
- Wozu braucht man Qualitätssicherung?
- Wodurch kann eine Schadenersatzverpflichtung entstehen?
- Darf Schadenersatz vertraglich ausgeschlossen werden?
- Welche Bedingungen müssen vorliegen, um eine Produkthaftung geltend zu machen?
- Wann kann anstelle Gewährleistung Schadenersatz verlangt werden?
- Wodurch kann eine Produkthaftung auch für den Einzelhändler entstehen?
- Können Gewährleistung, Schadenersatz und Produkthaftung durch AGB ausgeschlossen werden?
- Welche grundlegenden Unterschiede zwischen Haftungsgrund und Haftungsumfang würden Sie heranziehen, um den Unterschied von Gewährleistung, Schadenersatz und Produkthaftung zu erklären?

## **3.4 Folgen mangelnder Liquidität (Konkurs und Ausgleich)**

Ob Pech oder Ungeschick – so mancher hat schon Pleite gemacht.

Die Folgen einer sogenannten Insolvenz können durchaus unangenehm sein, daher sollte man alles daransetzen, nicht in eine derartige Situation zu geraten!

### **• Konkurs und Ausgleich**

Ist ein Schuldner zahlungsunfähig oder überschuldet, kann er vorerst versuchen, sich mit seinen Gläubigern über Stundung oder gar teilweisen Nachlass der Forderungen zu einigen (außergerichtlicher Ausgleich). Für seriöse Sanierungsmaßnahmen stehen 60 Tage ab „Erkennbarkeit“ der Zahlungsunfähigkeit zur Verfügung.

Scheitern diese „außergerichtlichen“ Bemühungen, so ist der Schuldner verpflichtet, ein Konkurs- oder ein Ausgleichsverfahren zu beantragen.



Diese Regelung gilt für alle Schuldner, somit auch für Nichtunternehmer, d. h., auch Arbeitnehmer, Pensionisten usw. können in Konkurs geraten!

#### **- Wo beantragt man Konkurs bzw. Ausgleich?**

Es gibt bei den Landesgerichten (in Wien beim Handelsgericht) eigene Konkurs- und Ausgleichsabteilungen.

Örtlich zuständig ist dasjenige Gericht, in dessen Sprengel der Schuldner sein Unternehmen betreibt oder als Nichtunternehmer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

#### **- Der Konkurs dient der Liquidierung des Vermögens des Schuldners, der Ausgleich der Sanierung des Schuldners!**

Diese Aussage ist natürlich stark vereinfacht, bringt aber doch den Unterschied zwischen diesen Verfahren näher. Weitere Unterschiede können Sie der folgenden Gegenüberstellung entnehmen:

KONKURS	AUSGLEICH
Antrag durch Gläubiger oder Schuldner;	Antrag nur durch Schuldner; er muss eine Vermögensaufstellung beibringen und einen Ausgleichsvorschlag machen (mind. 40% bei Schuldentilgung innerhalb von 24 Monaten);
keine Verfügung des Schuldners über sein Vermögen während des Verfahrens;	Verfügung über Vermögen und Betrieb durch Schuldner (verboten ist einseitige Begünstigung der Gläubiger);
Vermögen wird verwertet; Verteilung des Erlöses auf die Gläubiger;	Vermögen (Betrieb) bleibt erhalten;
Verwertung durch Masseverwalter;	nur Aufsicht durch Ausgleichsverwalter;
Gläubiger können Restforderungen durch 30 Jahre nach Konkursende mit Exekution einfordern.	Stimmen mehr als die Hälfte der anwesenden Gläubiger, die mind. 75% der Forderungen haben, zu, sind die Restforderungen erlassen, wenn der Ausgleich erfüllt wurde.

- Reicht das Schuldnervermögen nicht zur Deckung der Verfahrenskosten aus, wird der Konkursantrag abgewiesen. Die Gläubiger müssen versuchen, durch Klage und Exekution ihre Forderungen hereinzubringen.
- Konkurs oder mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesener Konkurs sind Gewerbeausschlussgründe!
- Die Gebietskrankenkasse vertritt mehrere Gläubiger (Pensionsversicherungsanstalt usw.) und ist nicht berechtigt, Zahlungsnachlässe zu gewähren. Ein Ausgleich ist daher nur möglich, wenn die Gebietskrankenkasse überstimmt werden kann.

### • „Privatkonkurs“ (Schuldenregulierungsverfahren für Privatpersonen)

Bei überschuldeten Privatpersonen und kleinen Einzelunternehmern scheiterte bisher meist die Durchführung eines gerichtlichen Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens am Nachweis eines ausreichenden Vermögens zur Deckung der Verfahrenskosten. Durch Änderung des Konkursrechtes können diese nun auch ohne Nachweis eines kostendeckenden Vermögens einen sog. „Privatkonkurs“ beim Bezirksgericht beantragen. Voraussetzung ist, dass ein außergerichtlicher Ausgleich nicht zu Stande kam und die Gläubiger voraussichtlich 10% der Schulden bezahlt bekommen. Einzelunternehmer (physische Personen) müssen keinen außergerichtlichen Ausgleich versucht haben.

#### - Bevorzugtes Ziel ist die Erreichung eines „Zwangsausgleiches“!

Die Mindestquoten betragen hier 20% innerhalb von 2 Jahren, 30% innerhalb von mehr als 2 Jahren (max. 5 Jahre).

#### - Zahlungsplan bei Scheitern oder Aussichtslosigkeit des Zwangsausgleiches

Kommt kein Zwangsausgleich zustande, wird das Schuldnervermögen, bei Einzelunternehmern auch das Unternehmen verwertet. Der Schuldner kann nun die Annahme eines Zahlungsplanes („Zwangsausgleich ohne bestimmte Quote“) beantragen.

#### - Abschöpfungsverfahren bei Nichtannahme des Zahlungsplanes/ Restschuldbefreiung

Abgeschöpft wird durch Gerichtsbeschluss (keine Gläubigerzustimmung erforderlich) das pfändbare Einkommen des Schuldners der nächsten 7 Jahre, welches von einem Treuhänder zur Schuldentilgung verwendet wird.

Gelingt es innerhalb von 7 Jahren, 10% (innerhalb von 3 Jahren 50%) der Schulden abzutragen, so hat dieses Wohlverhalten die „Restschuldbefreiung“ zur Folge (Wirkung wie beim Ausgleich!).

## • Unternehmensreorganisation

Durch das „Unternehmensreorganisationsgesetz“ soll Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten Möglichkeit und Anreiz zur rechtzeitigen Sanierung vor Eintritt der Insolvenz gegeben werden.

- **Zuständigkeit:** Landesgericht, in Wien: Handelsgericht
- **Voraussetzungen:** wirtschaftliche Probleme (z. B. zu geringe Eigenkapitalquote) **aber noch keine Insolvenz.**
- **Nachweis der Reorganisationsbedarfes:** z. B. Vorlage der Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre oder des Gutachtens eines Wirtschaftsfachmannes.
- **Vorlage eines Reorganisationsplanes.**  
Frist zur Vorlage: 60 Tage (kann vom Gericht auf maximal 90 Tage verlängert werden).  
Inhalt: u. a. Darstellung der Ursachen, der geplanten Sanierungsmaßnahmen, der Auswirkungen auf die Arbeitnehmer, Höhe notwendiger Kredite.
- **Kostenvorschuss**  
Dieser muss zur Deckung der Kosten des vom Gericht zu bestellenden „Reorganisationsprüfers“ hinterlegt werden.

**Das Verfahren ist grundsätzlich freiwillig** (Ausnahme: größere Kapitalgesellschaften ab einer bestimmten Bilanzsumme und/oder einem bestimmten Jahresumsatz bzw. mehr als 50 Arbeitnehmern im Jahresdurchschnitt).

- **Vorteile für den Unternehmer**
  - Kredite und Überbrückungsmaßnahmen sind nur unter erschwerten Bedingungen anfechtbar. Damit ist es für die Banken leichter, Kredite während des Verfahrens zu gewähren.
  - Ein unabhängiger Wirtschaftsfachmann überprüft die Situation.
  - Das Verfahren ist nicht öffentlich.
  - Das Haftungsrisiko für vertretungsbefugte Organe juristischer Personen wird bei rechtzeitiger Einleitung stark reduziert.

**Kontrollfragen:**

- Wann ist man „zahlungsunfähig“?
- Können nur Unternehmer „in Konkurs gehen“?
- Welche Folgen hat es, wenn ein Konkursantrag „mangels Masse“ abgewiesen wird?
- Was ist die Zielsetzung beim Konkurs, was beim Ausgleich?
- Welche grundsätzlichen Unterschiede gibt es zwischen Konkurs und Ausgleich?
- Ist die Angabe richtig: Dem Ausgleich muss die einfache Mehrheit der Gläubiger zustimmen?
- Welche gewerberechtlichen Wirkungen hat der Konkurs/Ausgleich?
- Wie lange können die Gläubiger ihre Restforderungen bei Konkurs geltend machen?
- Warum kann die Gebietskrankenkasse einen Ausgleich verhindern?

---

**IMPRESSUM:**

Ausarbeitung,  
Medieninhaber  
und Herausgeber: Inhouse GmbH der  
Wirtschaftskammern Österreich  
1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63

Verlegt bei: AtGams Verlag GesmbH  
1070 Wien, Lindengasse 22

Auflage 2003 Printed in Austria

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ohne Zustimmung des Verlags ist unzulässig.  
Das gilt insbesondere für Fotokopien, Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikro-  
verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.